Nr. 78. – 32. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 19. März 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Vergeltung für russische Brandschatzung in Ostpreußen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage im Osten.

Berlin, 18. März. (W. T. B.) In der Provinz Ostpreußen und darüber hinaus sind in den letzten Tagen wieder unsinnige Gerüchte in Umlauf gesetzt worden, wonach die Russen neuerdings einen Teil der Provinz Ostpreußen in Besitz genommen hätten. An der Hand der amtlichen Berichte ergibt sich für jeden Einsichtigen, daß derartige Ausstreuungen nicht dem wirklichen Sachverhalt entsprechen. Die von uns im Osten besetzte Linie verläuft von der Pilica längs der Rawka und Bzura bis zur Weichsel. Nördlich der Weichsel setzt sich die Linie unserer Truppen aus der Gegend östlich Plock über Zurominik—Stupsk (beide südlich Mlawa) fort. Von dort verläuft sie in östlicher Richtung über die Gegend nördlich Prasznysz — südlich Mystiniec — südlich Kollno, nördlich Lomza, und trifft bei Mocarce den Bobr. Von hier folgt sie der Bobr-Linie bis nordwestlich Ossowiec, das von uns beschossen wird und läuft über die Gegend östlich Augustowo—Krasnopol—Mariampol—Pilwiszki—Szaki der Grenze entlang über Tauroggen nach Nordwesten, also von Anfang bis zu Ende ausschließlich auf feindlichem Boden. In der äußersten Nordspitze von Ostpreußen, in der Gegend nördlich Memel, sind am 17. März — also nach Entstehung der oben erwähnten Gerüchte — schwache russische Abteilungen eingefallen. Es sind alle Maßnahmen getroffen, diese Banden zu vertreiben, die man nur als Mordbrenner bezeichnen kann.

Die Kriegsverwüstungen des Kreises Oletzko.

Königsberg i. P., 18. März. (W. T. B.) Ueber den Zustand im Kreise Oletzko wurden durch den Einfall der Russen insgesamt rund 280 Gehöfte ganz sowie 234 Wohngebäude und 570 Ställe und Scheunen zerstört. Die Gotteshäuser sind im ganzen erhalten. Nach den bisherigen Feststellungen schleppten die Russen aus dem Kreise 450 Personen, darunter 52 Frauen und 60 Kinder (!) fort. Als umgebracht sind bisher ermittelt 32 Männer und zwei Frauen. Leider ist zu befürchten, daß sich diese Zahlen erheblich erhöhen. Die Zahl der im Kreise gegenwärtig vorhandenen Personen beträgt schätzungsweise 4000. Die Landbevölkerung hat sich, bis durch die Behörden Lebensmittel herangeschafft wurden, durch ungesalzene Kartoffeln und durch mit Handmühlen geschrotenes Brotgetreide ernährt. Als Ersatz für Salz wurde vielfach Kainit verwandt. Außer in den Grenzbezirken sind die Vorräte an Brotgetreide fast ganz erhalten, das gleiche gilt für die Kartoffelbestände. Hafer ist nur an ganz wenigen Stellen in nennenswerten Mengen vorhanden. Die landwirtschaftlichen Maschinen wurden fast sämtlich von den Russen geraubt. Es wurden etwa 800 landwirtschaftliche Maschinen von den Russen zusammengeschleppt. Die in Philipowo vorgefundenen wurden an Landwirte verteilt.

Der Seekrieg.

Der Handelskrieg.

London, 18. März. (W. T. B.) „Central News" melden: Der englische Dampfer „Blonde", der im Tyne ankam, berichtet, daß er von einer Taube angegriffen wurde. Ein Mann wurde getötet.

Die Tätigkeit der Unterseeboote.

Amsterdam, 18. März. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Der Dampfer „Fingal" (1562 Tonnen) wurde am Montag an der Küste von Northumberland torpediert. Die Besatzung hatte 6 Tote, darunter die Stewardesse. Der Dampfer „Atlanta", der am Sonntag an der Westküste Irlands torpediert wurde, sank nicht.

Zur Vernichtung der „Leeuwarden".

Rotterdam, 18. März. (T.) Hier traf heute Nacht die Besatzung des von dem Unterseeboot „U 28" vernichteten englischen Dampfers „Leeuwarden" ein. Der Kapitän des Schiffes Butler teilte über den Vorgang folgendes mit: Gestern nachmittag 3½ Uhr wurden wir etwa fünf Meilen westnordwestlich von dem Leuchtschiff „Maas" durch ein Unterseeboot angerufen. Es wurde uns befohlen zu stoppen, wir dampften aber mit Volldampf weiter, indem wir versuchten, zu entkommen. Das Unterseeboot gab darauf einige Schüsse ab, worauf ich angesichts der Unmöglichkeit zu entrinnen, den Befehl gab, zu stoppen. Die Schiffspapiere wurden angefordert und der Bemannung fünf Minuten Zeit gegeben, in die Boote zu gehen. Das Unterseeboot feuerte darauf mehrere Schüsse aus seinen Geschützen auf den „Leeuwarden" ab, der infolgedessen unterging. Das Unterseeboot nahm die Rettungsboote ins Schlepptau bis zum Leuchtschiff, wo das Lotsenboot sie aufnahm.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 18. März 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein französischer Vorstoß auf unsere Stellung am Südhang der **Loretto-Höhe** wurde abgeschlagen.

Französische Teilangriffe in der **Champagne** nördlich von Le Mesnil wurden durch Gegenangriffe zum Stehen gebracht. Ein dort gestern abend erneut einsetzender französischer Angriff ist unter schweren Verlusten für den Feind zurückgewiesen.

In den **Argonnen** flauten die Gefechte gestern ab.

Französische Flieger warfen auf die offene elsässische Stadt **Schlettstadt** Bomben ab, von denen nur eine Wirkung erzielte, indem sie in das Lehrerinnenseminar einschlug, zwei Kinder tötete und zehn schwer verletzte. Als Antwort darauf wurde heute nacht die Festung **Calais** mit Bomben schweren Kalibers belegt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die russischen Angriffe auf unsere Stellungen zwischen Pissek und Orzyc sowie nördlich von **Prasznysz** wurden auch gestern ohne Erfolg fortgesetzt.

Westlich der **Szkwa** machten wir 900, östlich der **Szkwa** 1000 Gefangene und erbeuteten vier Maschinengewehre.

Einen billigen Erfolg errangen **russische Reichswehrhaufen** beim **Einbruch** in den **nördlichsten Zipfel Ostpreußens in Richtung auf Memel.** Sie plünderten und steckten Dörfer und Güter in Brand. Den Städten des von uns besetzten russischen Gebiets ist zur Strafe die Zahlung größerer Summen als Entschädigung auferlegt. Für jedes von diesen Horden auf deutschem Boden niedergebrannte Dorf oder Gut werden drei Dörfer oder Güter des von uns besetzten russischen Gebiets den Flammen übergeben werden. Jeder Brandschaden in Memel wird mit Niederbrennung der russischen Regierungsgebäude in Suwalki und den anderen in unseren Händen befindlichen Gouvernements-Hauptorten beantwortet werden.

Oberste Heeresleitung.

* * *

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 18. März. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: 18. März 1915:

In den Karpathen wurde auf den Höhen westlich Laberczrév der Angriff stärkerer feindlicher Kräfte nach blutigem Kampf unter großen Verlusten für den Gegner zurückgeschlagen. Mehrere feindliche Kompagnien wurden hierbei vernichtet.

Ebenso scheiterten in Südost-Galizien wiederholte Versuche der Russen, durch überraschendes Vorgehen numerisch überlegener Kräfte einzelne Stützpunkte in unseren Stellungen zu nehmen. Bei Zurückweisen dieser Angriffe, die überall auf den nächsten Distanzen im Feuer unserer Truppen zusammenbrachen, wurden auch zweihundertachtzig Mann gefangen.

Auf allen übrigen Fronten hat sich nichts Wesentliches ereignet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Brot und Freiheit!

„Brot und Freiheit!" Auf diese Forderungen waren gestern die Ausführungen des Genossen Scheidemann bei der zweiten Etatberatung im Reichstage abgestimmt, und diese Forderungen werden ebenso wie die Rede des Genossen Haase bei der ersten Lesung des Etats lebhaften Widerhall im ganzen Volke finden. In der Formulierung und Begründung seiner im Namen der Fraktion vorgebrachten Forderungen klang, wie das selbstverständlich ist, Scheidemanns persönliche, durch andere Kundgebungen in Presse und Versammlungsreden bekannte Stellungnahme deutlich hindurch. Aber für den Inhalt seiner Forderungen kann er allgemeiner, vollkommener Zustimmung in unserer Partei und weit über ihre Reihen hinaus gewiß sein. Nachdem das ganze Volk acht Monate hindurch opferwillig alles getragen hat, was der größte aller bisherigen Kriege ihm auferlegt hat, lenken sich naturgemäß mehr als in der ersten Kriegszeit seine Gedanken auf die Neugestaltung der innerpolitischen Verhältnisse. Das ist um so notwendiger geworden, als gewisse Ereignisse der letzten Zeit es deutlich gezeigt haben, in welchem Sinne von anderer Seite die Erfahrungen des Krieges „gewertet" werden.

Wenn Genosse Scheidemann den Ruf nach „Brot" erhob, so natürlich nicht in dem Sinne, als bestände heute in Deutschland eine Hungersnot. Die vorhandenen Nahrungsmittel werden bis zur nächsten Ernte für die Bevölkerung ausreichen, vorausgesetzt, daß mit den Vorräten rationell umgegangen und ihre Verteilung von den privaten Interessen der Produzenten und Händler gelöst wird. Durchaus zutreffend bezeichnete Genosse Scheidemann diejenigen, die in der heutigen Zeit ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit nur ihr Gewinninteresse verfolgen, als Leute, die Landesverrätern gleich zu erachten sind. Mag der einzelne unter Umständen noch entschuldbar sein, so verdient aber das Wirtschaftssystem, das solche Ausnutzung zuläßt, als verderblich gekennzeichnet zu werden. In diesem Kriege hat die Verwirklichung unserer ökonomischen Ziele sich mehr denn je als notwendig erwiesen. In Friedenszeiten — das kündigte Genosse Scheidemann an — wird daher unsere Kritik an einzelnen Versäumnissen und dem ganzen System noch schärfer einzusetzen haben.

Was die auswärtige Politik und die Friedensfrage anbetrifft, so verwies Genosse Scheidemann auf die Erklärung des Genossen Haase vom 10. März. Auch gewisse Erscheinungen der Kriegführung wollte der Fraktionsredner gestern nicht berühren. Um so nachdrücklicher vertrat er indessen die Forderung auf freiheitliche Gestaltung der inneren Verhältnisse nach und schon während der Kriegszeit. Er bedauerte lebhaft, daß die Regierung nur ein allgemeines Versprechen auf Prüfung abgegeben habe, von einer Zusicherung auf Erfüllung bestimmter Forderungen aber nichts wissen wolle. Er bezeichnete es weiter als unverständlich, daß noch Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit und den Umfang der zu gewährenden Rechte beständen, da die Erfahrungen dieses Krieges doch laut genug sprächen. In geschickter Form erinnerte dabei Genosse Scheidemann an die Lehre des 18. März 1848. Unerfüllte Versprechungen aus den „Befreiungskriegen" führten zu inneren Schwierigkeiten, die Gewährung des freien Wahlrechts im Norddeutschen Bund aber zu der inneren Festigkeit von 1870. Mit innerer Anteilnahme lasse sich ein Kampf nach außen nur führen, wenn die Kämpfenden das Bewußtsein haben, für Freiheiten und Wohlfahrt zu streiten. Nicht nur müssen die zurückbleibenden Familien vor Hunger und Not bewahrt werden, die Soldaten, die jetzt im Schützengraben liegen, fordern auch für sich selbst Rechte.

So sehr auch die Forderungen Scheidemanns auf die Anschauungen der Regierung und der bürgerlichen Parteien eingingen — beide schwiegen trotzdem. Und dieses Schweigen scheint uns noch bezeichnender zu sein als eine Polemik. Der Regierung und den bürgerlichen Parteien ist es offensichtlich unangenehm, vor die Frage gestellt zu werden, wie sie sich nun die Erfüllung ihrer Versprechungen an das Volk denken. Eine offene Absage an die Sozialdemokratie erscheint ihnen zurzeit wohl nicht opportun, und so ziehen sie es vor, außer allgemeinen Redewendungen sich nicht über die brennenden Fragen zu äußern. Aber glaubt man, daß das Volk dieses Schweigen nicht auch zu deuten verstehen wird, zumal wenn es an die Aeußerungen einzelner bürgerlicher Parteiführer denkt?

Holländische Dampfer angehalten.

Rotterdam, 18. März. (W. T. B.) Der Dampfer „Batavier I" wurde von einem deutschen Unterseeboot angehalten und traf in Rotterdam mit 20 Minuten Verspätung ein.

Amsterdam, 18. März. (W. T. B.) Die Blätter melden aus Ymuiden: Der Dampfer „Waalsroon", von London kommend, wurde gestern südöstlich von dem Maasleuchtschiff von einem deutschen Unterseeboot angehalten und durfte die Fahrt fortsetzen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 18. März. (W. T. B.) Der gestern abend um 11 Uhr ausgegebene amtliche Bericht lautet: Nördlich von Arras behaupteten wir uns trotz eines dritten vom Feinde in der Nacht vom 16. zum 17. März unternommenen Gegenangriffes in den Schützengräben, welche wir am Rande der Höhe Notre Dame de Lorette erobert hatten. In der Champagne wurden unsere Erfolge glänzend bestätigt. Der Feind konnte trotz aller Bemühungen an keiner Stelle einen Teil des eroberten Geländes wiedererringen. Im Gebiet von Perthes rückten wir fortgesetzt in den Gehölzen, welche sich zwischen Perthes und Souain erstrecken, vor. Nördlich von Perthes behaupteten wir trotz dreier Gegenangriffe die längs der Straße von Perthes nach Tahure eroberten Schützengräben.

Nördlich von Le Mesnil besitzt die gestern eroberte Stellung noch mehr Bedeutung, als der letzte Bericht angab. Tatsächlich bemächtigten wir uns des militärisch wichtigen Grates westlich der Kuppe 196 auf einer Länge von 800 Metern sowie des Geländes südlich davon in einer Tiefe von 400 Metern. Dieser Fortschritt gibt uns nicht nur erhöhte Gelände, sondern auch Ausblicke auf die Nordseite der großen Kuppe, die sich von Perthes bis Maison de Champagne hinzieht. Der Feind fühlte deren Bedeutung wohl, denn er versuchte morgens das verlorene Gelände durch einen äußerst heftigen Gegenangriff wieder zu gewinnen. Die Operation war von einem Landsturm-Regiment ausgeführt worden, das von Garde unterstützt wurde. Die Deutschen wurden durch unsere Maschinengewehre buchstäblich niedergemäht. Die wenigen Ueberlebenden gingen in die Schützengräben zurück, von unserem Feuer verfolgt. Im ganzen bestanden die Ergebnisse aller dieser fruchtlosen Versuche für den Feind in beträchtlichen Verlusten. In den Argonnen und im Gebiet von Vauquois fand eine heftige Kanonade ohne Beteiligung der Infanterie statt. Alle früher erzielten Gewinne wurden befestigt. Im Walde von Le Prêtre wurden einige deutsche Mannschaften, die sich nahe von unseren Schützengräben in einigen durch Explosion vom 15. März verursachten Erdtrichtern behaupteten, endgültig daraus vertrieben.

Die Einberufung der französischen Jahresklasse 1916 angeordnet.

Paris, 18. März. (W. T. B.) „Matin" meldet: Kriegsminister Millerand ordnete die Einberufung der Jahresklasse 1916 an. Die Einberufung der Pariser Rekruten erfolgt am 12. April, die Einberufung der für die afrikanische leichte Infanterie bestimmten Mannschaften ist auf den 2. April festgesetzt.

Stimmungsbild aus Elsaß-Lothringen.

Eine Straßburger Zuschrift der „Kölnischen Zeitung" beklagt lebhaft das Verhalten eines Teiles der elsaß-lothringischen Bevölkerung. „Man kann," so heißt es in der Zuschrift, „unmöglich blind an den vielen Steckbriefen vorübergehen, die wegen Kriegs- und Landesverrats nicht nur gegen berufsmäßige Landesverräter erlassen werden müssen. Unmöglich ist es, die Augen zu schließen gegenüber Fällen, wie demjenigen des Straßburger Pfarrers D. Gerold, der, einst hochangesehen im deutschen Protestantenverein und wegen seiner Mitarbeit am Gesangbuch für Elsaß-Lothringen einstmals von der protestantischen Straßburger Fakultät zum Ehrendoktor ernannt, aus seiner deutsch-unfreundlichen Gesinnung auf der Kanzel und im Lazarett so wenig Hehl machte, daß ihn das Kriegsgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilen mußte. Noch ungünstiger womöglich verhält es sich mit dem Mülhauser Landrichter Dr. Goehrs, dem Sprößling einer reichen Straßburger Familie, der wegen öffentlich bekundeter Deutschfeindlichkeit auf dem Disziplinarwege zur Entlassung aus dem Amt verurteilt wurde. Eine Art Volkspsyche verrät es schließlich, von anderen Vorkommnissen abgesehen, wenn neulich in Gebweiler ein Teil der Bevölkerung gefangen eingebrachte Franzosen auf der Straße derart empfing, daß der Ortskommandant sich mit dem Kolmarer Bezirkspräsidenten in die vom altdeutschen Bürgermeister Freysing ruhig und würdevoll geleitete Gemeinderatssitzung begeben mußte und für den Fall einer Wiederholung solcher Auftritte die allerschärfsten Maßnahmen androhte. Auch im Gemeinderat von Rappoltsweiler, dem Wahlhauptort des ehemaligen Abgeordneten Wetterlé, scheinen derart unerquickliche Sachen vorgekommen zu sein, daß der Bürgermeister eine scharfe Verwarnung des Bezirkspräsidenten zu verlesen genötigt war."

Die englische Verlustliste.

London, 18. März. (T. U.) Die neueste Verlustliste enthält die Namen von 61 Offizieren und 722 Mann. Die Offiziersverluste gehen auf den 10. und 11. März zurück, die Mannschaftsverluste sind vom 26., 27. und 28. Februar. Drei der Offiziere entfallen auf das Kanadische Regiment. Getötet wurden 19 Offiziere, verwundet 33, vermißt werden 9, von denen 4 verwundet sind. Aus den Offiziersverlusten ist zu ersehen, daß in den letzten Tagen besonders das Königliche Schützenkorps und das Liverpool-Regiment gelitten haben müssen. Die Mannschaftsverluste umfassen 150 Tote, 362 Verwundete und 14 Vermißte sowie 212 Gefangene.

Der türkische Krieg.

Die Kriegsereignisse seit dem 10. Februar 1915.

III. (Schluß.)

Berlin, 14. März 1915.

Im Orient befindet sich der Landkrieg noch in der Entwickelung. Der Kaukasus ist verschneit, so daß dort größere Unternehmungen zurzeit nicht möglich sind. Aus dem angrenzenden Gebiet von Nordpersien, dem Generalgouvernement Aserbeidschan, sind die russischen Truppen durch türkische verdrängt. In das Küstengebiet von Mesopotamien, am persischen Golf, ist ein englisch-indisches Expeditionskorps eingedrungen, hat nach anfänglichen Mißerfolgen Korna (am Zusammenfluß des Euphrat und Tigris) erreicht, wird aber dort durch türkische und arabische Truppen im Schach gehalten. In Aegypten sind anfangs Februar türkische Aufklärungstruppen bis zum Suezkanal vorgedrungen, seitdem aber weitere Nachrichten über militärische Operationen von dort nicht eingegangen. An der Küste von Kleinasien haben am 7. und 8. März feindliche Kriegsschiffe die Forts von Smyrna ohne Erfolg beschossen.

Eine für den weiteren Verlauf des Krieges wichtige Wendung ist neuerdings dadurch eingetreten, daß England, Frankreich und Rußland den Entschluß gefaßt haben, die gegenwärtige Weltlage zur Lösung der seit so langer Zeit strittigen Dardanellenfrage zu benutzen. Man wird in der Annahme kaum fehlgehen, daß England und Frankreich sich hierzu genötigt gesehen haben, um Rußland, das sich infolge seiner Niederlagen und der Beschränktheit seiner materiellen Kriegsmittel sowie durch seine gegenwärtige Abgeschlossenheit von der übrigen Welt in einer militärischen und wirtschaftlichen Notlage befindet, durch Oeffnung der Dardanellen den Absatz seiner Landesprodukte sowie den Bezug von Kriegsmaterial und dadurch die fernere Teilnahme am Kriege zu ermöglichen.

Nach Nachrichten, die als zuverlässig gelten können, befinden sich die Befestigungen der Dardanellen und die zu ihrer Verteidigung dienenden Einrichtungen in tadelloser Verfassung. Ist dies aber der Fall — und der bisherige Verlauf des am 19. v. M. begonnenen maritimen Angriffs scheint jene Nachrichten zu bestätigen —, so besteht selbst für die stärkste Flotte der Welt geringe Aussicht, die lange doppelte Fortreihe der Dardanellen niederzukämpfen und den Durchgang durch die schmale Meerenge zu erkämpfen. Es kommt dann der Angriff der Forts von der Landseite in Frage. Allein die Türkei hält in und um Konstantinopel starke Massen ihrer besten Truppen bereit, die Beförderung größerer Heerkörper über See und ihre Landung in der Nähe des Feindes ist überall schwierig und gefährlich, endlich sind die örtlichen Verhältnisse für ein größeres Landungsunternehmen in der näheren und weiteren Umgebung von Konstantinopel besonders ungünstig. Unsere Feinde hatten wohl gehofft, für und durch den Angriff auf die türkische Hauptstadt die Balkanstaaten als Bundesgenossen und Hauptakteure zu gewinnen. Nach der von Griechenland erhaltenen Ablehnung zu urteilen, scheinen sie sich hierin getäuscht zu haben. ...

v. Blume, General d. Inf. z. D.

In Nr. 1 dieser Artikelserie ist leider ein Wort ausgefallen. Der erste Satz sollte richtig lauten:

Die gegenwärtige Kriegslage auf dem Festlande im Westen und Osten unterscheidet sich von der, die ich vor vier Wochen geschildert habe, insofern **wenig**, als unsere Gegner auf beiden Seiten nach wie vor unter dem Druck der Fesseln leiden, die wir ihnen auf ihrem eigenen Gebiete angelegt haben. (D. Red.)

Um die Dardanellen.

Konstantinopel, 18. März. Der Sonderberichterstatter von Wolffs Telegraphischem Bureau telegraphiert aus den Dardanellen von vorgestern abend: Die englischen und französischen Operationen vor den Dardanellen sind nach völlig ergebnisloser Beschießung zweier Forts nahe Tschanak Kale und Kilid ul Bahr zum Stillstand gekommen. Offenbar ist der Feind ratlos gegenüber den umfassenden Verteidigungsmaßnahmen durch Minensperre und Küstenbefestigungen. Täglich überfliegt ein englisches Wasserflugzeug die türkischen Stellungen, geht jedoch bei Beschießung sofort nieder, so daß es keine Beobachtungen machen kann. Alle Versuche, die Minen aufzufischen und die Scheinwerfer zu beschießen, bleiben erfolglos und werden stets nach dem ersten Treffer der Sperrbatterien abgebrochen.

Am Montag mußte sich ein englischer Kreuzer, der nach ganz kurzem Gefecht einen schärferen Treffer erhielt, zurückziehen. Seither herrscht wieder allgemeine Stille.

London, 18. März. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Tenedos: Fischdampfer begannen vorgestern wieder unter dem Schutze der Kriegsschiffe Minen in den Dardanellen fortzuräumen. Dabei flog ein Fischdampfer in die Luft.

*

London, 18. März. (W. T. B.) „Daily Telegraph" meldet aus Malta: Hier wurden Vorbereitungen zur Aufnahme von Verwundeten vom östlichen Kriegsschauplatz getroffen. Ein Teil der Verwundeten ist bereits angekommen.

Das französische Panzerschiff „Bouvet" vernichtet.

Konstantinopel, 18. März. (W. T. B.) Das Hauptquartier meldet: Ein Teil unserer Flotte bombardierte heute früh die Schiffswerft und den Uebungsplatz für Torpedoboote westlich von Theodosia in der Krim und steckte ihn in Brand. — Heute früh eröffnete die feindliche Flotte ein heftiges Feuer gegen die Forts der Dardanellen, welche mit Erfolg erwiderten. Um 2 Uhr nachmittags wurde das französische Panzerschiff „Bouvet" in den Grund gebohrt.

„Bouvet" stammte aus dem Jahre 1896, besaß 12 080 Tons Wasserverdrängung und an schwerer Artillerie je 2 30,5 und 27,4 Zentimeter-Geschütze.

Englische Verstärkungen für Mesopotamien und Südpersien.

London, 18. März. (W. T. B.) Oberhaus. Lord Curzon fragte den Staatssekretär für Indien, wie die gegenwärtige Lage in Ahwaz in Südwestpersien und in Kurna am Tigris sei, ob er etwas über die jüngsten Gefechte in der Nähe der beiden Orte sagen könne und ob die dort aufgestellten indischen Streitkräfte genügend seien. Lord Crewe antwortete, er könne keine besonderen Details geben, die über die ziemlich ausführlichen Berichte in der Presse hinausgingen. Es hätten hartnäckige Kämpfe stattgefunden. Um die Stellung der Briten sehr stark zu machen, seien beträchtliche Verstärkungen auf dem Wege, so daß die Streitkräfte der Arbeit, die sie zu verrichten hätten, vollauf gewachsen sein würden. Er sei bereit, Curzon Informationen zu geben, die nicht veröffentlicht werden könnten.

Die Stimmung in Aegypten.

Amsterdam, 18. März. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Ein ägyptischer Bericht der „Daily News" schildert die politische Gleichgültigkeit der Fellahs, die weder

---

Vom nordöstlichen Kriegsschauplatz.

Tobolowo, den 7. März 1915.

Das Tosen und Stürmen der dahinrauschenden Kriegsfurie übertönt und erstickt die kleinen Sorgen des Alltags. Das Schicksal des einzelnen gilt nichts im Zusammenstoß der Massengewalten. Und doch bilden letzten Endes die summierten Sorgen und Begierden einzelner den Untergrund dieses großen Völkerdramas. Es ist ein Ringen um Existenz! Als Tatsache, nicht als Rechtfertigung, möchte ich das herausstellen. In Tobolowo fand ich Quartier bei einem Bauern, anscheinend dem wohlhabendsten Mann im Dorf. Eine Schar von Kindern hockte um den Ofen herum; der jüngste Ankömmling lag krank in einer Holzwiege. Er muß ärztlicher Hilfe und jeglicher Nahrung entbehren. Seit Wochen lebt die ganze Familie ausschließlich von trockenen Kartoffeln. Allerdings, einige Zigaretten hatte der Bauer für sich auch noch gerettet. Traurigen Tones sagte er, indem er den Kopf neigte: „Was hat das Kind getan, daß es so unter dem Kriege leiden muß?" — Nach Schuld oder Nichtschuld werden die weltgeschichtlichen Fragen nicht entschieden. Die Menschen, die sich nun als Feinde bekämpfen, hatten vor dem Kriege im allgemeinen keine Kenntnis voneinander, persönlich haben sie sich nie ein Leids angetan. Ja, manchmal stehen sich Bekannte oder Verwandte mit der todbringenden Waffe gegenüber. Man denke nur an die Polen, wie auch an die Juden, die in Massen sowohl auf deutsch-österreichischer als auf russischer Seite kämpfen. Einer muß den andern zu vernichten suchen, obwohl er ihm lieber Freund und Helfer sein möchte. Ein harter, ihrer eigenen Willenssphäre entrückter Zwang erklärt der Krieger Tun.

Gegenüber all dem Furchtbaren kann nur der Gedanke trösten, daß aus diesem blutigen Ringen und nach ihm der Weg zu besseren Zuständen gefunden werde. Das russische Volk hat sehr viel zu fordern. In der kürzlich im Vorwärts-Verlag erschienenen Schrift „Das Zarenreich", lieft man u. a.: „Die Bourgeoisie erkauft sich das Recht, die Gesetze zu überschreiten und bestiehlt gemeinsam mit den Beamten den Staat. Die Opfer des Systems bleiben die arbeitenden Massen. . . . Ohne Richterspruch wurde jeder, gegen den auch nur der leiseste Verdacht vorlag, daß er ein Feind der zarischen Regierung sei, von den Gendarmen ergriffen, in den Kerker geworfen oder in die Einöden Sibiriens verbannt. . . . Dann begann der weiße Terror, das systematische Morden. In den Städten wurden die Arbeiter massakriert, die Polizei veranstaltete Pogroms, die Metzeleien der Juden, wozu sie das Lumpenproletariat aufhetzte, es zu Banden für diesen Zweck organisierte („die schwarzen Hundert"), in den Dörfern wüteten die Strafexpeditionen. . . . Die Ochrana, d. h. die politische Polizei, kann verhaften, wen sie will, und noch wie vor werden jährlich Tausende ohne Urteilsspruch in die Kerker geworfen oder verbannt. . . . Aber auch nach Aufhebung der Leibeigenschaft haben die (Bauern-) Unruhen niemals aufgehört, und es vergeht kaum ein Jahr, in dem nicht hier oder dort die Kosaken in den rebellischen Dörfern wüten . . ."

Neben den Juden haben besonders die Polen schwer zu leiden. In der Stadt, in der sich unser Standquartier befindet, machte ich die Erfahrung, daß polnische Handwerker mehr Furcht vor russischer Rache haben als ihre jüdischen Konkurrenten. Diese übernehmen ohne Scheu jede ihnen angebotene Arbeit, der Pole dagegen möchte nur heimlich den Deutschen bezahlte Dienste leisten. Als zwei Verwandte unseres Quartierwirts, der selbst geflüchtet ist, gebeten wurden, auf dem Klavier die polnische Nationalhymne zu spielen, erklärten sie erschrocken: Das dürfen wir nicht, die Russen würden uns das später büßen lassen. . . . Der eingangs erwähnte Bauer sagte uns: „Die Polen bekommen das schlechte Land, das beste nehmen überall die Russen." Der Bauer muß, wie alle anderen Dorfeinwohner, im Winter Holz fahren, um existieren zu können. Auf alle mögliche Weise werden die Armen geschröpft. Für seinen Bedarf an Brennholz muß dieser Bauer jährlich 76 Rubel an die Kaiserliche Forstverwaltung bezahlen. Der einmalige Besuch eines Arztes aus Suwalki oder Augustowo kostet ihn 8—10 Rubel (16—20 M.). Die meisten Kranken bleiben ohne ärztliche Hilfe. Die polnischen Dörfer machen schon von außen den Eindruck der Dürftigkeit. Er wird noch verstärkt, wenn man die vielfach stark zerfallenen Holzhütten betritt. Selbst bei dem „wohlhabenden Bauern" war die Einrichtung außerordentlich dürftig. In der großen Stube sah ich einige Bänke und eine Art Bett für die Mutter des Bauern. Ein Tisch stand in einem kleineren Raume, in dem das Ehepaar mit den Kindern schlief. Ein junger Knecht hatte sein Nachtlager auf dem Ofen. Das allernotwendigste Küchengeschirr in einem Schrank vervollständigte die Einrichtung. Aber eine Wand war mit bunten religiösen Bildern behangen, die meistens die Mutter Gottes darstellten. Maria als Jungfrau, als Mutter Gottes, mit und ohne Jesuskind, Maria mit ihrer Mutter usw. Diesem poetischen Marienkult begegnet man überall, selbst in der ärmlichsten Hütte, sehr prunkvoll zeigt er sich in den Kirchen. In Sehny, einem Bischofssitz, sah ich in der großen Kirche zwei Seitenaltäre; einer davon, dem heiligen Josef geweiht, in einfacher Ausführung, der andere, ein Marienaltar, erglänzte im Schmuck reicher Goldverzierungen. Und überall Fahnen und Bilder mit der Gottesmutter.

Unser Quartierwirt in Tobolowo bereitete uns ein frisches Strohlager, die Frau legte ein sauberes Bettuch darüber. Ich schlief bald ein und sah beim Erwachen zu meinem Erstaunen, daß sich inzwischen noch 15 Artilleristen in der Bauernstube einquartiert hatten. Die Leute bleiben, wo sie Platz finden. Es geht nicht anders im Kriege. Die Einquartierung ist nicht das Schlimmste, das hier die armen Polen bedrückt; es fehlt ihnen an Nahrung und Futter für das wenige Vieh, das überhaupt noch vorhanden ist. Sie hatten gehofft, das Vieh bald in den Wald treiben zu können, nun machten neue Schneefälle auch diese Hoffnung zunichte. Halb verhungerte Menschen und halbverhungertes Vieh bewohnen nun die polnischen Dörfer. In Tobolowo sind bei den letzten Kämpfen auch mehrere Einwohner, darunter zwei Kinder, in den Häusern erschossen worden. Manchmal fragen die Leute, wer ihnen den erlittenen Schaden ersetze. Sagt man, daß der Zar oder das russische Reich sie entschädigen müßten, dann schütteln die Armen den Kopf, lächeln schmerzlich und seufzend erklären sie: „Dann bekommen wir niemals auch nur eine Kopeke!" — — Jetzt werden die Bewohner aus den Dörfern im Gefechtsbereich, soweit sie nicht geflüchtet sind, in sicheres Gebiet gebracht. In den letzten Tagen sah man sie in Trupps nach Suwalki wandern. In Sehny kam am letzten Sonnabend fast die ganze Einwohnerschaft eines Dorfes an. Das weibliche Geschlecht überwog zwar, doch war eine noch ziemlich große Anzahl rüstiger Männer bei den Frauen und Kindern. Einige trugen gestreifte bunte Röcke und farbige Tücher, sonst war von polnischer Nationaltracht nichts zu merken. Den nötigsten Hausrat bargen ein halbes Dutzend Wagen, denen noch doppelt soviele Pferde lose folgten. Es waren abgehetzte oder lahme Tiere, Soldaten hatten die besseren Pferde genommen und diese dafür zurückgelassen. Der Pferdeverbrauch im Kriege in Rußland ist ungemein groß. In den letzten Tagen sah ich mehrere hundert Pferde tot an den Wegrändern liegen. Das ist bei der Beschaffenheit der Wege in Rußland und den Strapazen, die der Krieg erfordert, nicht verwunderlich. Die Wagen hopsen durch kleine und große Löcher, gleiten dabei auf der vielfach glatten Bahn, dann wieder geht es durch tiefen Schnee, über Anhöhen und durch enge Schluchten im Walde. Hier steckt ein Wagen fest im Schnee, dort ist einer mit den Hinterrädern in den Graben gerutscht. Es kostet Menschen und Tiere, Zeit und Mühe, die Wagen wieder flott zu machen. Aber es muß gehen, denn die Kolonne fährt weiter und man will sie wieder einholen. Ist es doch Ehrensache, nicht zurückzubleiben. Der kameradschaftliche Geist bei unseren Soldaten ist stark entwickelt, einer hilft dem andern aus Verlegenheiten, trotzdem schweigt der gutmütige Spott nicht, wenn Ungeschick oder Pech jemandem einen Schabernack spielen.

Bei der Rückfahrt zu unserem Standquartier kommen wir an einem Zug Infanteristen vorbei. Sie müssen schon lange den „Affen" schleppen, viele haben das Schwergewicht merklich nach vorn verlegt. Ich hole einen Pack Zeitungen hervor. Kaum merken die Soldaten, daß die Blätter verteilt werden sollen, da wird es lebendig in der Kolonne. „Hier eine!" — „Hierher!" — „Mir auch eine Zeitung!" so tönt es mir von allen Seiten entgegen. Schnell ist das Lesefutter verteilt, und wie ich die leeren Hände zeige, tröstet mich ein Soldat: „Wir lassen sie rumgehen!" — Mögen die Soldaten noch so müde sein, im nächsten Quartier werden die Zeitungen gelesen, man will wissen, was in der Welt los ist. Die Lieben und Bekannten in der Heimat sollten bei ihren Feldpostsendungen daran stets denken. Die Zeitung ist für den Soldaten im Felde eine willkommene Gabe.

Düwell, Kriegsberichterstatter.

loyal nach unloyal seien; konstatiert wird aber auch die Ruhe Kairos und Alexandriens in dem kritischen Augenblick des Kanalangriffs.

Das Fehlen jeder Unruhe habe die Regierung überrascht.

Interessant ist die Charakteristik des ägyptischen Preßregimes, worüber der Korrespondent sagt: Unter Kitcheners Regierung war die Araberpresse nicht nur kastriert, sondern wissenschaftlich erstickt. Der Krieg machte eine Erleichterung unmöglich, da die einzige Aenderung die Ausdehnung dieses Systems auf englische, französische und italienische Blätter war. Die großen weißen Flecke in den Zeitungen waren ein seltsamer Anblick für Engländer.

Der Munitionsmangel und die englische Arbeiterschaft.

Amsterdam, 17. März. (Privattelegramm des „Vorwärts.") „Daily News" bespricht in einem Leitartikel die Rede Kitcheners im Oberhause vom Montag und sagt: Niemand wird den Ernst verkennen. Das Land muß mit der Tatsache eines ernsten Munitionsmangels rechnen. Kitcheners Rede diente dazu, das klar zu machen und an alle Nationskräfte zu appellieren, jeden Nerv zur Abhilfe anzuspannen. Kitchener erklärte, daß der Vorrat des Kriegsmaterials jetzt und für die nächsten zwei, drei Monate Besorgnis erregt. Was bedeutet das?

Wenn diese Besorgnis nicht behoben werden kann, wird die große Tragödie unabsehbar verlängert, und anstatt diesen Sommer oder Herbst den Krieg zu beenden, würde er nicht bis nächsten Sommer oder Herbst beendet werden können. Die Verbündeten würden dadurch mit unberechenbaren Ausgaben an Blut und Geld belastet.

Der Vorrat an Munition entspricht weder dem Bedarf noch der Erwartung. Kitchener gibt zu, daß die Arbeiterschaft loyalst arbeitete, aber es gab auch Blaumacherei, Zeitvergeudung und Schlaffheit. Diese Ausnahmen müssen aufhören. Jeder, der nicht alle Kräfte anspannt, muß begreifen, daß er die Kameraden auf dem Schlachtfelde verrät. Das ist keine Frage von Kapital und Arbeit. Kitchener gab zu, daß die Arbeiter fordern dürfen, daß ihr patriotisches Werk die Profite nicht vergrößere. Er kündigte einen Beschluß der Regierung an, die Rüstungsfabriken unter Kontrolle zu stellen und die pflichtgetreuen Arbeiter an den Profiten teilnehmen zu lassen. Kitchener gab auch die Stiftung einer Ehrenmedaille für die Arbeiter bekannt.

Wir hoffen, daß die Regierung den Profit der Firmen streng begrenzen wird und begrüßen es, daß Lloyd George im Unterhaus die Anregung Markhams, den Kohlenhandel der Taxierung zu unterwerfen, bewillkommnete.

Dies muß auf alle Firmen, die von den Kriegsausgaben profitieren, ausgedehnt werden. Die Leute, die jetzt Kriegsmaterial herstellen, sind jetzt ebenso in direktem Dienst der Regierung, wie die, die das Material im Felde gebrauchen. Wir hoffen, daß sie Kitcheners Appell und den neuen Bedingungen mit der durch die größte Kriegsnot der Geschichte gebotenen Begeisterung Folge leisten. Davon hängt die Dauer des Krieges und die europäische Freiheit ab.

Vorläufig scheint die Arbeiterschaft von diesem von der „Daily News" unterstützten Appell sehr wenig eingenommen zu sein. „Times" melden den Beschluß des Bergleuteverbandes, am 1. April die Konvention bis Ende Juni aufzukündigen.

Einstweilen soll über die Erhöhung des Lohnminimums und des Lohnmaximums verhandelt werden, ebenso über die Kriegszulage. Der Verband lehnt Teilregelungen sowie das Angebot einer zehnprozentigen Lohnzulage durch die Grubenbesitzer Südwales ab.

Die Arbeiterkonferenz.

London, 18. März. (W. T. B. Meldung des Reuterschen Bureaus.) Unter den Auspizien der Regierung wurde gestern nachmittag eine große nationale Arbeiterkonferenz abgehalten, in der die Herstellung größerer Vorräte von Kriegsmaterial erörtert wurde. Es wurde ein Komitee von sieben Arbeiterführern gebildet, das alle Industriezweige vertreten und als Beratungskomitee für die Regierung fungieren soll. Lloyd George hielt eine kurze Ansprache. Die Konferenz behandelte ferner die Verhältnisse der Arbeiter unter dem neuen Plane der Regierung, die Industrien unter Staatskontrolle zu bringen.

Das Abkommen in der Kohlenindustrie.

London, 18. März. (W. T. B.) Die Arbeiterabteilung des Vermittelungsausschusses für die Kohlenindustrie hat vorgestern die Bedingungen des neuen Abkommens, wie es vom Vermittelungsausschuß entworfen wurde, angenommen. Die Arbeitgeber haben noch keinen Entschluß gefaßt.

Die Lohnerhöhungen.

Amsterdam, 17. März. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die englische Februarstatistik verzeichnet eine weitere Besserung des Arbeitsmarktes; stellenweise sei sogar ein Arbeitermangel vorhanden, besonders in der Landwirtschaft.

Die Lohnerhöhungen werden auf 18 000 Pfund pro Woche geschätzt, die sich auf 154 000 Arbeiter verteilen.

Die „Times" machen Stimmung für die allgemeine Wehrpflicht.

London, 18. März. (W. T. B.) Die „Times" schreiben in ihrem Leitartikel: Während Lord Kitcheners ernste Warnung, daß Arbeiterunruhen unseren Bedarf an Munition in Frage stellen, noch in unserem Ohr klingt, machen sich deutliche Anzeichen bemerkbar, daß der Bedarf an Menschen weder nachläßt noch nachzulassen verspricht. Die Verlustlisten der Offiziere in den letzten Tagen künden allzu deutlich an, um einen wie hohen Preis unsere jüngsten Erfolge errungen wurden. Wir besitzen noch immer keine amtliche Darstellung der britischen Gesamtverluste, man glaubt jedoch, daß sie zwei Drittel der deutschen Verluste ausmachen. Und das ist erst das Vorspiel einer Kampagne, die in wenigen Wochen ernstlich beginnen soll. Die Ergebnisse der Rekrutierung sind nicht ganz zufriedenstellend; in Irland sind sie besonders schlecht. „Times" schließen: Der große Führer der großen Demokratie jenseits des Atlantic schreckte nicht vor der allgemeinen Wehrpflicht zurück, als sich die Republik im Kampf auf Leben und Tod befand. Wir sind überzeugt, daß, wenn die Regierung unser Volk auffordern würde, dasselbe zu tun, was Lincoln von seinen Leuten verlangte, es dieses Opfer mit größter Bereitwilligkeit bringen würde.

Die Ernährung der deutschen Kriegsgefangenen in England.

Wie über Rotterdamm gemeldet wird, hat die englische Regierung über die Ernährung der in England befindlichen Kriegsgefangenen folgende Angaben gemacht: Die Gefangenen erhalten täglich: 600 Gramm Brot oder Zwieback, 225 Gramm frischen oder die Hälfte gefrorenen oder gepreßten Fleisches, 14 Gramm Tee oder 28 Gramm Kaffee, 14 Gramm Salz, 55 Gramm Zucker, ein wenig kondensierte Milch, 225 Gramm Gemüse, 55 Gramm Käse oder 28 Gramm Butter oder Margarine, 55 Gramm Erbsen oder Bohnen. Die Offiziere haben die Hälfte des Gehalts englischer Offiziere gleichen Ranges und freie Station.

Kriegsinterpellationen im Unterhaus.

London, 18. März. (W. T. B.) Im Unterhaus fragte der liberale Outhwaite den Staatssekretär Grey, ob ein Abkommen mit der japanischen Regierung über die Zukunft Tsingtaus geschlossen worden sei. Grey verneinte. Outhwaite fragte weiter, ob Grey sagen könne, zu welcher Stunde am 2. August die Entscheidung des Kabinetts, Frankreich zur See zu unterstützen, dem französischen Botschafter in London überbracht wurde, und um welche Stunde desselben Tages die deutsche Regierung in Brüssel die Gestattung des Durchmarsches durch Belgien verlangte. Staatssekretär Grey sagte, er könne nicht die genauen Stunden angeben, es bestehe aber keine Verbindung zwischen beiden Fragen, da, wie das Weißbuch klar beweise, die deutsche Regierung von der britischen Regierung gefragt worden sei, ob sie die Neutralität Belgiens solange respektieren wolle, als keine andere Macht sie verletze und eine Antwort geraume Zeit vor der Besprechung der Unterstützung Frankreichs zur See im britischen Kabinett abgelehnt habe. Outhwaite fragte ferner: Ist es nicht Faktum, daß die Forderung der deutschen Regierung an Belgien ein deutliches Anzeichen dafür war, was Deutschland zu tun gedenke? Grey erwiderte: Sicherlich nicht, wir besaßen die ersten Anzeichen von Deutschlands Absichten, als wir eine Woche vorher ein gleichzeitiges Ersuchen an die französische und die deutsche Regierung richteten. Die französische Regierung gab sofort die zustimmende Antwort, daß sie die Neutralität Belgiens respektieren würde, während die deutsche Regierung sagte, sie könne keine Antwort erteilen. Outhwaite sagte, wenn die Entscheidung im britischen Kabinett am Morgen des 2. August gefällt wurde und die deutsche Forderung nicht vor 7 Uhr erhoben wurde, ist es dann korrekt zu sagen, daß wir unsere Neutralität nur wegen der Schändung Belgiens aufgegeben haben? Der Sprecher entschied, daß diese Frage schriftlich eingebracht werden solle. Jowett (Arbeiterpartei) fragte, ob die alliierten Regierungen sich über die Friedensbedingungen, die Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Türkei aufzuerlegen seien, geeinigt hätten. Grey verneinte.

Die Peerskammer gegen indische Reformen.

London, 18. März. (W. T. B.) Im Oberhause wies Lord Macdonell darauf hin, daß der Vizekönig für Indien bei der Zusammenkunft der kaiserlich indischen gesetzgebenden Versammlung in Delhi am 12. Dezember den Wunsch der indischen Regierung ausgesprochen habe, soweit es möglich die Besprechung aller strittigen Fragen während des Krieges zu vermeiden, und gesagt habe, die Regierung hielte es für unangebracht, zu einer Gesetzgebung zu schreiten, die jetzt Kontroversen und Reibungen hervorbringen könnte. Die im Hause am letzten Sonnabend vorgelegten Entwürfe bezüglich der Errichtung einer exekutiven Versammlung für die vereinigten Provinzen Agra und Oudh einen höchst strittigen Charakter besäßen und die Ursachen, die die Vorschläge dem Hause im Jahre 1909 unangebracht erscheinen ließen, weiter beständen, so beantragte Lord Macdonell, es sollte dem König eine Adresse überreicht werden, in der gebeten werde, der Proklamation, durch die eine exekutive Versammlung geschaffen werden solle, während der Dauer des Krieges die Zustimmung zu verweigern. Der Antrag wurde angenommen. Das Haus vertagte sich darauf bis zum 14. April.

London, 18. März. (W. T. B.) „Daily News" schreibt in einem Leitartikel: Im Oberhaus hat eine Abstimmung stattgefunden, die in ganz Indien Widerhall finden wird. Der Vizekönig und der Gouverneur der vereinigten Provinzen hatten der Regierung die Schaffung einer exekutiven Versammlung in Agra und Oudh empfohlen, die öffentliche Meinung in den Provinzen verlangte danach. 47 Peers, die niemand vertreten und niemandem verantwortlich sind, haben dagegen ihr Veto eingelegt. Das Oberhaus hat damit dem Prestige der Regierung in Indien mitten im Kriege einen schweren Schlag versetzt. Das ist um so bedauernswerter, als die Bevölkerung der beiden Provinzen größtenteils mohammedanisch ist und an die Loyalität der Mohammedaner jetzt besonders große Zumutungen gestellt werden.

Frauenarbeit für Rekruten.

London, 18. März. (W. T. B.) Das Handelsamt fordert in einem Zirkular alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen Frauen auf, sich in Listen einzuschreiben, um die Männer für den Kriegsdienst freizumachen.

Abkürzung des japanischen Ultimatums.

London, 18. März. (T. U.) Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Tokio hat der japanische Ministerpräsident Okuma die Frist, die der chinesischen Regierung zur Annahme der Forderungen Japans gestellt worden war, noch verkürzt, und zwar vom 1. April schon auf den 25. März verlegt. Der Grund zu dieser Maßnahme soll darin zu suchen sein, daß Japan die Verhandlungen mit China unbedingt vor Eröffnung der am 25. März beginnenden Parlamentswahlen nach der einen oder anderen Richtung hin beendet sehen will.

Eine militärische Demonstration Japans.

Kopenhagen, 18. März. (W. T. B.) Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Tokio unterm 11. d. M.: Die zuständigen Stellen des Kriegsministeriums teilten der Presse mit, daß die jetzt begonnene Ablösung der Truppen in China und der Mandschurei ernste Bedeutung haben könnte, falls die Verhandlung mit China eine ungünstige Wendung nehmen sollte.

Gerüchtweise verlautet, daß Schiffe des ersten und zweiten Geschwaders gegenwärtig in Sasebo zusammengezogen wurden unter eiliger Ergänzung der Besatzungen.

England und die ostasiatische Frage.

London, 18. März. (T. U.) Hier erregt die neuerliche Verschärfung des Konfliktes zwischen China und Japan große Besorgnis. Die Presse enthält sich längerer Erörterungen, doch geht aus ihren kurzen Randbemerkungen hervor, daß man mit der Haltung Japans nicht gerade einverstanden ist. Vielfach wird die Vermutung ausgesprochen, daß die Verkürzung der Frist des Ultimatums offenbar nur geschehen sei, um China die Möglichkeit eines Appells an die Großmächte zwecks deren Intervention zu nehmen.

Englisches Werben um Bulgarien.

Sofia, 17. März. (W. T. B.) Sir Edward Grey hat kürzlich im englischen Parlament eine anscheinend bestellte Interpellation darüber, ob Serbien sich zu einer Gebietsabtretung an Bulgarien verstehen werde, dahin beantwortet, daß die Regierungen der Dreiverbandsmächte bereit wären, jede dauernde Regelung der Balkanfragen zu unterstützen und hierzu jede sich bietende Gelegenheit auszunutzen. Diese vorbereitete und von einem Blatt Papier verlesene Antwort ist von hiesigen Nationalisten als plumpe Falle bezeichnet worden. Heute schreibt ein Blatt dazu: Die Dreiverbandsmächte wollten damit Bulgarien bloß irreleiten, damit letzteres zum Werkzeuge besonders Rußlands werde. Nach Erreichung dieses Zieles würde Bulgarien vor eine neue nationale Katastrophe gestellt sein. Das bulgarische Volk habe jedoch genügende Energie, um die neuen Täuschungsversuche der Dreiverbandsmächte zurückzuweisen und selbständig für seine nationale Einigung zu arbeiten.

Italienische Anleihe in Amerika.

London, 17. März. (W. T. B.) „Daily Telegraph" meldet aus New York: Die italienische Regierung hat sich hier an führende Banken gewandt, mit der Absicht, 25 Millionen Dollar italienischer Schatzscheine zu emittieren. Die amerikanischen Banken willigten ein, die Schatzscheine im öffentlichen Verkauf anzubieten, wofern Italien bis nach der Emission der Anleihe Neutralität bewahre.

Letzte Nachrichten.

Der Reichskanzler im Großen Hauptquartier.

Berlin, 18. März. (W. T. B.) Der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg hat sich ins Große Hauptquartier begeben.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Berlin, 18. März. In der verstärkten Budgetkommission des Reichstags wurden der Etat des Reichsschatzamtes, der Etat der Reichsschulden und der allgemeinen Finanzverwaltung unverändert angenommen. Der Schatzsekretär machte vertrauliche Mitteilungen über die Kriegsausgaben. Bei der Beratung wurde eine angemessene Besteuerung der Kriegsgewinne allseitig als notwendig bezeichnet.

Ferner wurden die Fragen der Kriegsschäden und des Rubelkurses in Russisch-Polen besprochen. Weiter fand der Gesetzentwurf über die Ausgabe von Reichskassenscheinen und von Reichsbanknoten zu zehn Mark unverändert Annahme. Der Schaffung der Banknoten zu zehn Mark wurden nach näheren Darlegungen des Reichsbankpräsidenten und des Schatzsekretärs ohne Widerspruch zugestimmt. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung der Kommission wurde der Etat des Reichsjustizamts erledigt. Ebenso wurde der Etat des Reichsmarineamts nach kurzem Bericht des Referenten und Korreferenten, die mit herzlichen Worten der Anerkennung der bisherigen Leistungen unserer Marine gedachten, unverändert angenommen. Der stellvertretende Staatssekretär des Reichsmarineamts dankte im Namen der Marine für die anerkennenden Worte der Kommissionsredner und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Marine die ihr gespendete Anerkennung auch im weiteren Verlaufe des Krieges stets rechtfertigen werde. (W. T. B.)

Höchstpreise für Mehl und Futtermittel.

Berlin, 18. März. (W. T. B.) Der ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates hat am 17. d. M. über die Kriegsmaßnahmen beraten und u. a. folgenden Beschluß gefaßt: die Mehlpreise stehen in einem starken Mißverhältnis zu den Höchstpreisen für Brotgetreide. Die beabsichtigte Versorgung des Volkes mit verhältnismäßig billigem Brot und Mehl ist nur zu erreichen, wenn auch für Mehl Höchstpreise festgesetzt werden. Der ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates steht deshalb nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die Festsetzung von Höchstpreisen für Brotgetreide notwendig auch Höchstpreise für Mehl zur Folge haben muß und beantragt wiederholt dringend die sofortige Einführung von Höchstpreisen für Mehl. Sämtliche im Inlande befindlichen Futtermittel sind zu beschlagnahmen und für dieselben Höchstpreise festzusetzen, die in einem richtigen Verhältnis zu den bereits eingeführten Höchstpreisen stehen.

Greys Rechtfertigung der englischen Blockade.

London, 18. März. (W. T. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Korrespondenz zwischen Grey und dem amerikanischen Botschafter in London ist als amtliches Dokument veröffentlicht worden. Grey sagte in seiner Antwort auf eine Frage des Botschafters, daß England und Frankreich die Blockade deutscher Häfen durch einen Kordon von Kreuzern erst ins Leben riefen, nachdem Deutschland versucht habe, die Zufuhr von Gütern nach England und Frankreich zu verhindern. Grey fügt hinzu, daß diese Maßregel eine natürliche und notwendige Folge einer unerhörten, gegen Recht und Moral verstoßende Methode der Kriegführung sei, zu der Deutschland bereits zu Anfang des Krieges übergegangen sei. Die englische Regierung zweifelte, als sie zur Blockadepolitik ihre Zuflucht nahm, ob sie über die neutralen Schiffe alle auf den Bruch einer Blockade gesetzten Strafen verhängen sollte. Beseelt von dem Wunsche, die Last, die unvermeidlich den neutralen Seehandel drücken muß, zu erleichtern, machten England und Frankreich die Absicht bekannt, von dem Recht der Konfiskation von Schiffen und Ladungen Abstand zu nehmen, ein Recht, das die Kriegführenden stets bei Bruch der Blockade in Anspruch nahmen. England und Frankreich wollen die eigene Befugnis auf ein Anhalten der für ein feindliches Gebiet bestimmten Ladungen beschränken. Grey sagte über die Minenfrage, England legte erst Minen, nachdem Deutschland wochenlang Minen in hoher See gelegt hatte. Alle englischen Minen seien so konstruiert, daß sie unschädlich werden, wenn sie losreißen.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Auf dem Schlachtfelde fielen die Genossen

Alfons Reich Bezirk 143 — **Karl Stresse** Bezirk 143

Georg Köhler
Bezirk 250.

209/15 **Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 3. Berliner Reichstagswahlkr.**

Am 17. Februar fiel der Genosse, Maurer

Fritz Julian

im Alter von 22 Jahren.

Sozialdemokrat. Wahlverein Niederbarnim. Bez. Bernau.

Am 16. d. Mts. entschlief sanft nach arbeitsreichem Leben unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Marie Schulz geb. Warmt

im 70. Lebensjahre.

Dies zeigen betrübt an

Karl Schulz
Paul Schulz und Familie
Max Schulz und Familie
Emil Heym und Familie.

Berlin-Niederschönhausen.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 5. Berl. Reichstagswahlkreis.
6. Abteilung.

Am Dienstag, den 16. März, verstarb unser Parteigenosse, der Arbeiter

Otto Köte

Koppenplatz 5
im Alter von 52 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 19. März, nachmittags 4 Uhr, auf dem Kirchhofe der Sophien-Gemeinde, Berg- Ecke Invalidenstraße, statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

222/10 **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Wilmersdorf.

Am 14. März starb unser Mitglied, der Putzer

Traugott Riedel.

Die Beerdigung findet heute nachmittag 3½ Uhr von der Halle des Schmargendorfer Friedhofes in der Misdroyer Straße aus statt.

Ferner starb am 15. d. Mts. vom Bezirk Oranienburger Vorstadt der Hilfsarbeiter

Otto Köte.

Die Beerdigung findet heute nachmittag 4 Uhr, von der Halle des Sophien-Kirchhofs in der Bergstraße aus statt.

Weiter starb am 15. d. Mts. vom Bezirk Süden der Maurer

Fritz Spielhagen.

Die Beerdigung findet heute vormittag 10 Uhr, vom Krankenhause am Urban nach dem Simeons-Kirchhof in der Hermannstraße aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Um rege Beteiligung ersucht

146/7 **Der Vorstand.**

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verwandten Berufe
(Deutscher Senefelder-Bund).
Chemigraphen.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß folgende Kollegen gefallen sind:

Am 16. 2. 15 der Retoucheur

Reinhold Kuhring

durch Kopfschuß. 108/12

Am 4. 3. 15 der Aetzer

Richard Dames

durch Kopfschuß.

Wir werden beiden hoffnungsvollen Kollegen ein dauerndes Andenken bewahren.

Die Verwaltung Berlin II.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

Hieronymus Stasiak

vom Gaswerk Schmargendorf.

Die Beerdigung hat am Mittwoch, den 17. März, stattgefunden.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

/10 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Willi Burkert

am 16. März an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler

Karl Ziegler

Neukölln, Hermannstraße 53 gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Jerusalems-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstr., aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf!

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Paul Rudolph

an Herzschlag gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

111/17 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 16. März verstarb unser Parteigenosse

Paul Wilde

Berliner Straße 70. (7. Bezirk.)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 20. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Neuköllner Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

236/8 **Der Vorstand.**

Allzufrüh und fern von seinen Lieben starb auf dem Felde der Ehre am 21. Februar 1915 mein inniggeliebter Mann und treusorgender Vater seines heißgeliebten Töchterchens, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Schwiegersohn, der Wehrmann

Alfred Höhne

Reserve-Infanterie-Regt. Nr. 1 im 32. Lebensjahre.

Dies zeigen in tiefem Schmerz an im Namen aller Hinterbliebenen 3328b

Johanna Höhne geb. Curt nebst Töchterchen.

Wer Dich gekannt, so brav, so treu, so schlicht
Im Leben, im Beruf, vergißt Dich nicht.
Als höchste Pflicht stand Dir voran im Leben,
Für unser Glück nur Tag und Nacht zu streben.
Und unsre Zukunft fester noch zu gründen.
Standst Du vorm Ziel — da mußt den Tod Du finden.
Wir können Dir nun nichts mehr bieten,
Mit nichts mehr Dich erfreu'n,
Nicht eine Handvoll Blüten
Aufs kühle Grab Dir streu'n.
Wir konnten Dich nicht sterben seh'n
Auch nicht an Deinem Grabe steh'n.
Ruhe sanft in Feindesland,
Unsere Liebe deckt Dich zu!

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
Görlitzer Viertel, Bez. 162.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schneider

Otto Gramlow

Wienerstr. 65, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. März, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Hermann Krause

von der Firma Zement-Zentrale, Mühlenstraße, am 15. d. M. im Alter von 43 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs in Marzahn aus statt.

62/3 **Die Bezirksverwaltung.**

Nach kurzem, schwerem Leiden verstarb meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Ida Noack

im Alter von 28 Jahren.

In tiefer Trauer
Otto Noack und Kinder.
Hertzstr. 6.

Die Beerdigung findet heute den 19. März, nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Luisenkirchhofes, Fürstenbrunner Weg, aus statt.

Henkel's Bleich-Soda für alle Küchengeräte

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Wichtige Neuerscheinungen:

Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg

Von Dr. Paul Lensch

Preis 1 Mk., ungekürzte Vereinsausg. 40 Pf.

Aus dem Inhalt: Imperialistische Politik der Großmächte in den letzten fünfzehn Jahren • Die englische Weltherrschaft und ihre Erschütterung durch den Krieg • Der russische Zarismus • Frankreich und der Krieg • Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft

Die Internationalität und der Krieg

Von Karl Kautsky

Sonderdruck aus der „Neuen Zeit". Mit einem Vorwort

Preis 50 Pf., Vereinsausgabe 20 Pf.

Aus dem Inhalt: Internationalität und Neutralität • Parteidifferenzen im Kriege; a) Von 1854—66, b) Das Jahr 1870, c) Nach 1870 • Gegensätze des Friedens und Gegensätze des Krieges • Die Einigkeit der Internationale seit dem Burenkrieg • Die Schwierigkeiten der jetzigen Situation • Der Schrecken der Invasion • Die Gefährdung der Internationale • Die Grenzen der Internationale

---

Freireligiöse Gemeinde

Jugendweihe der Kinder von Mitgliedern d. Freireligiösen Gemeinde

am **Sonntag, den 21. März,** und am **Sonntag, den 28. März,** vorm. 10 Uhr im Berliner Stadthaus, Eingang nur Jüdenstraße (an d. Stralauer Str.)

Am **21.** März: Festrede von Herrn **Dr. H. Hasse:** „Ueber die Schwelle des Hauses".

Am **28.** März: Festrede von Herrn **Dr. B. Wille:** „Der innere Halt".

Auf beiden Jugendweihen: Harmonium, Violine, Cello.

Auftreten des Kinderchors. 55/7

Eintrittspreis 20 Pf. Kinder 10 Pf.

Jeden Sonntag, vormittags 11 Uhr, in der Kleinen Frankfurter Straße 6: Vortrag.

Am 4. April: Herr A. Fischer. Am 11. April: Herr W. Bölsche.

Mechaniker-Kittel • Schlosser-Anzüge

kaufen Sie am besten und billigsten in dem **größten Spezialgeschäft** von

Kohnen & Jöring, Arbeits- und Berufs-Kleidung

Alexanderstraße 12. Rosenthaler Straße 53. Landsberger Allee 148. Neukölln, Bergstr. 66.

Danksagung.

Allen Beteiligten, die meinem lieben Mann und unserem guten Vater die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Wwe. Helene Stemwedel
nebst Kindern
und Schwiegermutter. 2

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen meinen herzlichsten Dank.

1329b **Richard Zinnecker.**

Spezialarzt
f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, **Beinkranke** jeder Art, **Ehrlich Hata**-Kuren in u. Co. konz. Laborat. f. Blut-untersuchung., **Fäden** i. Harn usw.
Dr. Homeyer Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum
Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Preisgekrönte
Arbeitermöbel
Solide Arbeit. Billige Preise
Karl Thomas
Tischlermeister, Bernauer Straße 79
Tel.: Norden 4901
Lief. d. Konsumgenossenschaft

Dokumente zum Weltkrieg 1914

Herausgegeben von **Eduard Bernstein**

Heft 1: **Das deutsche Weißbuch** Preis 30 Pf.
Heft 2: **Das englische Blaubuch** 1. Die Geschichtsdarstellung und die Erklärungen der Minister. Preis 30 Pf.
Heft 3: **Das englische Blaubuch** 2. Der Depeschenwechsel des britischen Auswärtigen Amtes. Preis 50 Pf.
Heft 4: **Das russische Orangebuch** Preis 30 Pf.
Heft 5: **Das belgische Graubuch** Preis 30 Pf.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Moritzplatz 10622, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

Heute Freitag, den 19. März, abends 8½ Uhr:

Verwaltungs-Sitzung.

Versammlungen:

Stellmacher

Sonnabend, den 20. März, abends 8½ Uhr, in den **Sophiensälen,** Sophienstr. 17/18.

Lichtbildervortrag.

Thema: **Ein Besuch der Kriegsschauplätze in Ostpreußen.**
Vortragender: Kollege **Ahlemeyer.**
Das Erscheinen aller Kollegen mit Frauen ist erwünscht.

Einsetzer

Sonntag, den 21. März, vormittags 10 Uhr, im **Gewerkschaftshause,** Saal 5.
Tagesordnung: 1. Kommissionsbericht vom 1. Quartal. 2. Verbandsangelegenheiten.

Sargtischler

Sonntag, den 21. März, vormittags 10 Uhr, bei **Hasseloff,** Landsberger Straße 8.
Tagesordnung: 1. Unsere Arbeitsgelegenheit während des Krieges. 2. Verschiedenes.
Jeder in den Sargtischlereien beschäftigte Kollege muß erscheinen.
Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet

98/7 **Die Branchenkommission.**

Minlos'sches Waschpulver

von unvergleichbarer Qualität gibt bei geringster Arbeit

blendend weiße geruchlose Wäsche

das 1 Pfd. Paket kostet nur 30 Pfg.

Komplette Einrichtung von 265 M. an
Besseres Schlafzimmer von 345 M. an
Küche . . . . von 68 M. an

Brunnenstrasse 120

Elegantes Speisezimmer 420 bis 900 M.
Herrenzimmer 415 bis 900 M.

Möbel Otto Piehl

gediegen und billig — Brunnenstrasse 120

Garnitur 100–350 M.
Schlafsofa 75–120 M.
Umbausofa 62–85 M.
Walzendiwan 52–85 M.
Chaiselongues 24–65 M.

Brunnenstrasse 120

Bettstelle . 36–88 M.
Kleiderschrank 42-125 M.
Tisch . . 8.50–55 M.
Stuhl . . . 2.50–21 M.
Vertiko . . . 38–72 M.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 18. März, nachmittags 2 Uhr.

Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Am Bundesratstische: Delbrück, v. Jagow, Helfferich.

Nach debatteloser Erledigung einiger Rechnungssachen tritt das Haus in

die zweite Lesung des Etats

ein. Der Etat des Reichstags wird ohne Erörterung bewilligt. Die Beratung der

Etats für den Reichskanzler und das Auswärtige Amt

wird verbunden. Die Budgetkommission beantragt, im Auswärtigen Amt einen vierten Direktor anzustellen.

Abg. **Bassermann** (natl.)

hebt als Berichterstatter hervor, daß die deutsche Regierung längst den Austausch der Zivilgefangenen angeregt hat, worauf aber die feindlichen Regierungen nicht eingegangen sind. Die amerikanischen Kriegslieferungen sind mit dem Geiste wahrer Neutralität nicht zu vereinbaren. Dem neuen Direktor soll die Organisation des wichtigen Informationsdienstes im Ausland obliegen. Unter lebhaftem Beifall schließt der Redner mit Worten des Dankes und Ruhms für die Truppen vom Feldmarschall Hindenburg bis zum Soldaten im Schützengraben.

Reichsschatzsekretär Dr. **Helfferich**

erklärt die Zustimmung der Verbündeten Regierungen zur Anstellung eines vierten Direktors.

Abg. **Scheidemann** (Soz.):

Entgegen der Gewohnheit des Reichstages werde ich bei Beratung des Etats für den Reichskanzler Fragen der auswärtigen Politik nicht berühren. Was dazu vom Standpunkt meiner Partei aus zu sagen war, hat Abg. Haase am 10. März hier vorgetragen und ist außerdem in den Erklärungen meiner Fraktion vom 4. August und 2. Dezember vorigen Jahres niedergelegt. Es sind seitdem keine Ereignisse eingetreten, die uns veranlassen könnten, unsere Haltung zu ändern. Im Gegenteil, Forderungen, wie sie gerade in jüngster Zeit wieder von den verschiedensten Stellen erhoben worden sind, weisen wir entschieden zurück; sie können uns in unserer wohlbegründeten Haltung nur bestärken. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mancherlei Erscheinungen der Kriegführung werden später zu besprechen sein. Wir sehen bei dem jetzigen Kriege Erscheinungen, die sich wahrscheinlich aus dem Umstande erklären, daß in einem Kampf, der von allen beteiligten Völkern als Existenzkampf aufgefaßt wird, die Leiter der militärischen Operationen alles daran setzen, den Sieg zu erringen. Eine bittere Lehre für die Menschheit sind die Zeiten, in denen wir jetzt leben. Uebrigens wird jede Maßregel, bestimmt, die Leiden der vom Krieg betroffenen Völker zu mildern und unter Verbürgung der Gegenseitigkeit einen Rest von Völkerrecht auch im Kriege zu erhalten, stets unseren Beifall finden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hier möchte ich eine Warnung aussprechen vor Selbstgerechtigkeit und Leichtgläubigkeit. Wenn unsere Gegner, um die Kriegslust ihrer Volksgenossen anzufachen, uns „Hunnen" und „Barbaren" nennen, wenn sie durch erdichtete, vielleicht von ihnen selbst geglaubte Greueltaten die Phantasie aufs äußerste erhitzen, so erscheint uns das als ein Verhalten, das Nachahmung nicht verdient. Wir sind fest genug in der Erkenntnis unserer Pflichten, wir brauchen eine solche Aufpeitschung nicht (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) und wir halten es nicht für patriotisch, alles Schlechte unbesehen zu glauben, was man dem Feinde nachsagt. (Sehr gut! links.)

In diesem Zusammenhang komme ich auf die Gefangenenbehandlung. Auf unbewiesene Gerüchte hin, die vielfach mit geradezu unglaublicher Begeisterung verbreitet worden sind, sind eine Anzahl von Familien in Deutschland in große Beunruhigung versetzt worden. Es ist die Pflicht aller kriegführenden Staaten, die Gefangenen, die aus den Reihen der kämpfenden Gegner ausgeschieden sind, so gut zu behandeln, wie es die Verhältnisse nur irgend gestatten. Wenn die Hunderttausende, die jetzt in Deutschland unfreiwilligerweise unsere Gastfreundschaft genießen, in hoffentlich nicht zu ferner Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren werden, werden sie imstande sein, den Irrtum ihrer Landsleute zu zerstören und ihnen zu sagen, daß Deutschland kein „Hunnenland und Barbarenland" ist; sie werden dann eine Saat ausstreuen, die dem deutschen Volke reiche Ernte verspricht. (Sehr wahr! links.)

Wir wissen, und haben soeben wieder vernommen, daß die deutsche Regierung bereit gewesen ist, gleich zu Anfang des Krieges alle Zivilgefangenen auszutauschen. Wir wissen, daß sie in neuerer Zeit wieder bemüht war, Zivilgefangene und auch Geiseln auszutauschen, wir wissen leider auch, daß sie große Gegenliebe nicht gefunden hat. Das ist sehr bedauerlich, aber es ist leider wahr.

Die Ausdauer und Tapferkeit unserer Soldaten erregt die Bewunderung der ganzen Welt (Beifall auf allen Seiten.) und wir sind ihnen zu unermeßlicher Dankbarkeit verpflichtet. (Erneuter Beifall und allgemeine Zustimmung.)

Dieser Dank darf sich nicht erschöpfen in großen Worten.

Wir als die Vertretung des deutschen Volkes wollen uns der Ehrenpflicht immer bewußt sein, daß wir nicht allein für die Familien unserer Soldaten, sondern nachher auch für die Soldaten, die im Dienste des Vaterlandes ihre Gesundheit einbüßen und als Invaliden zurückkommen, in ausreichendster Weise zu sorgen haben. (Lebhafte Zustimmung links.)

Dringlicher als alles andere scheint uns heute zu sein, den Glauben unserer Gegner an die Besiegbarkeit des deutschen Volkes zu zerstören. Und um zu siegen, bedürfen wir auch einer wirtschaftlichen und sittlichen Rüstung, das heißt

Brot und Freiheit.

Der Glaube unserer Gegner, daß es möglich sei, unser Volk auszuhungern, wird tatsächlich durch die Tatsachen widerlegt werden (Bravo!), wenn ungesäumt — das ist die Voraussetzung — die wirtschaftlichen Maßnahmen getroffen werden, die notwendig sind, um die Ernährung des Volkes auch in den letzten Monaten vor der Ernte sicherzustellen. Dabei wird zu berücksichtigen sein, daß, soweit Höchstpreise in Frage kommen, sie möglichst niedrig zu halten sind (Sehr richtig! bei den Soz.) und daß, soweit irgend angängig, bestehende Höchstpreise erniedrigt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) In diesem Zusammenhang einige allgemeine Bemerkungen: Wir sind in der gegenwärtigen Situation alle aufeinander angewiesen, was der eine zuviel nimmt, fehlt dem anderen, was viele zuviel nehmen, fehlt der Gesamtheit. Ich schließe daraus: wer sich den zur Sicherstellung unserer Ernährung getroffenen Maßnahmen widersetzt oder sie zu durchkreuzen versucht, der handelt, als stände er im Dienste der Feinde. (Sehr richtig!) Wer dem Volke durch Erzielung übermäßiger Gewinne Lebensmittel und andere notwendigen Gebrauchsgegenstände künstlich verteuert, wer so von der Gewinnsucht befangen ist, daß er darüber die Notwendigkeiten der Allgemeinheit übersieht, der handelt, wenn nicht mit der Absicht, so doch in der Wirkung genau so, als wenn er dem Feinde Spionagedienste leistete, als wenn er im Rücken unserer Heere Brücken sprengen würde. (Sehr richtig!) Mag sein, daß der einzelne unter Umständen entschuldigt werden könnte,

unentschuldbar würde das System bleiben,

das eine solche Förderung feindlicher Interessen duldete oder gar förderte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Damit ist der Maßstab gegeben, mit dem eine spätere Zeit die heutige messen wird. Wir Sozialdemokraten wollen heute unsere Kraft ausschließlich jenen Punkten zuwenden, an denen gebessert werden kann. Wir haben nach besten Kräften geholfen und wollen weiter mitarbeiten und mithelfen. Aber dann wird auch die Zeit der Kritik kommen, und ich möchte nicht, daß Sie über unsere Absichten irgendwie im Unklaren seien. Diese schicksalsschweren Monate werden den unwiderleglichen Beweis dafür erbringen, was dem deutschen Volke nützlich, was ihm schädlich ist. Was sich in dieser Prüfungszeit nicht bewährt, hat kein Daseinsrecht mehr. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wie auch die Maßnahmen, die getroffen worden sind, sein mögen, alles, was an ihnen nützlich ist, geht darauf hinaus, an die Stelle wirtschaftlicher Unordnung **Ordnung** zu setzen, Willkür in ihre Schranken zurückzuweisen, das freie Spiel der freien Kräfte, das in Wahrheit der Kampf aller gegen alle ist, durch staatliche Regeln einzuschränken, die Gestaltung unserer Wirtschaft im Sinne einer höheren Zweckmäßigkeit zum Nutzen des Volksganzen (Sehr richtig! bei den Soz.), das ist die große Aufgabe, vor die wir uns gestellt sehen, zu deren Lösung die ersten tastenden Versuche während der Kriegszeit haben gemacht werden müssen. Sehr oft haben wir in dieser Zeit der Versuche, leider auch der Versäumnisse, die Klage gehört, es fehle an den geeigneten Vorbereitungen im Frieden. Das ist richtig. Es fehlt in der Tat an sehr vielen Vorbereitungen, obwohl gerade die ganz ungewöhnliche Organisationsfähigkeit des deutschen Volkes dem Deutschen Reiche die Möglichkeit gegeben hätte, in dieser Beziehung zweifellos an der Spitze aller Länder der Welt zu marschieren. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Die Beherrschung der Wirtschaftsgüter durch die Allgemeinheit

erweist sich klar als das Ziel, dem wir zustreben müssen im Interesse unserer Selbsterhaltung, und so kündet sich in dem Wetterleuchten dieses Weltkrieges ein neues Zeitalter an. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir brauchen zum Kriege Brot, wir brauchen zum Kriege aber auch Freiheit. Wohl regiert jetzt die Gewalt, das Schwert entscheidet, aber überall wird das Schwert geführt im Namen der Freiheit — überall im Namen der Freiheit! (Sehr gut! bei den Soz.) Vor dem Gewissen der Völker kann die Anwendung der Gewalt nur gerechtfertigt werden, wenn sie zum Schutze und der Mehrung der Freiheit aufgerufen wird. (Sehr gut! bei den Soz.) Ein Volk, das keine Freiheit zu verteidigen hat, hat nichts zu verteidigen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Darum mußte der Reichskanzler das Wort vom freien Volk sprechen, darum mußte er in einer anderen Kundgebung erklären, daß die Sache der Freiheit Europas nunmehr dem deutschen Schwerte zu bewahren anvertraut sei, mußte eine Neuorientierung der innern Politik ankündigen und in seiner jüngsten Kundgebung an den Vorsitzenden der Freien Vaterländischen Vereinigung sprechen vom Geiste der Freiheit, in dem der innere Aufbau des Reiches nach dem Kriege fortgeführt werden müsse. Auf unsere Anfrage aber, wie der Aufbau der Freiheit nach dem Kriege im einzelnen gedacht sei, wurde uns die Antwort, das müsse

einer späteren Zeit überlassen

bleiben, weil es nicht angehe, durch Erörterung der Fragen im einzelnen Differenzen hervorzurufen. Wir bedauern sehr, daß solche Differenzen heute noch möglich sind, daß noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, wo Tatsachen eine so eindringliche Sprache reden. Nichts könnte der Kraft des Volkes in dem gegenwärtigen schweren Kampfe einen stärkeren neuen Antrieb verleihen, als die Erfüllung jener Verheißungen schon jetzt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Ich kann mir wohl vorstellen, welche Begeisterung es überall bis weit in die Schützengräben hinein, wo die Preußen nicht nach erster, zweiter und dritter Klasse sortiert werden (Sehr gut! links.), ausgelöst haben würde, wenn eine andere Versammlung, die ich des Burgfriedens halber nicht nennen will (Heiterkeit bei den Soz.), auf bestimmte Privilegien freiwillig Verzicht geleistet hätte. Das hat sie leider ebensowenig getan, wie mancherlei im Reiche, das längst hätte geschehen können, nicht geschehen ist. Diejenigen, die der Regierung Anlaß zur Befürchtung geben, es könnten durch die sofortige Erfüllung einiger Volksforderungen Differenzen und innere Reibungen entstehen, wirken nicht im Nutzen der Allgemeinheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ein paar Worte zur Frage der staatsbürgerlichen Freiheiten im Kriege selbst. Inwieweit wir Sozialdemokraten eine Beschränkung für zulässig halten, haben wir in den Kommissionssitzungen der letzten Tage durch unsere Anträge zum Ausdruck gebracht. Wir wünschen, unter Berücksichtigung der wirklichen militärischen Interessen,

die Wiederherstellung der Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei Aufstellung dieser Forderung wissen wir, daß wir vollständig im Sinne der Vorkämpfer der deutschen Einheit und Freiheit handeln, an die wir heute

am 18. März

dankbar denken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Heute müssen wir jener Männer gedenken, denn erst jetzt in dem furchtbaren Wetterleuchten dieses Krieges wird uns völlig klar, was sie für uns alle, was sie für das ganze Reich getan haben. Ohne 1848 kein Deutsches Reich, ohne das allgemeine gleiche Wahlrecht kein einiges deutsches Volk (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), das imstande wäre, einer Welt von Feinden zu trotzen. Aber auch ohne Nichterfüllung gegebener Versprechungen in den Freiheitskriegen nicht die Notwendigkeit innerer Wirren und blutiger Opfer. So hat die Weltgeschichte dem deutschen Volke und Deutschen Reich gezeigt, welchen Weg wir gehen müssen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), welchen Weg das Deutsche Reich gehen muß, wenn es nicht der Gefahr der Selbstvernichtung sich aussetzen will, nämlich den Weg zur Freiheit. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So verstehen wir wohl auch alle, warum der Reichskanzler in der Stunde der Gefahr das Wort vom freien Volke gefunden hat. Die Ideologie der Minister wird bestimmt durch den Druck der Tatsachen. Ich könnte an Bismarck erinnern, der 19 Jahre nach 1848 das allgemeine Wahlrecht von 1848 in die Verfassung des Norddeutschen Bundes aufnahm, ich will auf solche Erinnerungen in diesem Augenblick nicht eingehen. Aber auf die Erinnerungen an die Geschichte gestützt sehen wir getrost der Zukunft entgegen. Was wir immer getan haben, nie geschah es um des Lohnes willen. Was wir getan haben, und was wir weiter tun, geschieht aus Liebe zum Volk, geschieht im Interesse des Volkes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von unserem Pflichtgefühl getrieben, werden wir in Zukunft, wenn der Friede gekommen ist, unsere Pflicht weiter tun in demselben Sinne, wie wir sie stets getan haben, den Zielen zu, die wir für die richtigen halten. Was immer dieser furchtbare Krieg uns genommen hat, was für Schmerzen er uns bereitet, was für Rückschläge und schlimme Erfahrungen er gebracht hat, wenn wäre all das je erspart geblieben, der Großen in der Welt gewollt hat. Aber der unerschütterliche Wille bahnt sich schließlich den Weg zum Erfolg. Wir vertrauen darauf, daß sich unser Volk in dieser härtesten Prüfung der Weltgeschichte bewähren wird und seinen Weg vorwärts und aufwärts nimmt. Wir sind voll Zuversicht und darum voll Kraft. Das Land, in das wir unsere Saat gestreut, ist unser Land, wir verteidigen es jetzt, wie wir stets darum gekämpft haben, es zu besitzen, auf daß es allen eigen sei, ein Vaterland der gleichen Rechte und der gleichen Pflichten, ein Vaterland der Freiheit und der Wohlfahrt. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Die Etats des Reichskanzlers, der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amts, dieser mit dem geforderten neuen Direktor, werden bewilligt.

Mit dem Militäretat werden zwei Resolutionen angenommen. Die eine ersucht den Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzentwurfs, welcher das Reichsgesetz über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873, unter Berücksichtigung der seit Erlaß dieses Gesetzes eingetretenen wirtschaftlichen, insbesondere industriellen Entwickelung, abändert und hierbei die Verpflichtung des Reichs zum Ersatz von Kriegsschäden grundsätzlich feststellt, auch das Verfahren bei Ermittelung des zu ersetzenden Kriegsschadens regelt; die zweite Resolution ersucht, mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Allgemeinbildung und das vermehrte Bedürfnis von Reserveoffizieren, eine Erweiterung der Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst zu veranlassen. Eine Anzahl Petitionen werden dem Reichskanzler als Material überwiesen. Auch der Etat des Reichsmilitärgerichts wird ohne Debatte bewilligt. Vor der Beratung über den Pensionsfonds beantragt Abg. Graf **Westarp** (k.) Vertagung wegen des Standes der Kommissionsarbeiten.

Das Haus vertagt die Weiterberatung des Etats auf Freitag 2 Uhr.

Schluß 3¼ Uhr.

Die Unstimmigkeiten in der preußischen Landtagsfraktion.

In einem Artikel des „Hamburger Echo" schreibt Genosse Haenisch:

„Der hier schon gleich am Beginn zutage getretene Gegensatz beherrschte die Politik der Fraktion während der ganzen Tagung: auf der einen Seite ein bewußtes und planmäßiges Hinarbeiten auf eine Durchbrechung der Politik des 4. August, auf der andern Seite ein nicht weniger bewußtes und planmäßiges Festhalten an dieser Politik. Unnötig zu sagen, daß beide Richtungen in gleichem Maße von dem besten Willen beseelt waren, der Partei und dem arbeitenden Volke zu dienen. Nur eben: eine Einigung darüber, welche Wege unter den gegenwärtigen Umständen zu diesem Ziele führten, war schlechterdings nicht zu erzielen — trotz des auf beiden Seiten zweifellos vorhandenen guten Willens zu einer Verständigung. Wenn wir in der Fraktion über den Krieg sprachen und über die Haltung, die die deutsche Sozialdemokratie zu ihm einnehmen müsse, dann zeigten sich nicht nur in der rein verstandesmäßigen Beurteilung, sondern — und das ist noch viel wichtiger — im Fühlen und Empfinden so schroffe Gegensätze, daß auch mir mehr als einmal das von Gerlach neulich zitierte Lutherwort in den Sinn kam: „Sie haben einen andern Geist!" Unter dem frischen Eindruck solcher Fraktionsverhandlungen schrieb ich im „Vorwärts" den in der Presse vielfach kommentierten Satz nieder: „In der Sache selbst scheint mir die Wahrscheinlichkeit einer Verständigung immer mehr zu schwinden." Herr von Gerlach in der „Welt am Montag" und auch die „Fränkische Tagespost" (Nr. 58) scheinen anzunehmen, ich hätte mit diesen Worten die bevorstehende Spaltung der Arbeiterbewegung ankündigen wollen. Kein Gedanke hat mir ferner gelegen als dieser. So sehr wie jeder andere Genosse bin auch ich durchdrungen von der absoluten Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeiterbewegung, gerade in den auf den Krieg folgenden Zeiten. Diese Tage werden uns vor ungeheure Aufgaben wirtschaftlicher, politischer und nicht zum wenigsten auch propagandistischer Art stellen, daß jeder Gedanke an eine Spaltung ein wahnwitziges Verbrechen wäre. Das habe ich in allen Versammlungen, die ich seit Kriegsbeginn abgehalten habe, mit ganz besonderem Nachdruck hervorgehoben. Und in dieser Beziehung ist mir auch durchaus nicht bange: die eherne Logik der Tatsachen wird der Arbeiterbewegung schon die allein richtigen, die allein möglichen Wege weisen, genau wie ihr die eiserne Notwendigkeit seit dem 4. August klar und eindeutig den Weg gewiesen hat. Nein — die Arbeiterbewegung wird ihren Weg gehen, trotz des Freiherrn von Zedlitz und der preußischen Minister auf der einen und trotz der Richtung Liebknecht auf der andern Seite! Was ich bei meiner Wendung im „Vorwärts" im Auge hatte, war nicht die Unwahrscheinlichkeit einer Verständigung innerhalb der Arbeiterbewegung, sondern nur die schwindende Wahrscheinlichkeit einer Verständigung zwischen der Arbeiterbewegung und der Gruppe Liebknecht. Einer Gruppe, die im wesentlichen aus Theoretikern und Literaten besteht, die gewiß alle ihre großen Verdienste um die Partei haben, denen aber in dieser Zeit jede lebendige Fühlung mit der Arbeiterbewegung selbst immer mehr verloren gegangen ist. Diese Theoretiker und Literaten könnten — das mögen sich alle die, die es angeht, hinter die Ohren schreiben — nur dann einen zeitweiligen Anhang in weiten Arbeiterschichten gewinnen, wenn in Preußen nach Zedlitzschen Rezepten weiterregiert würde! Geschieht das nicht, kommen die preußischen Machthaber, wie ich trotz alledem und alledem immer noch hoffe, endlich zur Einsicht in die Forderungen des Tages und in die Gebote der Stunde, dann ist auch das Häuflein derer um Liebknecht zur Ohnmacht verdammt. Denn die Illusion, die sie hegen, die Phantome, denen sie nachjagen, haben sich in diesen acht Kriegsmonaten durchweg als so groteske Unmöglichkeiten erwiesen, daß die Liebknechtianer in einer gesunden Arbeiterbewegung (und die deutsche Arbeiterbewegung ist gesund!) nun und nimmermehr Fuß fassen können!

Kommen diese Genossen im weiteren Verlaufe des Krieges doch noch zu der Einsicht, daß die Wege, auf denen sie heute gehen, Irrwege sind, die die Arbeiterbewegung ins Verderben führen: um so besser! Niemandem wäre das lieber und erwünschter als mir, der ich unter dieser Gruppe so manchen alten und erprobten Freund habe. Stellt sich die Einsicht aber nicht ein — nun, so ist es besser, daß diese Genossen sich in aller Freundschaft von uns trennen, nachdem der erste Friedensparteitag sein Urteil (und dieses Urteil kann nicht zweifelhaft sein!) gesprochen haben wird. Diese Trennung würde dann notwendig werden gerade im Interesse der Einheitlichkeit und Schlagkraft der Partei, für die nach diesem Kriege innere Kämpfe in der Art der Jahre 1890, 1891 und 1903 bis 1908 nicht mehr und nicht weniger als Selbstmord bedeuten würden. Lieber schiedlich-friedliche Trennung einiger weniger von der Partei, als jahrelanger fruchtloser Hader, der die ganze Bewegung lähmen und Deutschland um alle innerpolitischen Früchte dieses furchtbaren Krieges bringen würde. Daran, dies ganz offen und rückhaltlos auszusprechen, darf keine persönliche Freundschaft uns hindern. Denn höher als alle persönlichen Beziehungen steht das Interesse unserer Bewegung, das zusammenfällt mit den großen Zukunftsinteressen des deutschen Volkes."

*

Haenischs Bemerkung, daß der (linke) Flügel der Landtagsfraktion bewußt auf eine Durchbrechung der Politik des 4. August hingearbeitet habe, bedarf entschieden der Richtigstellung. Aus ihrer Auffassung zur Frage der Budgetbewilligung haben die anders denkenden Fraktionsmitglieder vor ihren Kollegen natürlich nie einen Hehl gemacht, aber ebensowenig konnte es ihnen je einfallen, im preußischen Abgeordnetenhause etwas gegen diese Abstimmung zu

unternehmen. Selbst wenn sie gewollt hätten, hätte ihnen ja jede Möglichkeit dazu gefehlt.

Aber Haenisch spricht ja nicht nur von der Abstimmung, sondern von „der Politik" des 4. August. Dabei passiert ihm das Malheur, seine und seiner Gesinnungsgenossen Auffassungen über die Beweggründe und die vermeintlichen innerpolitischen Folgen dieser Abstimmung einfach der Fraktionsmehrheit zu unterschieben! Die Ansichten Haenischs, Heilmanns, Heinemanns, Heines, Lensch und anderer seiner Gesinnungsgenossen sind aber für einen erheblichen Teil dieser Mehrheit niemals maßgebend gewesen. Die weltpolitischen Expektorationen einiger der genannten Genossen sind ebenso sehr nur deren persönliche Ueberzeugung, wie die innerpolitischen Illusionen der anderen. Die Fraktionsmehrheit selbst hat sich niemals auf eine solche Politik festgelegt und viele dieser Genossen werden es ganz entschieden ablehnen, mit den Haenisch, Heilmann, Heinemann, Heine und Lensch in einem Atem genannt zu werden. Es ist also ein artiges Taschenspielerkunststück oder mindestens eine gröbliche Selbsttäuschung, wenn Haenisch seine höchst eigenartige Privatansicht über die sogenannte „Politik des 4. August" für die der Gesamtpartei auszugeben wagt.

Wie wenig Recht Haenisch zu solchen Unterstellungen hat, beweist schon die Tatsache, daß der von ihm so lebhaft bekämpfte „Friedenspassus" in der Fraktionserklärung bei der Mehrheit der Partei sowohl in Preußen als im Reiche keinen Anstoß erregt hat. Und wenn Haenisch nicht minder hitzig die Ausführungen bekämpfte, die der gestrichene Teil der zur Zensurdebatte beabsichtigten Rede des Genossen Ströbel über die Kriegsziele enthielt, so mußte er es vollends wenige Tage später erleben, daß Genosse Haase im Namen der Reichstagsfraktion dem Sinne nach dasselbe erklären konnte!

Darum noch einmal: die „Politik des 4. August" ist eine ganz willkürliche Fiktion des Genossen Haenisch und seiner Gesinnungsgenossen. —

Ueber seine freundlichen Zumutungen dem „Häuflein derer um Liebknecht" gegenüber, können wir uns jeder Anmerkung enthalten. Eine solche unter der Maske des Einheitsfanatismus sich verbergende Ketzerrichterei charakterisiert sich selbst.

Politische Uebersicht.

Vom Reichstag.

Der Seniorenkonvent des Reichstages trat vor Beginn der gestrigen Plenarsitzung zusammen und einigte sich dahin, bei der zweiten Lesung des Etats die Reden auf das unbedingt Notwendige zu beschränken. Beim Etat des Reichsamts des Innern soll der Stoff getrennt werden und zwar sollen gesondert behandelt werden: Ernährungsfragen, soziale Maßnahmen, innere Politik; bei der inneren Politik sollen besprochen werden: Preßzensur Belagerungszustand und Ausnahmegesetze.,

Es ist in Aussicht genommen, die Etatsberatung und die Beratung der kleinen Vorlagen bis Sonnabend dieser Woche zu Ende zu führen.

Der Präsident teilte dem Seniorenkonvent mit, daß die Regierung mit dem Wunsche des Reichstages übereinstimme, den Reichstag bis zum 18. Mai zu vertagen. Die Mitglieder des Reichstags werden heute Freitag das Gefangenenlager in Döberitz besichtigen. Der Gesetzentwurf über das Stickstoffmonopol soll eventuell bis zum 18. Mai zurückgestellt werden.

Wetterlés Mandat erloschen.

Berlin, 18. März. (W. T. B.) Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages beschloß heute, das Mandat des Abgeordneten Wetterlé, b. Elsaß-Lothringen (Rappoltsweiler) für erledigt zu erklären.

Artige Kinder erhalten — Versprechungen.

Oktavio v. Zedlitz schreibt in einem im „Tag" veröffentlichten Artikel:

„Daß das Verlangen, die innere Politik Preußens schon während des Krieges neu zu orientieren, Erfolg haben würde, haben weder Polen noch Sozialdemokraten erwarten können, sicher auch wohl nicht erwartet. An sich eignet sich die Zeit schweren Krieges so wenig wie möglich für die Lösung großer Aufgaben der inneren Politik. Auch ist die Entwickelung nach Friedensschluß noch keineswegs völlig klar zu übersehen. Es mag, was die Wünsche der polnischen Fraktion anlangt, daran erinnert werden, daß die Politik zum wirtschaftlichen Schutze des Deutschtums in den Ostmarken bedingt war durch dessen wirtschaftliche Bekämpfung seitens der Polen. Nur soweit hier wirklich und dauernd abgerüstet wird, erscheinen mithin die Schutzmaßnahmen entbehrlich. Was ferner die Sozialdemokratie anlangt, so braucht nur an die Gegensätze innerhalb der Partei erinnert zu werden, welche im Abgeordnetenhause in den Reden Dr. Liebknechts zum Etat des Innern und des Abgeordneten Haenisch zum Kultusetat so drastisch in Erscheinung traten. Das volle Vertrauen, das der Richtung Haenisch seitens des Staates, seiner Gesetzgebung und Verwaltung entgegenzubringen sein wird, kann plichtmäßig der Richtung Liebknecht nicht zu teil werden. Ebensowenig spruchreif ist die Frage der Stellung der Eisenbahnarbeiter zu den gewerkschaftlichen Organisationen. Da der Eisenbahnbetrieb im Interesse des Gemeinwohls nicht stillstehen darf, ist der Staatsbahnverwaltung das Kampfmittel der Aussperrung, den Eisenbahnarbeitern das des Ausstandes zur Regelung der Arbeitsbedingungen versagt. An diesem von allen bürgerlichen Parteien als Axiom anerkannten Satze hat der Krieg nicht das mindeste geändert. Einer Aenderung der Stellung der Eisenbahnverwaltung zu der Frage müßte daher ein entsprechendes Umlernen der Gewerkschaften vorausgehen.

Was schließlich das preußische Wahlrecht anlangt, so ist die Frage nach einer Seite geklärt. Die vielfach sehr eifrig betriebene Unterstellung, als herrsche allgemeine Uebereinstimmung zwischen Volk und Regierung darüber, daß die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen die notwendige Konsequenz der wundervollen Einmütigkeit unseres Volkes im Kriege sei, wird nicht mehr aufrechterhalten werden können. Der Versuch, die öffentliche Meinung in diesem Sinne zu hypnotisieren, wird aufgegeben werden müssen. Aber das, was inbezug auf die Reform des preußischen Wahlrechts nach Maßgabe der Erfahrungen des Krieges unter dem Gesichtspunkt der Salus publica zu geschehen haben wird, bleibt der Zukunft ganz überlassen. Wenn bei Inangriffnahme der Lösung des Problems, wie ich nicht zweifle, die Ueberzeugung durchdringt, daß mit der Eigenart des preußischen Staats, mit unserer starken Monarchie nur ein abgestuftes Wahlrecht vereinbar ist, so wird die Hauptfrage die sein, wie die für die Abstufung des Wahlrechts vornehmlich in Betracht kommenden Momente nach den Erfahrungen des Krieges sachgemäß zu bewerten sind. Sie werden neben der Person des Wählers meist in die Begriffe Besitz und Bildung zusammengefaßt."

Der freikonservative Einpeitscher macht also seine — obendrein sehr bedingten und bescheidenen — Versprechungen davon abhängig, daß die Polen, Sozialdemokraten und Gewerkschaften derartig „umlernen", daß sie sich das „Vertrauen" der Freikonservativen erwerben.

Bemerkenswert ist dabei, daß sich dies Umlernen auch und vor allen Dingen auf die Zeit nach dem Kriege bezieht!

Ballin über Friedenserörterungen.

Der Generaldirektor der Hamburg—Amerika-Linie Herr Ballin hat an den Bund „Neues Vaterland" ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Ich habe mit besonderem Interesse den Artikel gelesen, den Sie mir mit Ihrem Briefe übersandten und der unter dem Titel „Unser Kriegsziel" energisch Stellung nimmt gegen die Tendenz vieler Parteien, die Friedensbedingungen heute öffentlich zu diskutieren und festzulegen. Der Gedanke, daß es möglich sein sollte, die Gestaltung des Friedens heute festzulegen, ist meines Erachtens ganz verfehlt."

Ein konservatives Blatt erinnert demgegenüber daran, daß Herr Ballin bereits in einem Neujahrsschreiben selbst den Wunsch nach einem neuen Seestützpunkt geäußert hat, also für bestimmte Kriegsziele eingetreten ist.

Kriegsziele.

In der „Hilfe" stellt sich der imperialistische Schriftsteller Paul Rohrbach in der Frage der Kriegszielerörterungen auf den Standpunkt der „Nordd. Allgem. Zeitung". Dabei notiert er einige ausländische Stimmen über das Kriegsziel Englands, die wohl nicht ohne Absicht von ihm hervorgehoben werden. Er schreibt:

„Auch in der feindlichen Presse wird vom Kriegsziel gesprochen. Dabei muß man natürlich nicht nach den offiziellen und privaten Großsprechereien urteilen, mit denen das Publikum unterhalten und ermutigt werden soll, sondern nach anderen, vielleicht versteckteren, aber durch ihren Inhalt um so beachtlicheren Stimmen. So stand z. B. vor einiger Zeit in einer englischen Zeitschrift folgendes zu lesen: Deutschland habe in Belgien so mächtige Verteidigungsanlagen errichtet, daß im Ernst schwer daran zu denken sei, es dort hinauszuwerfen. In Belgien aber dürften die Deutschen auf keinen Fall bleiben, da das für die Sicherheit Englands unerträglich sei. Nun habe man ja glücklicherweise eine Anzahl deutscher Kolonien besetzt, an deren Wiedererlangung dem deutschen Volke sehr viel läge. Wie wäre es also, wenn man den Deutschen die Kolonien anböte, wenn sie aus Belgien hinausgingen? Blieben dann noch Schwierigkeiten übrig, so könnten ja noch ein paar Südsee-Inseln mit in die Masse geworfen werden. Dies der ungefähre Sinn des Artikels, der sich in sehr vorsichtigen, aber doch unmißverständlichen Wendungen bewegte. Er erhält noch stärkeres Interesse dadurch, daß sein Verfasser einen Bruder hat, der Herausgeber der offiziösen „Westminster Gazette" ist. Vielleicht ist das gleichgültig, vielleicht hat es aber auch etwas zu bedeuten. Hier schimmert so ein Stück englisches Kriegsziel durch, nicht wie es die sogenannten Jingos hinausposaunen, sondern wie es nüchterne, überlegende Leute sich deutlich zu machen suchen. Da ist nicht mehr von Zertrümmerung Deutschlands die Rede, sondern da herrscht nur noch die Sorge: Hätten wir doch erst die Deutschen aus Belgien heraus! Sollten wir uns eines Tages bewegen lassen, mit England überhaupt auf dieser Grundlage zu verhandeln, so würde natürlich noch viel mehr zu bekommen sein, als bloß Rückerstattung der Kolonien und ein viertel oder ein halbes Dutzend Korallen-Archipele als Zugabe. Die Engländer würden uns sicher französische, portugiesische, spanische und wer weiß was sonst noch für Kolonialgebiete anzubieten versuchen, wenn wir nur Belgien räumen wollten, und wenn es denn gar nicht anders ginge, würden sie wohl schließlich bereit sein, über ein paar überseeischen Landfetzen den Union Jack zu streichen."

Der Landtag der Herzogtümer Koburg und Gotha

trat am Donnerstag wieder zu einer Sitzung zusammen. Es handelte sich um die Beschlußfassung über die Einnahmen und Ausgaben des Staates. Der Etat von 1913/14 wurde auf die Geschäftsperiode 1915/16 übernommen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte gegen den Etat, da die Sozialdemokraten in beiden Herzogtümern von Staatswegen noch immer nicht als gleichberechtigt behandelt werden. Die Erklärung des Genossen Bock hatte bei den Bürgerlichen wie auch bei der Regierung offenbar eine große Wirkung.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beantragte die sozialdemokratische Fraktion, die Staatsregierung möge den Angehörigen der Kriegsteilnehmer einen 50 prozentigen Zuschlag zu der Reichsunterstützung gewähren; weiter ersuchte die Fraktion die Regierung, der Bevollmächtigte beim Bundesrat möge für Festsetzung von Höchstpreisen für Brot, Kartoffeln usw. eintreten.

Teilweise Beschlagnahme der Kartoffelvorräte.

Eine offiziöse Nachrichtenstelle schreibt:

Es ist geplant, eine teilweise Beschlagnahme der Kartoffelvorräte vorzunehmen, und zwar in den Erzeugungsgebieten, wo die vorhandene Ernte über den örtlichen Bedarf weit hinausgeht. Eine solche teilweise Beschlagnahme hat den Vorteil, daß die beschlagnahmten Mengen in den Mieten der Landwirte verbleiben können, bis in den Hauptverbrauchsplätzen sich ein Bedarf danach einstellt. Da es sich bei dieser Maßnahme wie gesagt in erster Linie nur um die großen Städte handelt, deren Versorgung sich bisher besonders schwierig gestaltet hat, dürfte es voraussichtlich genügen, wenn die Beschlagnahme in einem Umfange von höchstens zwei Millionen Tonnen stattfindet.

Wie Kartoffeln verderben.

In der Stadtverordnetensitzung in Herne (Westfalen) fragte ein Stadtverordneter über den Kartoffelbezug an. Erster Bürgermeister Sporleder erklärte darauf: Ein Kartoffelbezug sei wegen der Sperrung der holländischen Grenze vorläufig nicht möglich. Auch ist das letzte Schiff mit Kartoffeln durch unverständliches Vorgehen eines deutschen Zollbeamten vier Wochen unterwegs gewesen und durch die Wärme der Maschinenräume sind die Kartoffeln verdorben, so daß sie nur noch als Futterkartoffeln Verwendung finden konnten.

Den Forderungen der Bureaukratie ist also ein Schiff Kartoffeln geopfert worden, obgleich die Nahrungsmittelknappheit doch Anreiz genug zur Beseitigung aller überflüssiger Formalitäten bildet. Die Arbeiterinnen warten nun vergeblich auf billige Kartoffeln!

Beschlagnahmter Zucker als Futtermittel.

Berlin, 18. März. (W. T. B.) Im Hamburger Freihafen befindet sich noch eine größere Menge von Rohzucker. Wie uns von wohlunterrichteter Seite mitgeteilt wird, beabsichtigt die Reichsregierung, diesen Zucker demnächst zu beschlagnahmen, um ihn dem inländischen Verbrauch zu erhalten, mit Rücksicht auf die außerordentliche Knappheit an Futtermitteln. — Der Zucker soll so schnell wie möglich der inländischen Landwirtschaft zugeführt werden, weil die Zeit von jetzt bis zum Beginn der Grünfütterung (Mitte Mai) besonders kritisch ist.

Landtagsersatzwahl.

Die Landtagsersatzwahl in Gelsenkirchen Stadt- und Landkreis für den verstorbenen Abg. Hasenclever ist nunmehr festgesetzt. Die Wahlmänner sind zu wählen am 8. April d. J. Die Abgeordnetenwahl findet am 22. April d. J. statt. Die Sozialdemokratie wird sich an der Wahl nicht beteiligen. Der Kandidat der Zechenpartei ist Dr. Schweighofer.

Kriegssteuer in Lippe.

Die Regierung des Fürstentums Lippe hat dem Landtage den Voranschlag für 1915 zugehen lassen, der bei rund 3 Millionen Mark mit 230 000 Mark Defizit abschließt. Das Staatsministerium bemerkt zu dem Abschluß:

„Was die Deckung des großen Fehlbetrages betrifft, so wollen wir zunächst die Hoffnung aussprechen, daß eine glückliche Beendigung des Krieges und ein ehrenvoller Friede uns im Laufe des nächsten Rechnungsjahres wieder erhöhte Einnahmen bringen werden. Da aber eine Ausgleichung des Voranschlages in Einnahme und Ausgabe durch vorhandene Deckungsmittel immerhin zweifelhaft ist, nehmen wir auf die dem Landtage zugehende besondere Vorlage, die Erhebung einer Kriegssteuer betreffend, bezug. Sollten auch diese Deckungsmittel nicht reichen, wird in dieser schweren Zeit auf eine Anleihe zurückgegriffen werden müssen."

Die Kriegssteuervorlage ist noch nicht fertig, über ihren Charakter kann daher noch nichts mitgeteilt werden.

„Benehmt euch anständig!"

Beachtenswerte Ausführungen macht Bernard Shaw in „The Nation" nach den „Berliner Neuesten Nachrichten":

„Wir brauchen zwei Dinge. Erstens: Resolute Unterdrückung unseres skandalösen Benehmens vor dem Feind, das zahllose Esel für Patriotismus halten, und zweitens: Beweisführung, daß wir wohl kämpfen können, aber in Friedenszeiten auch gute Freunde und sichere Nachbarn sind. Das schlimmste sind unsere skandalösen Pseudopatrioten; ihre giftige Rachsucht, ihre unausstehlichen Beteuerungen eigener heiliger Gerechtigkeit und der Niedertracht jedes anderen. Der unmännliche Schrecken und die Panik, wenn irgend jemand sich wie ein Gentleman benimmt, muß uns vor den Nationen erröten lassen, und ich bitte hiermit in ihrem Namen die Deutschen um Verzeihung, wenn es soweit gekommen ist, daß „Manchester Guardian", der nie den Kopf verloren hat und zu Anfang des Krieges die Würde der englischen Nation und Presse besser verteidigte als irgend ein anderes Blatt, öffentlich beweisen mußte, daß er kein deutsches Blatt sei, um das Geschrei der Kanaille zum Schweigen zu bringen, während „Daily Expreß" für ein patriotisches Blatt gilt und vielleicht absurd genug ist, sich auch selbst dafür zu halten. Es wird Zeit, mit fester Hand die Ordnung wieder herzustellen. Nur der Ruf, daß wir Vernunftgründen zugängig sind, kann uns davor bewahren, daß sich Europa schließlich zusammentut zum Schutz gegen Rußland einerseits und England andererseits. Solch eine Kombination ist vor dem Krieg schon einmal von einem Deutschen vorgeschlagen worden. Wir haben keine Ahnung, wie wir gefürchtet sind. Außer für Wahnsinnige, die solche Dinge wünschen, muß die Parole für jeden Engländer lauten: Benehmt euch anständig!"

Löbliche Offenherzigkeit.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben:

Man spricht jetzt in manchen Kreisen von einer Einheit der Gesinnung und der Tat, die die Zeit der Kriegsnot überleben und beim Wiederaufbau der zerstörten Welt alle Klassen und Parteien vereinigen soll. Sogar in einer Art Vereinsform will man diese Utopie realisieren. Es gibt bekanntlich selbst Sozialdemokraten, die so illusionistisch denken, um für die Zukunft eine Besänftigung der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze vorauszusagen. Dieser Glaube ist nicht nur auf Deutschland beschränkt. Da ist es immerhin erquicklich, wenn man in einem Land, wo neue soziale und politische Harmonielehre mächtig aufzublühen schien, so offenherzigen Erklärungen begegnet, wie sie die französische „Revue pratique d'Apologétique" in folgenden Sätzen abgibt: „Wenn der bewaffnete Eindringling vertrieben sein wird, wird man sich wieder dem heimlichen Ueberfall der falschen Prinzipien entgegenstellen müssen. Ein neues Geschlecht wird erzogen und die geheimen Mächte bekämpft werden müssen, die mehr Schlachtopfer gefordert haben als die deutschen Kugeln. Frankreich darf und will nicht mehr das Land der Demagogie, der untätigen Rentner und des Einkindersystems sein." Man muß diese Ankündigung natürlich des pathetischen Schmuckes entkleiden. Daß etwa die Rückberufung der vertriebenen Kongregationen dazu beitragen wird, die Beispiele tätigen Lebens zu vermehren und von Gewohnheiten abzugehen, die immerhin die Wirkungen des Zölibats noch nicht ganz erreichen, ist kaum anzunehmen. Aber es ist wertvoll zu wissen, daß der sozialen Gruppe, für die die angeführte Zeitschrift spricht, der Kampf gegen den äußeren Feind doch nur eine weniger wichtige Episode und vielleicht eine erwünschte Stimmungsmache für den Kampf gegen die unter dem Schlagwort „Demagogie" zusammengefaßten gesellschaftlichen Tendenzen ist. Diese sehr weltklugen Beurteiler glauben an keine Zaubermacht, die die Interessen versöhnt und die Gemüter befriedet. Von ihnen könnten manche lernen, die alle Künste „realistischer" Politik zu besitzen glauben.

Aus der Partei.

Ein Schritt des Parteivorstandes in Stuttgart.

Von der alten Stuttgarter Parteiorganisation werden wir um Aufnahme folgender Erklärung ersucht:

In Nr. 72 des „Vorwärts" vom 13. März 1915 und in anderen Parteiblättern veröffentlicht der Parteivorstand unter obiger Ueberschrift eine auch von der bürgerlichen Presse übernommene Erklärung, die sich gegen eine Mitteilung des „Sozialdemokrat" (Mitteilungsblatt des sozialdemokratischen Vereins Stuttgart) in Fragen der Einigungsverhandlungen richtet.

Diese Erklärung des Parteivorstandes ist einseitig und unvollständig und daher irreführend. Sie nötigt uns daher zu einigen Feststellungen und Bemerkungen.

1. Es ist unrichtig, daß der Stuttgarter Ortsverein sich weigert, die dem Kreisvorstand und Landesvorstand zustehenden Prozente abzuliefern.

Richtig ist vielmehr, daß den Vertretern des Parteivorstandes mitgeteilt wurde, Kreiskassierer und Landesvorstand weigerten sich andauernd, dem Ortsverein Stuttgart, wie es seine statutarische Pflicht ist, Beitragsmarken zu übergeben, und zwar mit der ausgesprochenen Absicht, auf diesem Umweg den Ortsverein Stuttgart aus der Partei auszuschließen. Weil sich aber der Ortsverein Stutt-

gart gegen diesen „Ausschluß“ wehren und der Partei gegenüber seine Verpflichtungen erfüllen will, müsse der Parteivorstand ihm selbst Beitragsmarken liefern oder die Verausgabung eigener Marken gestatten, wenn er den Landesvorstand nicht zwingen könne, das Parteistatut zu beachten.

2. Der Parteivorstand verschweigt in seiner Erklärung, daß dem Kreiskassierer Ablieferung aller ihm zustehenden Prozente (darin sind die für den Landesvorstand mitenthalten) angeboten wurde, unter der Voraussetzung, daß dieser die von ihm dem Verein vorenthaltenen Gelder abliefert, daß darauf aber nicht einmal eine Antwort eingegangen ist, und zwar, weil dies der Landesvorstand nicht will.

3. Der Parteivorstand verschweigt seine eigene Feststellung, daß die vom Kreiskassierer und Kreisvorsitzenden erlassenen Bekanntmachungen, betr. Ausschluß des Vereins jeder Rechtswirksamkeit entbehren und bis zur Stunde noch lustig fortdauern. Zu einer dahingehenden öffentlichen Erklärung hat sich der Parteivorstand noch nicht aufschwingen können.

4. Der Parteivorstand verschweigt die ihm bekannte Tatsache, daß die Mehrheit des Kreisvorstandes mit dem Vorgehen nicht einverstanden ist, daß diese aber systematisch vom Kreisvorsitzenden und Kreiskassierer, die dem Landesvorstand gefügig waren, von der Mitberatung und Mitbeschlußfassung fortdauernd ausgeschlossen werden.

5. Der Parteivorstand verschweigt die ihm bekannte Tatsache, daß alle diese Handlungen der beiden Kreisvorstandsmitglieder in diametralem Gegensatz zu den Beschlüssen der Kreisgeneralversammlung vom 6. Dezember 1914 stehen, er verschweigt ferner, daß alle diese Vorkommnisse durch den Landesvorstand veranlaßt wurden unter voller Mißachtung der auf der Landesversammlung vom 25. Juli 1914 auf Anregung des Parteivorstandes gefaßten Beschlüsse.

Die Erklärung, daß es einmütiger Beschluß des Parteivorstandes sei, daß der neue Verein nicht anerkannt werden könne und daß dieser Beschluß sicher vom nächsten Parteitag gutgeheißen werden würde, wurde auf direkte Anfrage abgegeben, ohne Bezugnahme auf eventuelle Anerkennung irgend einer anderen neuen Instanz.

Bei Erscheinen des Mitteilungsblattes lag eine Mitteilung des Parteivorstandes über eine Anerkennung der provisorischen Landeskommission noch nicht vor.

Daß der Parteivorstand im vorliegenden Falle so schnell Gelegenheit nahm, eine Erklärung zu veröffentlichen, ist sicher erfreulich, es muß aber festgestellt werden, daß er eine solche von uns verlangte einfache Erklärung nicht abgab:

1. als er die Maßregelung der Redakteure durch den Landesvorstand nicht billigte und aussprach, daß ein solches Vorgehen zu den ungeheuerlichsten Konsequenzen führen müsse;

2. auf eine Beschwerde über eine offizielle Bekanntmachung des Landesvorstandes, in der Parteigenossen als Bauernfänger usw. bezeichnet wurden; die Erklärung ist dem Genossen Müller am 20. Dezember 1914 persönlich aufgetragen und am 20. Januar dem Parteivorstand schriftlich eingereicht worden. Am 19. Februar ist nochmals daran erinnert worden, bis heute ist eine Antwort hierauf aber nicht erfolgt.

3. als der Genosse Hosenthien in der „Schwäbischen Tagwacht“ seine ehrverletzenden Beschuldigungen wiederholte, trotzdem sie auf Grund des Ergebnisses der Revision unhaltbar sind. Dabei wurde seine Hinzuziehung vom Parteivorstandsvertreter damit begründet, er müsse Gelegenheit haben, sich von der Unrichtigkeit seiner Behauptungen zu überzeugen. Der Parteivorstand weigerte sich sogar, die Revision ohne Hosenthien, den die Angelegenheit gar nichts anging, überhaupt vorzunehmen.

4. als trotz des Abmahnens des Parteivorstandes die Gründung einer Sonderorganisation durch den Landesvorstand vor sich ging.

Mit dem Parteivorstand sind wir einig darin, daß auch wir alles tun werden, um die Zerreißung der württembergischen Landesorganisation zu verhindern, auch wir erwarten, darin die Unterstützung aller Genossen, einschließlich des Parteivorstandes, zu finden, die sich ein parteigenössisches Empfinden bewahrt haben.

Das ist schon die selbstverständliche Pflicht aller Genossen, einschließlich des Parteivorstandes, angesichts folgender Veröffentlichung des württembergischen Landesvorstandes:

„Die Versicherung können wir auf jeden Fall abgeben, daß wir auf dem nach reiflicher Erwägung beschrittenen Wege nicht den kleinsten Schritt rückwärts, sondern stets nur vorwärts gehen werden **bis zur rücksichtslosen Ausmerzung** derartiger Quertreiber und Parteizerstörer!“

(Wir bitten alle die Parteizeitungen, die die Erklärung des Parteivorstandes abgedruckt haben, auch die vorstehende zu veröffentlichen.)

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart.

* * *

Hierzu schreibt man uns aus dem Bureau des Parteivorstandes:

Der Parteivorstand hat mit seiner Erklärung vom 13. März lediglich den Zweck verfolgt, zu verhindern, daß die im Mitteilungsblatt des alten sozialdemokratischen Vereins Stuttgart wiedergegebenen Aeußerungen seiner Mitglieder Braun und Müller durch unvollständige Wiedergabe zur Irreführung württembergischer Parteigenossen weiter benutzt werden konnten. Der Parteivorstand hatte nicht die Absicht, in seiner Erklärung alle Differenzpunkte aneinanderzureihen, die in dem Streit zwischen dem alten Ortsverein und dem Kreisvorstand und dem Landesvorstand vorhanden sind. Im weiteren Verlauf der angebahnten Einigungsverhandlungen werden diese Dinge zum Teil noch zu erörtern sein. Eine Zeitungspolemik über diese Differenzpunkte ist zurzeit völlig zwecklos.

Im übrigen wird es das Bemühen des Parteivorstandes sein, den Stuttgarter Streit zu lokalisieren und mit allen Mitteln zu verhindern, daß der Streit auf andere Ortsvereine übergreift und zu einer Zerreißung der württembergischen Landesorganisation führt.

Zu Vahlteichs Tod.

Die „New Yorker Volkszeitung“ schreibt zu Vahlteichs Tod:

„Vahlteich war als Schuhmacherlehrling mit den Schriften Weitlings in Berührung gekommen, die so starken Eindruck auf ihn machten, daß er Zeit seines Lebens unter ihrem Einfluß geblieben ist. Die Lehren Lassalles nahm er kritisch entgegen; zum Marxisten hat er sich kaum je ganz durchgearbeitet. Aber die Lehren des Sozialismus haben in ihm einen derart treuen Apostel gefunden, daß er, der von den Lebenden am längsten in der Bewegung stand, ihr auch bis zu seinem Ende treu blieb, als unter den Zeitereignissen so viele wankend wurden. . . .

In New York angelangt, griff Vahlteich wieder zu seinem Schuhmachergewerbe, das er bald mit der Photographie vertauschte. Nach einiger Zeit siedelte er nach Chicago über, wo er jahrelang ein Photographenatelier betrieb. Im Jahre 1901 wurde er, nach dem Tode von Julius Grunzig, an die Redaktion der „Volkszeitung“ berufen, deren Stabe er dann sieben Jahre angehörte. Krankheitshalber mußte Vahlteich dann im Jahre 1908 seine Arbeit an unserm Blatte aufgeben und er begab sich zurück nach Chicago, wo er im Hause seines Sohnes der verdienten Ruhe pflegen konnte.

Aber nicht für lange. Bald stellten ihn die Chicagoer Genossen wieder an die Spitze der dortigen „Arbeiterzeitung“, an der er mit Unterbrechungen dann noch jahrelang tätig gewesen ist.

Mit Julius Vahlteich ist ein treuer Kämpfer für die Sache des Proletariats zur Ruhe gegangen. Er selbst, der in seinen letzten Tagen nicht mehr, wie er es wohl gewünscht hätte, für die große Sache, der er sein Lebenswerk gewidmet hatte, arbeiten konnte, hatte sehr gewünscht, daß er schon früher vom Schauplatz hätte abtreten können. Und besonders, als mit dem Ausbruch des Krieges alles zusammenzubrechen schien, was er hatte aufbauen helfen: als die Genossen und die Bewegung in Europa so manche Enttäuschung brachten, da schrieb er, er bedaure, daß er das noch habe erleben müssen, und wir dürfen annehmen, daß diese Enttäuschung ihm in seinen letzten Stunden manchen bösen Augenblick verursacht haben.

Mit Julius Vahlteich ist ein treuer Genosse, ein wackerer Kämpfer von uns gegangen. Die Internationale steht trauernd an seiner Bahre.“

Erklärung.

In Parteikreisen und in der bürgerlichen Presse sind aus meinen Kriegsberichten wiederholt Schlußfolgerungen gezogen worden, die ich nicht als berechtigt anerkennen kann. Zum Teil sind durch die von der Zensur für notwendig befundenen Streichungen die Berichte geändert worden; ferner hat deren Versender einige Male sachliche und sinnentstellende Aenderungen vorgenommen. Es ist daher klar, daß ich die unbegrenzte Verantwortung für die unter meinem Namen veröffentlichten Berichte nicht übernehmen kann.

Nach Zusage des Versandbureaus werden in Zukunft die Berichte so, wie sie die Militärzensur erlaubt, den Zeitungen zugehen.

Das Manuskript der im Vorwärtsverlag herausgegebenen gesammelten Berichte einschließlich des Vorworts habe ich vor der Drucklegung nicht zu Gesicht bekommen. Andernfalls hätte ich gegen die Auswahl und Kürzung der Berichte Einspruch erhoben.

Wilhelm Düwell.

Genosse Hermann Jäckel erklärt im „Sächsischen Volksblatt“ (Zwickau) zu Heines Erwiderung: Der Rechtsanwalt Genosse Heine erklärt: Es sei ihm „nicht bekannt“, die Worte: „Wir sind erst Deutsche, dann Sozialisten“ gesprochen zu haben. Sein Tischnachbar im Fraktionszimmer, so sagte er mir im Reichstage, soll es gewesen sein. Ein Streit um die Urheberschaft wäre fruchtlos. Es genügt festzustellen, daß Heine zugibt, „vielleicht gesagt“ zu haben, „daß die Interessen Deutschlands, das heißt des deutschen Volkes, wichtiger seien, als die Interessen der (sozialdemokratischen) Partei“. Das „Vielleicht“ schwindet beim Hören Heinescher Reden und dem Studium seiner zahlreichen Artikel. Mein proletarischer, advokatisch nicht beeinflußter Verstand deduziert: Heine bekennt sich zu der in dem umstrittenen Ausruf niedergelegten Auffassung. Alle sonstigen Darlegungen meiner Erklärung sind unberührt.

Die Märzfeier in Wien trug diesmal düsteren Charakter. Statt des sonst alljährlich durch die ganze Stadt zum Zentralfriedhof pilgernden Massenzuges kamen nur Abordnungen und eine Anzahl Arbeitersänger. Nach dem Herweghschen Choral „Achtzehnhundertvierzigundacht“ hielt Reichsratsabgeordneter Widholz am Obelisken, den die Stadt Wien den Märzgefallenen errichtet hat, die Gedächtnisrede. Genosse Stein sprach tschechisch, Genosse Terakowski polnisch. Mit dem „Liede der Arbeit“ schloß die Feier, deren Teilnehmer ihre roten Nelken auf das Grab warfen.

Sozialdemokratische Obstruktion im Kanton Zürich.

Auf dem am letzten Sonntag in Winterthur stattgefundenen Parteitag der Sozialdemokratie des Kantons Zürich hatten die Genossen der Stadt Zürich beantragt, die sozialdemokratische Kantonsrats-Fraktion zur Obstruktion zu veranlassen, da die bürgerlichen Parteien auch den in der Schweiz eingeführten sogenannten „Burgfrieden“ dazu mißbrauchen, jeden sozialdemokratischen Fortschritt zu verhindern. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, aber die darüber geführte fünfstündige Debatte wird für die Gegner wie für die eigene Partei nicht ganz ohne Wirkung bleiben.

Gewerkschaftliches.

Eine Betriebsbesprechung ist keine öffentliche Versammlung.

Die Arbeiter der Ardeltwerke in Eberswalde hatten des öfteren unter sich gesammelt und das Geld der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes zur Unterstützung für notleidende Kriegerfrauen aus dem Kreise ihrer eingezogenen Kollegen überwiesen. Das war der Firma unbequem; sie vertrat den Arbeitern gegenüber den Standpunkt, daß das im Betriebe verdiente Geld für Sammlungen der Firma zum Zwecke der Unterstützung der Frauen der aus dem Betriebe eingezogenen Arbeiter Verwendung finden müsse. Die Firmenleitung ernannte einen — Arbeiterausschuß, der diese Sammlungen in die Wege leiten sollte. Darin erblickte ein Teil der Arbeiter eine Verfügung über ihr verdientes Geld, wie sie nicht angebracht sei. Daher der Wunsch nach einer Aussprache. Als die Arbeiter Sonntags nach dem Versammlungslokal kamen, war Polizei da. Der Polizist erklärte, daß er beauftragt sei, die „öffentliche politische“ Versammlung zu überwachen. Die Arbeiter machten ihn darauf aufmerksam, daß es sich hier um eine reine Betriebsbesprechung handle. Nichtsdestoweniger erklärte er, da zu bleiben.

Das Eingreifen war, wie uns berichtet wird, dadurch entstanden, daß einer der Inhaber der Firma einen der Benachrichtigungszettel gefunden und die Polizei davon verständigt hatte, daß die Arbeiter seines Betriebes eine Versammlung abhalten werden. Die Arbeiter zogen es nun vor, die Versammlung in dem Lokal nicht abzuhalten, weil sie der Meinung waren, daß die Polizei zur Ueberwachung von Werkstattbesprechungen kein Recht habe. Sie legten durch die Verwaltung ihrer Organisation auch Beschwerde bei dem Bürgermeister von Eberswalde, dem Polizeichef, ein. Diese Beschwerde hatte Erfolg. Es wurde dem Organisationsleiter mitgeteilt:

„Auf Ihre protokollarische Beschwerde vom 2. d. M. betreffend polizeiliche Ueberwachung einer nicht öffentlichen Versammlung der Arbeiter der Ardeltwerke erwidere ich Ihnen, daß ich Ihrer Auffassung beitrete, daß die Versammlung einer polizeilichen Ueberwachung nicht unterlag.

Die Exekutivbeamten sind entsprechend belehrt worden.

Empfehlen würde es sich, in Zukunft auf den Einladungsschreiben das Thema anzugeben, so daß hieraus ersehen werden kann, ob es sich um eine politische Versammlung handelt.“

Eine Versammlung, die nur für die Arbeiter eines Betriebes stattfindet, ist natürlich niemals eine öffentliche. Empfehlen würde es sich aber vielleicht, wenn die Polizei auf solche Denunziationen nicht sofort reagiert. Damit wäre wenigstens den Exekutivbeamten ihre freie Zeit nicht geschmälert. Diese sind zur Jetztzeit häufig genug überlastet und werden den freien Sonntagnachmittag sicherlich lieber im Kreise ihrer Familie verleben, als in einer Versammlung von Arbeitern, die diese auch nur sehr gegen den eigenen Willen abzuhalten genötigt waren.

Berlin und Umgegend.

Die Transportarbeiter Berlins im Jahre 1914.

Die ungeheure Steigerung der Arbeitslosigkeit, die beim Ausbruch des Krieges eintrat, hat auch das Transportgewerbe in starkem Maße betroffen. Pferde und Kraftfahrzeuge wurden für Heereszwecke gebraucht, auch mußte der Automobilbetrieb eingestellt werden. Infolgedessen stieg die Zahl der Arbeitslosen im August von 1613 auf 5175. Bis zum 1. Oktober waren 11 345 Mitglieder zum Heere eingezogen. Unter diesen Umständen gingen die Einnahmen an Beiträgen bedeutend zurück, während die Ausgaben für Unterstützungszwecke stark in die Höhe gingen. Die Gesuche um Notstandsunterstützung waren bedeutend zahlreicher als in normalen Zeiten. Um den Ansprüchen gerecht zu werden, reichten die laufend eingehenden ordentlichen Mittel nicht aus, deshalb wurden Sammlungen zur Schaffung eines Notstandsfonds veranstaltet, an denen sich die Mitglieder mit freiwilligen, nach der Lohnhöhe abgestuften Beiträgen beteiligen sollten. Für diesen Fonds wurden bis zum Jahresschluß fast 28 000 M. aufgebracht.

Im Laufe des vierten Quartals trat eine Besserung der Lage des Arbeitsmarktes ein. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ging mehr und mehr zurück und belief sich am Jahresschluß auf 604. In der Zeit der lebhaftesten Nachfrage nach Arbeitskräften wurde der Arbeitsnachweis des Verbandes auch vom Postfuhramt und von den Verwaltungen der Güterbahnhöfe in Anspruch genommen. Auf diese Weise ist eine größere Anzahl von Verbandsmitgliedern bei der Post und Eisenbahn in Arbeit getreten, während ihnen diese Betriebe in Friedenszeit verschlossen waren.

Von den in den beiden ersten Quartalen erledigten Lohnbewegungen war die der Brauereiarbeiter, Bierfahrer und Mitfahrer am umfangreichsten. Für die Rollkutscher und Speditionsarbeiter, sowie für die Fensterputzer waren größere Lohnbewegungen geplant und wurden deren Tarife gekündigt. Diese Bewegungen mußten wegen des inzwischen ausgebrochenen Krieges abgebrochen werden. Da die in Frage kommenden Unternehmer es ablehnten, die bisherigen Tarife während des Krieges fortbestehen zu lassen, arbeiten die Speditionsarbeiter und Fensterputzer jetzt ohne Tarif.

Im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 1914 wurden 56 Lohnbewegungen geführt, und zwar ohne Streik 32 Angriffsbewegungen mit 5302 Beteiligten in 127 Betrieben, 5 Abwehrbewegungen mit 1168 Beteiligten in 324 Betrieben. Mit Streik 4 Angriffsbewegungen mit 135 Beteiligten in 4 Betrieben, 15 Abwehrbewegungen mit 4144 Beteiligten in 836 Betrieben. Von den Abwehrbewegungen hatten 16 vollen, 1 teilweisen, 3 keinen Erfolg. Von den Angriffsbewegungen verliefen 33 mit vollem und 3 mit teilweisem Erfolg.

Die Mitgliederzahl belief sich zu Anfang des Jahres auf 52 935. Sie war am Jahresschluß auf 33 175 zurückgegangen. In den Rückgang sind die 14 517 Mitglieder einbegriffen, die bis Ende Dezember zum Heere einberufen waren. Außerdem bleibt also noch ein Rückgang von 15 248 Mitgliedern, von denen 12 216 wegen rückständiger Beiträge gestrichen wurden. Der Jahresbericht der Bezirksleitung Groß-Berlin, dem diese Angaben entnommen sind, bemerkt dazu unter Hinweis auf die Schwierigkeit und Erfolglosigkeit der Agitation in der Kriegszeit: „Wenn wir dennoch am Schluß des Jahres auf eine Mitgliederzahl von 33 175 hinweisen können, so ist dies auf die wirklich intensive Tätigkeit aller Verbandsfunktionäre zurückzuführen. Angesichts der Tatsache, daß 14 517 Mitglieder zum Heere eingezogen wurden, die als vollständig verloren nicht gelten können, ist es auf diesem Gebiet so ziemlich gelungen, das Bestehende zu erhalten.“

Die Unterstützungseinrichtungen haben erhebliche Ausgaben verursacht, insgesamt 973 795 M. Rechnet man von dieser Summe die 266 200 M. ab, welche für die Unterstützung von Streikenden, die 6530 M., welche an Gemaßregelte, und die 1036 M., welche für Rechtsschutz gezahlt wurden, so bleiben noch 700 035 M., welche lediglich der Linderung der Not dienten. Von dieser Summe kommen auf die einzelnen Unterstützungszweige: 397 753 M. an Arbeitslose, 196 320 M. an Kranke, 24 889 M. an Notleidende, 29 145 M. als Beerdigungsbeihilfe und 51 926 M. an die Familien von Kriegsteilnehmern. Außer diesen Unterstützungen durch die Verbandskasse sind aus dem erwähnten Notstandsfonds 26 642 M. zum größten Teil an die Familien der im Heere stehenden, zum kleinen Teil an ausgesteuerte Mitglieder verabfolgt worden.

Der Jahresbericht wurde der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung vorgelegt, die ihr Einverständnis mit der Tätigkeit der Bezirksleitung dadurch bekundete, daß sie deren Mitglieder — mit einer Ausnahme, wo sich eine Neuwahl notwendig machte — in ihren Aemtern wieder einstimmig bestätigte.

Schließlich kam es noch zu einer Diskussion über die Haltung, welche das Verbandsorgan „Courier“ zu manchen mit dem Kriege zusammenhängenden Erscheinungen einnimmt. Ein Redner verwies auf den bedeutenden Auslandshandel Deutschlands und meinte, die Transportarbeiter hätten das größte Interesse daran, daß die Handelsbeziehungen zum Auslande nach dem Kriege wieder ihren Fortgang nehmen. Die Wiederanknüpfung dieser Beziehungen, ebenso das notwendige Wiederaufleben der Verbindung mit den Arbeitern des Auslandes werde durch solche Artikel, wie sie der „Courier“ veröffentlichte, erschwert, wenn nicht gar verhindert. Es müsse der Redaktion des Verbandsorgans klar gemacht werden, daß es ihre Aufgabe sei, auf die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen nach dem Kriege Rücksicht zu nehmen.

Sicherung der Tarifverhältnisse in der Küchenmöbelbranche.

Die in der Küchenmöbelbranche des Maler- und Lackiererverbandes organisierten Mitglieder desselben hatten sich in einer Versammlung zusammengefunden, um sich über Maßnahmen zu verständigen, die sich jetzt als notwendig herausgestellt haben. Durch die Ungunst der Verhältnisse waren in den ersten Kriegsmonaten viele Branchenzugehörige gezwungen, in anderen Berufen Unterkommen zu finden. Jetzt ist eine größere Nachfrage nach diesen Arbeitskräften eingetreten, so daß mitunter der Nachweis nicht die verlangten Fertigmacher und Streicher vermitteln kann. Es werden deshalb neue Arbeitskräfte eingestellt. Diesen Umstand scheinen sich verschiedene Unternehmer zunutze machen zu wollen, um die Löhne herabzusetzen. Die Versammelten bekundeten nachdrücklichst ihre Entschlossenheit, unbedingt an den vereinbarten Lohnsätzen festzuhalten. Ebenso entschieden wendeten sie sich gegen jeden etwaigen Versuch, die mit der Organisation vereinbarte Arbeitszeitverkürzung durch Ueberstundenarbeit illusorisch zu machen.

Achtung, Schuhmacher! Der Verein Berliner Maßschuhmachermeister teilte uns gestern mit, daß der zehnprozentige Kriegszuschlag bewilligt ist. Die Auszahlung erfolgt ab Montag, den 15. März 1915. Wir ersuchen dieses zu beachten.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Arbeitsvermittelung im Kriege.

Der Zentralarbeitsnachweis für den Regierungsbezirk Dresden — wohl einer der bedeutendsten — hat während der Kriegszeit eine intensive Tätigkeit weit über seinen Bezirk hinaus entwickelt. Das geht aus dem eben erschienenen Geschäftsbericht für das Jahr 1914, der höchst interessantes Material enthält, sehr deutlich hervor. Dieser Zentralarbeitsnachweis besteht jetzt bis Jahre. Er wurde im Anfang lebhaft von Unternehmerseite bekämpft, heftig umstritten wurde sein Wert besonders im Dresdener Stadtverordnetenkollegium. Diese Widerstände sind jetzt in der Hauptsache überwunden. Gegenwärtig sind außer der Stadt Dresden 24 Gemeinden korporative Mitglieder, ebenso die Handelskammer. Die Staatsbehörden haben das Institut von Anfang an zu fördern versucht. In der Kriegszeit hat er sich besonders bewährt. Die Zahl der vermittelten Stellen stieg von 33 380 (1913) auf 48 266. Davon entfallen allein 30 043 oder 62,3 Proz. auf die Kriegsmonate August bis Dezember! Diese Monate werden stark beeinflußt durch die Vermittelung einer großen Zahl von Heeresarbeitern. Von Dresden aus sind nicht weniger als 40 derartige Arbeitertransporte vermittelt worden; insgesamt 17 350 Arbeiter aus allen Teilen Sachsens. Die Dresdener Zentrale stand von Kriegsausbruch an in fortwährender Verbindung mit der Reichszentrale der Arbeitsnachweise und mit vielen lokalen Nachweisen des Reiches. Alle diese Vermittelungen wurden telegraphisch erledigt, in Dresden wurden die Arbeiter sofort durch Anschläge von der gemeldeten Arbeitsgelegenheit in Kenntnis gesetzt, so daß die Zusammenstellung eines

Transportes kaum einen Tag nach der Bestellung zum Abzuge fertig war. Auf diese Weise wurde der Heeresverwaltung und auch den Arbeitslosen wesentlich gedient. Die Dresdener Zentrale vermittelte für die Arbeiter in 600 Gemeinden Gelegenheit zu derartigen Heeresarbeiten. 179 Gemeinden sind mit 10 und mehr Arbeitern daran beteiligt, obenan steht die Stadt Dresden mit 3244. Wie aus der Tabelle zu ersehen ist, hat diese schnelle und planmäßige Arbeitsvermittelung aber besonders auch in weit abgelegenen Landesteilen vorzüglich gewirkt. So stellten große Teile des Erzgebirges und Vogtlandes, wo große Arbeitslosigkeit herrschte, bis in die entlegendsten Orte starke Kontingente von Arbeitslosen, die nach dem Osten gingen. Darunter befanden sich Hunderte von kleinen und im Beruf alt gewordenen Unternehmern aus der Gardinen-, Spitzen- und Musikinstrumenteninduſtrie. Von den 27 sächsischen Amtshauptmannschaften steht zum Beispiel Auerbach im Vogtland mit 3040 Arbeitern an erster Stelle. Ein kleines entferntes Dorf auf dem Kamm des Gebirges stellte allein 53 Mann!

Der finanzielle Effekt dieser Arbeitsbeschaffung wird in folgenden Zahlen ausgedrückt: An Arbeitslohn verdienten die 17 330 Arbeiter monatlich etwa 1 800 000 M. Dazu kommen wöchentlich ungefähr 156 000 M. des Wertes an freier Unterkunft und Beköstigung. Als noch wichtiger wird der Umstand bezeichnet, daß auf den Monat gerechnet zirka 340000 M. an Arbeitslosenunterstützung den Gemeinden erspart wurden. — Von den einzelnen Monaten steht der Oktober mit 9710 Vermittelungen obenan. — Im allgemeinen, so wird festgestellt, rief der Ausbruch des Krieges eine völlige Umwälzung des Arbeitsmarktes hervor. Sie wurde bemerkbar in massenhafter Entlassung gewerblicher Arbeiter, in der Abschiebung der Ausländer und dem starken Bedarf der Landwirtschaft an Erntearbeitern. — Der Dresdener Zentralarbeitsnachweis dürfte, wie die Kriegszeit wohl beweist, zu den besten und leistungsfähigsten im Reiche gehören.

Diese außerordentlich ersprießliche Tätigkeit des Dresdener Arbeitsnachweises ist aber auch der beste Beweis für das absolut dringende Bedürfnis einer zentralen und reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittelung.

Rückzahlung der Streikunterstützung.

Ein früheres Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes wurde, wie das „Centralblatt der christlichen Gewerkschaften" mitteilt, vom Kgl. Landgericht Düsseldorf verurteilt, an den Kläger, Gewerkschaftssekretär Graß vom christlichen Metallarbeiterverband, 154,45 M. früher empfangener Streikunterstützung zurückzuzahlen. Der Beklagte hatte bei einem Streik im Jahre 1912 von der Lokalkasse des genannten Verbandes eine Unterstützung von 158,75 M. erhalten. Nach Beendigung des Streiks unterzeichnete der Beklagte ein Schriftstück, in welchem er zunächst den Empfang jener Summe anerkennt, sodann sich verpflichtet, den bezeichneten Betrag in derselben Weise an die Lokalkasse der Vereinigung wieder abzuführen, wie er von deren Mitgliedern — nämlich durch lokale Zuschläge zum wöchentlichen Beitrag — zusammengebracht worden sei und am Schlusse erklärt:

„Im anderen Falle betrachte ich obigen Betrag als eine von mir an den jeweiligen Kassierer dieser Vereinigung zurückzuleistende Schuld."

Der Beklagte ist, nachdem er durch Zuschläge zu einem Wochenbeitrag 4,80 M. bezahlt hatte, aus dem Verbande ausgetreten. Damit war der in jener Urkunde vom 23. Oktober 1912 vorgesehene „andere Fall" eingetreten. Gestützt auf diesen Sachverhalt, klagte der Lokalbeamte Graß in seiner Eigenschaft als Verbandskassierer auf Rückzahlung von 154,45 M. nebst 4 Proz. Zinsen seit dem Klagezustellungstage. Diese Klage wurde vom Amtsgericht Düsseldorf unter Bezugnahme auf § 152 der G.O. kostenpflichtig abgewiesen. Die vom Kläger eingelegte Berufung ist jedoch von Erfolg gewesen; die 7. Zivilkammer des Königl. Landgerichts hob das erstinstanzliche Urteil auf und verurteilte den Beklagten zur Rückzahlung der eingeforderten Summe und Tragung der Kosten. Das Urteil enthält u. a. folgende Entscheidungsgründe:

„Da der Beklagte die Aktivlegitimation des Klägers bemängelt hat, so bedarf die Frage zunächst einer Prüfung, ob der Kläger Inhaber der streitigen Forderung ist und deshalb zu ihrer klageweisen Geltendmachung befugt erscheint. Diese Frage ist zu bejahen. Aus der Verpflichtungserklärung des Beklagten vom 23. Oktober 1912 ist nämlich zu entnehmen, daß der christliche Metallarbeiterverband, dessen Organ dem Beklagten jene Erklärung zur Unterschrift vorgelegt hat, seinem Kassierer, dem heutigen Kläger, die in der Erklärung näher bezeichnete Forderung zum Zwecke der Einziehung übertragen hat. Dem Kläger sollte also nicht etwa lediglich das Recht der Prozeßführung über die Klageforderung als eine dem Verbande zustehende Forderung übertragen werden — welches Verfahren hinsichtlich der Zulässigkeit und Wirksamkeit rechtlichen Bedenken unterliegen würde —, sondern es sollte nach dem offenbaren Geschäftswillen des Verbandes der Kläger selbst — wenn auch nur nach außen hin — Inhaber der Forderung gegen den Beklagten werden. Dies genügt um den Kläger als aktiv legitimiert erscheinen zu lassen.

Unbegründet ist auch der weitere Einwand des Beklagten, die klageweise Geltendmachung der Forderung verstoße gegen die Vorschrift des § 152 der Gewerbeordnung. . . Die Frage, ob der christliche Metallarbeiterverband als eine Vereinigung im Sinne jener Bestimmung anzusehen ist, bedarf keiner Entscheidung, denn diese Bestimmung findet im vorliegenden Falle schon aus dem Grunde keine Anwendung, weil es sich hier nicht um eine erst durch ihn bedingte Schuld des Beklagten handelt, sondern um eine unabhängig von dem Rücktritt bestehende und durch ihn nur in ihrer Tilgungsart beeinflußte Darlehnsschuld. Es ist nämlich aus dem Umstande, daß dem Beklagten in seiner Eigenschaft als Verbandsmitglied während eines Streiks eine Unterstützung gewährt wurde, obwohl er unstreitig satzungsgemäß auf diese Unterstützung noch keinen Anspruch hatte, in Verbindung mit dem weiteren Umstande, daß der Beklagte nach Beendigung des Streiks die Rückzahlungspflicht besonders anerkannte, zu schließen, daß es sich im vorliegenden Falle um eine zwar durch die Mitgliedschaft des Beklagten veranlaßte, jedoch von der Fortdauer der Mitgliedschaft unabhängige, ernstlich gewollte Darlehnsverpflichtung handelt. Daß der Beklagte für den Fall des Rücktritts eine besondere Form der Erfüllung dieser Verpflichtung — nämlich die Zahlung an den jeweiligen Verbandskassierer — versprochen hat, ist kein Umstand, der die Anwendung des § 152 der Gewerbeordnung rechtfertigen könnte, denn das Bestehen der Darlehnsschuld als solcher war, wie dargelegt, von dem Rücktritt unabhängig.

Der Eventualantrag des Beklagten, ihn zur Zahlung der Darlehnsschuld in wöchentlichen Raten von je 10 Pf. zu verurteilen, ist nicht begründet, denn aus dem Scheine vom 23. Oktober erhellt, daß diese Form der Rückzahlung des Darlehns nur für die Dauer der Mitgliedschaft des Beklagten gelten sollte."

Das Urteil hat Interesse für die Gewerkschaftsorganisationen aller Richtungen. Es erfüllt uns übrigens mit einer gewissen Genugtuung, es gerade in einem Blatte christlicher Richtung zu finden. Wir entsinnen uns, daß die christliche Gewerkschaftspresse ebenso wie die Hirsch-Dunckersche das Vorhandensein ähnlicher Reverse bei den freien Gewerkschaften gerade nicht mit wohlwollenden Worten kritisierte.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Bei der A.-G. Löhnberger Mühle in Niederlahnstein stieg der Betriebsgewinn auf 1 257 083 M. (i. V. 552 270 M.). Nach Abzug der Handlungs- und Betriebsunkosten von 408 865 M. (538 208 M.), sowie der Steuern, Zinsen usw. sowie nach Zuweisung von 47 282 M. (40 134 M.) zum Sicherheitsbestand und nach auf 132 333 M. (80 639 M.) erhöhten Abschreibungen ergab sich ein Reingewinn von 527 602 M., wovon 205 500 M. als 10 Proz. Dividende verteilt, 13 888 M. als Gewinnanteile des Aufsichtsrates verwandt und 79 308 M. vorgetragen werden sollen. Das Vorjahr hatte einen Verlust von 117 331 M. gebracht. Dem Geschäftsbericht zufolge schloß das erste Halbjahr mit einem guten Gewinn ab. Nach Ausbruch des Krieges ermöglichten große Heereslieferungen und Getreidemahlungen im Lohn neben der Versorgung der gewöhnlichen Kundschaft der Gesellschaft die äußerste Ausnutzung ihrer Werke und brachten guten Nutzen.

Die Wittener Walzenmühle erhöht ihre Abschreibungen fast um das Zehnfache, ihre Zuweisung um das Sechsfache, ihre Tantiemen an Aufsichtsrat und Vorstand von 15 190 auf 141 300 M. und ihre Dividende von 6 auf 10 Proz.

Wie die meisten Unternehmungen der Textilindustrie, hat auch die Bremer Wollkämmerei Akt.-Ges. durch den Krieg große Vorteile erzielt. Das Gesamterträgnis der Gesellschaft ist nämlich im Jahre 1914 von 2,6 auf 5,1 Millionen Mark gestiegen. Der Reingewinn erhöhte sich von 1,86 auf 3,41 Millionen Mark, die Dividende von 20 auf 30 Proz.

Schwierigkeiten bei der Getreideversorgung.

Die Kriegsgetreidegesellschaft scheint bei der Uebernahme des Getreides vielfachen Schwierigkeiten zu begegnen. Die „Neue Pol. Korrespondenz" schreibt:

„Die Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. in Berlin betrachtet die freihändige Veräußerung des Getreides an sie durch Vermittlung ihres Kommissärs als die regelmäßige Beendigung der Beschlagnahme. Nur im Notfall will die Gesellschaft von dem Mittel der Enteignung Gebrauch machen. Es liegt im eigensten Interesse der Getreidebesitzer, es nicht auf die Enteignung ankommen zu lassen, da bei dieser der für das Getreide festgesetzte Höchstpreis nicht einfach als Uebernahmepreis zu gelten hat, vielmehr der Enteignungspreis von der höheren Verwaltungsbehörde beträchtlich niedriger als der Höchstpreis festgesetzt werden kann. Der freihändige Verkauf dagegen bietet den Getreidebesitzern den Vorteil, rascher zu Geld für ihre Vorräte zu gelangen und namentlich einen höheren Preis für ihr Getreide zu erzielen als bei der Zwangsenteignung. Die Meinung, daß der Enteignungspreis besser ausfalle als der Preis bei freihändigem Verkauf, ist falsch. Von den Getreidebesitzern wird erwartet, daß sie schon im vaterländischen Interesse für die Aufgabe der Kriegsgetreidegesellschaft, die deutsche Volksernährung zu sichern, das richtige Verständnis zeigen und ihr Getreide an die bestellten Kommissionäre der Kriegsgetreidegesellschaft ohne weiteres freihändig verkaufen, so daß das Enteignungsverfahren überhaupt nicht eingeleitet zu werden braucht."

Bierkrieg in Bayern.

Die bayerischen Brauereien, besonders die Brauereien in München, Nürnberg-Fürth und Erlangen, gehen seit einigen Wochen mit dem Plan einer Bierpreiserhöhung um. Es war beabsichtigt, die Erhöhung am 1. März in Kraft zu setzen. Irgendwelche Umstände haben die Erlanger Brauereien von der Einhaltung dieses Termins abgehalten. Nunmehr haben die Erlanger Brauereien ab 16. März eine Erhöhung des Bierpreises um 4 M. für den Hektoliter eingeführt. Von diesen 4 M. sollen die Wirte auf ein Viertel Anspruch erheben, während drei Viertel in die Kasse der Brauereien fließen sollen. Erlangen soll die Versuchsstadt bleiben. Gelingt hier die Einführung höherer Preise, dann sollen jedenfalls die anderen Städte mit der Preiserhöhung an die Reihe kommen. Es verlautet, daß in Nürnberg-Fürth bereits in der nächsten Woche eine Preiserhöhung von 4 M. für den Hektoliter eintreten soll. In Erlangen haben die Wirte in einer Protestversammlung gegen 2 Stimmen beschlossen, jede Annahme von Bier zu erhöhtem Preise zu verweigern. Das Gewerkschaftskartell hat in einer Resolution gegen die Bierpreiserhöhung scharfe Stellung genommen, es empfiehlt der Arbeiterschaft, sich jeden Biergenusses zu enthalten. Um der Gefahr der Bierpreiserhöhung in Nürnberg-Fürth von vornherein zu begegnen, haben die Gewerkschaftskartelle in Nürnberg und Fürth eine Eingabe an das stellvertretende Generalkommando des 3. bayerischen Armeekorps gerichtet, in der darum gebeten wird, den Bierpreis für Nürnberg und Fürth festzusetzen, und zwar in der Höhe, die er gegenwärtig hat. Es heißt in der Eingabe unter anderem: „Die angeregte Bierpreiserhöhung erregt die Arbeiterschaft, die in unseren Verbänden organisiert ist, in außerordentlich hohem Maße. Das Generalkommando wird über die starke Erregung kaum erstaunt sein, da diese Bierpreiserhöhung den Beschränkungen des Brotverbrauchs auf dem Fuße folgt und da die Steigerung der Kartoffelpreise und sonstiger Lebensmittel ohnedies die Arbeiterschaft stark drückt."

Amerika nimmt die Gelegenheit wahr.

Durch die Presse läuft jetzt eine Meldung der „Nowoje Wremja", daß die russische Regierung, um dem Waggonmangel abzuhelfen, in Amerika 10 000 Güterwagen bestellt habe. In der Februar-Nummer von „Hardwood Record", dem Organ der amerikanischen Holzhändlervereinigungen, wird jetzt diese Nachricht bestätigt. Danach sind bei amerikanischen Firmen in den letzten Tagen Aufträge im Werte von 68 Millionen Dollar für rollendes Eisenbahnmaterial eingegangen. Unter fünfzehn namhaft gemachten Aufträgen befindet sich ein Auftrag der russischen Regierung für Eisenbahnwaggons im Werte von 12 Millionen Dollar und zwei Aufträge der französischen und der serbischen Regierung im Werte von je 200 000 Dollar für Lokomotiven.

„Hardwood Record" führt dazu aus: „Die Aufträge, die uns von ausländischen Käufern zur Ausführung überwiesen werden, bestehen nicht in Kriegsutensilien, sondern in Materialien, die von den Eisenbahnen in jenen Ländern gebraucht werden. Wenn fremde Völker so mit dem Kämpfen beschäftigt sind, daß sie ihre eigenen Waggons und Lokomotiven nicht herstellen können, werden sie die Vereinigten Staaten bereit finden, diese Arbeit zu tun, zu gleicher Zeit sind unsere Fabriken aber auch imstande, die Bedürfnisse des heimatlichen Marktes zu befriedigen."

Soziales.

Aus dem Gewerbegericht.

Eine ganz unzulässige Art der Provisionsberechnung hat bisher bei dem Wäscheverleihgeschäft von Grundei bestanden, wie gestern aus einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht hervorging.

Ein früherer Wäschefahrer klagte eine Restprovision von 17,83 M. ein, die aus dem Juli vorigen Jahres datierte. Der Kläger war gegen 17 M. Wochenlohn und 10 Proz. Provision angestellt. Die Zahlung der Provisionsbeträge wurde teilweise dadurch hinausgezögert, daß der Beklagte erst die Zahlung des Magistrats — als Kunden — am Jahresschluß abwarten wollte. Als schließlich die Abrechnung erfolgte, kam es zu Differenzen über die Höhe der zugesicherten Prozente. Der Beklagte wollte nur 5 Proz. bewilligen.

Das Gericht bezeichnete es als unzulässig, den auf einen geringen Wochenlohn gestellten Arbeiter bis zum Jahresschluß auf die verdiente Provision warten zu lassen. Die Sache selbst wurde durch Vergleich mit 7,50 M. erledigt.

Stadtverordnetenversammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 18. März 1915, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher **Michelet** eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr und veranlaßt zunächst die Einführung des neugewählten Mitgliedes, Fabrikbesitzers Max Müller, Luisenufer 64, der darauf auf die Städteordnung verpflichtet wird.

Die Versammlung tritt in die Spezialberatung des **Stadthaushaltsetats für 1915** ein auf Grund der Berichte und Anträge des Etatsausschusses.

Ueber die Etats „Grundstücke", „Dotationen, Renten und Abgaben", „Wagegerechtigkeit" berichtet Stadtv. **Löser** (Linke). Unter den Einnahmen befindet sich hier zum ersten Male eine Position von 4 Millionen Mark aus dem städtischen Betriebe der Berliner Elektrizitätswerke für das Halbjahr 1. Oktober bis Ende März 1915.

Die vorgenannten Spezialetats werden ohne Debatte unverändert nach dem Entwurf festgestellt.

Das Referat über den Etat für das gesamte städtische Schulwesen erstattet Stadtv. Sökeland (Linke).

Stadtv. Dr. **Isaac** (Fr. Fr.) moniert, daß der von der Versammlung schon 1900 bekundete und unterstützte Wunsch der Errichtung einer höheren Lehranstalt im äußersten Osten der Stadt noch immer nicht Berücksichtigung gefunden hat.

Stadtrat **Buchow**: Erwägungen darüber schweben noch; ein dringendes Bedürfnis kann nicht anerkannt werden.

Der Schuletat wird in seinen sämtlichen Abteilungen ohne Diskussion unverändert genehmigt.

Die Berichterstattung über die Etats für das Armenwesen (Offene Armenpflege, Hospitäler, Waisenpflege, Fürsorgeerziehung, Arbeitshäuser, Obdach) erfolgt durch Stadtv. **Löser**. Auch dieser Etatsabschnitt ergibt keine Debatte, die Versammlung genehmigt ihn unverändert.

Um 6 Uhr findet die

Wahl eines unbesoldeten Stadtrats

an Stelle des verstorbenen Stadtrats Jacoby statt. Gewählt wird der Stadtv. Sassenbach (Soz.) mit 86 von 87 gültigen Stimmen; 16 Zettel sind weiß.

Ueber die Etats für die Kranken- und Gesundheitspflege referiert Stadtv. **Körte** (Fr. Fr.). Im Ausschusse ist die Niedrigkeit der Durchschnittssätze der Verpflegungsgelder bemängelt worden; jetzt, in einer Teuerungszeit, habe man sie noch weiter ermäßigt, statt sie zu erhöhen. Der Magistrat hat erklären lassen, daß Güte und Reichlichkeit der Beköstigung darunter keinesfalls zu leiden haben werde.

Zum Etat der Badeanstalten hat der Ausschuß eine Resolution vorgeschlagen, wonach der Magistrat ersucht werden soll, das Schwimmbassin der Badeanstalt Oderberger Straße im Sommer wieder zu eröffnen und kein Schwimmbad ohne Zustimmung der Versammlung zu schließen.

Die Versammlung erhebt die Resolution zum Beschluß und genehmigt im übrigen auch diesen Etat unverändert.

Für die Etats „Polizeikosten", „Feuerlöschwesen", „Gewerbe- und Kaufmannsgericht", „Standesämter", „Militärzwecke", „Oeffentliche Beleuchtung", „Straßenreinigung und -besprengung", „Abladewesen", „Bedürfnisanstalten", „Parkverwaltung", „Gemeindefriedhöfe und Krematorium" erstattet Stadtv. **Löser** das Referat. Der Ausschuß hat keine Abänderungen beliebt. Die Etats werden genehmigt.

Stadtv. **Manasse** (Soz.) ist Referent für die Etats der Städtischen Werke.

Es ist vom Ausschuß folgende Entschließung vorgeschlagen:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, in Zukunft bei Aufstellung der Etats die Buchwerte der einzelnen Werke und die spezialisierten Abschreibungen zur Kenntnis der Stadtverordnetenversammlung zu bringen."

Das Plenum tritt dieser Entschließung bei.

Zum Etat der Gaswerke hat der Magistrat auf Anfrage erklärt, daß die Frage des Umfangs der Gewährung von Teuerungszulagen an die Arbeiter Gegenstand der Beratung in einer besonderen Kommission sei und die Geldbewilligung in einer besonderen Vorlage nachgesucht werden würde.

Die Etats für die Gaswerke, Wasserwerke, Kanalisationswerke und Güter Berlins, Viehmarkt, Schlachthof, Fleischbeschau, Markthallen werden ohne Debatte unverändert genehmigt.

Beim Etat der Städtischen Straßenbahnen bemerkt auf Anregung des Referenten

Stadtrat Dr. **Preuß**: Es ist ja durchaus begreiflich, daß das Publikum lebhafte Klage über die eingetretene Verringerung des Verkehrs erhebt. (Zuruf: Mit Recht!) Gewiß, aber man muß dabei die Notwendigkeiten berücksichtigen. Die Verhältnisse bei der „Großen" und bei uns liegen ganz verschieden. Die „Große" nimmt noch jetzt weitere Verkehrseinschränkungen vor; bei uns ist davon keine Rede. Wir wollen uns im Gegenteil bemühen, soweit es möglich ist, den Verkehr noch zu verdichten. Dann besteht ein großer Unterschied bei den Personaleinbußen beider Unternehmungen. Bei der „Großen" sind 40—50 Proz., bei uns dagegen entsprechend der Jugend unseres Unternehmens, das auch ein jüngeres Personal hat, 90 Proz. eingezogen. (Hört! hört!) Wir haben bisher im ganzen schon 950 Personen zur Hilfe engagiert gehabt, von denen aber 600 wieder fort sind. (Zuruf: Höhere Löhne!) Niemand kann lebhafter bessere Löhne wünschen als ich; die Teuerungszulagen werden ja bald beschlossen sein, und wir erhoffen davon eine ganz erhebliche Verbesserung der Verhältnisse. Selbst die kurze Linie vom Virchow-Krankenhaus nach Moabit haben wir bis jetzt aus Mangel an Personal noch nicht eröffnen können.

Auch dieser Etat wird genehmigt, desgleichen der Etat für die Nordsüdbahn, für die Kassenverwaltung der Städtischen Werke und für die Herrschaft Lanke.

Damit ist die Etatberatung für heute erledigt.

Zur Kenntnisnahme hat der Magistrat eine Uebersicht über die bisherigen Kriegsmaßnahmen der Stadt vorgelegt.

Stadtv. **Cassel** (Linke) spricht dem Magistrat und allen seinen Mitgliedern den wärmsten Dank seiner Freunde für die rastlose Anstrengung und Hingabe aus, die er an diese so schwere Aufgabe gewendet hat; sodann bringt er den gleichen Dank den Ehrenbeamten der Stadt und allen Persönlichkeiten dar, die aus der Mitte aller Schichten der Bevölkerung mitgewirkt haben, um die Aufgabe des Durchhaltens in diesem uns freventlich aufgedrungenen Kriege erfüllen zu helfen.

Der Vorsteher bemerkt darauf, daß er dieselbe Absicht gehabt habe wie der Vorredner, und richtet nun seinerseits an die Adresse des Oberbürgermeisters Worte des Dankes und der Anerkennung für den Magistrat und seine große Mühewaltung auf diesem neuen und schweren Gebiete.

Zum Bau einer unterirdischen Bedürfnisanstalt in der Kronenstraße an der Kreuzung mit der Friedrichstraße werden 90 000 M. bewilligt.

Schluß 7 Uhr.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Donnerstag, den 18. März 1915. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg, Ochsenfleisch Ia 84—96, do. IIa 76—83, do. IIIa 67—75; Bullenfleisch Ia 76—86, do. IIa 72—75; Kühe, fett 62—68, do. mager 52—60, do. dänische 48—55; Fresser 60—73, Fresser, dänische, 55—65, Bullen, dänische, 60—68; Kalbfleisch, Doppellender 125—135; Mastkälber Ia 82—105, do. IIa 00—00; Kälber ger. gen. 50—70. Hammelfleisch: Mastlämmer 98—103; Hammel Ia 92—97, do. IIa 87—91; Schafe 85—95. Schweinefleisch: Schweine, fette 00—00, sonstige 85—115, dän. Sauen 70—73, dän. Schweine 76—85. — Gemüse, inländisches: Kartoffeln, Dabersche 50 kg 0,00; weiße Kaiserkronen 0,00; Magnum bonum 6,00—6,50; Woltmann 0,00; Porree, Schock 1,00—2,00; Sellerie, Schock 5,00—9,00; Spinat 50 kg 20,00—30,00; Mohrrüben 7,00—7,50; Wirsingkohl Schock 9,00—15,00; Wirsingkohl 50 kg 9,00—10,00; Weißkohl Schock 9,00—15,00, Weißkohl 50 kg 9,00—10,00; Rotkohl, Schock 9,00—16,00; Rotkohl 50 kg 9,00 bis 10,00; Grünkohl 50 kg 20,00—24,00; Kohlrüben Schock 6,00—14,00; Teltower Rüben 50 kg 12,00—16,00, Märkische Rüben 50 kg 8,00—18,00.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

An den Gräbern der Märzgefallenen.

In diesen Märztagen, wo alle Welt das Nahen des Frühlings erwartet, ist uns der Winter noch einmal mit Schnee und Frost gekommen. Ueber die stille Grabstätte im Friedrichshain hatte der rauhe Geselle eine leichte Schneedecke gebreitet. Der Ruheplatz der Märzkämpfer sah deshalb in den Morgenstunden des Gedenktages recht winterlich aus. Nur ein paar magere Hyazinthen — Treibhausgewächse, die man als recht fragwürdigen Ersatz der noch nicht erfüllten Verheißungen des Frühlings aufgestellt hatte — reckten ihre blaßgelben Blütenhäupter in die eisige Morgenluft. Noch hält der Winter mit rauher Faust das, was werden will, zurück. Doch unter der noch hart gefrorenen Erdkruste regt sich das neue Leben mit Macht. Nicht lange mehr, und es wird, was unsichtbar sproßt und keimt, die graue Scholle sprengen und sieghaft im Sonnenlicht wachsen, gleich dem Freiheitsideal, dessen Verwirklichung die Zeitumstände wohl hemmen, aber nicht hindern können.

Die Umstände der gegenwärtigen Zeit haben für diesmal ein starkes Abflauen der Anteilnahme am Märzgedenktag mit sich gebracht. Während sonst vom frühen Vormittag bis zum Abend ein ununterbrochener Menschenstrom ab- und zuflutete, hätte man diesmal die Besucher zählen können. In den Mittagsstunden war der Besuch etwas zahlreicher, jedoch nicht so, daß sich die Polizei veranlaßt sah, regelnd einzugreifen. Man konnte zu jeder Zeit, ohne warten zu müssen, aus- und eingehen. Auch das sonst übliche starke Polizeiaufgebot war diesmal ausgeblieben. Nur einzelne Beamte waren zur Stelle.

Wer in früheren Jahren mit einem rotbeschleiften Kranze nach dem Friedrichshain pilgerte, der war, selbst wenn er die Widmungsworte noch so vorsichtig ausgewählt hatte, nie sicher, ob er unbehelligt die polizeiliche Zensur passieren würde. Jetzt ist die Zensur zurückhaltender geworden. Nur zwei Kranzschleifen hat sie konfisziert. Ob deren Inschriften irgendwie aufreizend gewesen sein mögen, wissen wir nicht. Aber an den Kränzen, die anstandslos durchgelassen wurden, lasen wir manche bekannte Dichterworte, die in früheren Jahren regelmäßig der Schere des Zensors zum Opfer fielen. Hoffen wir, daß die Einsicht für alle Zeit und für alle Fälle vorhält.

Die Zahl der Kranzspenden blieb hinter denen der Vorjahre weit zurück. Während sonst Hunderte von Kränzen die Sträucher und den Rasen der Grabstätte deckten, wurde am gestrigen Gedenktage nicht ein halbes Hundert Kränze niedergelegt. Die bürgerlich-demokratischen Vereine, die seit einigen Jahren stets eine größere Anzahl schwarz-rot-gelb beschleifter Kränze in demonstrativem Aufzuge brachten, waren diesmal ganz ausgeblieben. Nur der Berliner Arbeiterverein ist als einzige demokratische Organisation der alten Tradition treugeblieben. Auch die Anarchisten waren nur durch einen Kranz mit schwarzer Schleife vertreten. So leuchtete also, von diesen beiden Ausnahmen abgesehen, nur das zukunftsfreudige Rot auf dem Begräbnisplatz. Die meisten Kränze stammten von Arbeitern großer Betriebe. Auch einige kleinere Gewerkschaftsgruppen hatten Kranzspenden gesandt. Von sozialdemokratischer Seite wurden vier durch Größe und Schönheit besonders auffallende Kränze niedergelegt:

Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses widmete ihren Kranz „den Vorkämpfern deutscher Freiheit".

Die Redaktion des „Vorwärts" legte einen Kranz nieder mit der Widmung:

> Der Regen goß, der Sturm schrie auf,
> Blut floß um Kreuz und Hügel,
> Und ruhig von des Kranzes Schlauf
> Ein Vogel stieg zum Himmel auf
> Mit blutigrotem Flügel.

Die Zuschrift des Kranzes der Sozialdemokratie der Provinz Brandenburg deutet auf die Kriegsfurie hin:

> Blutfackeln zischen ins Dach der Welt,
> Der Länder Feuerglocken heulen,
> Die Zeiger zittern, auf Zwölf gestellt,
> Schwertstarr in Flammensäulen.

Der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine von Berlin und Umgegend hatte der Bedeutung des Gedenktages und unserer Zukunftshoffnung Ausdruck gegeben durch die Verse:

> Daß Freiheit werde, Glück und Recht,
> Sankt ihr in Blut zur Erde,
> Treu bis zum Tod, ein Trotzgeschlecht,
> Daß endlich Frieden werde.
> Wir schlagen weiter diese Schlacht
> Trotz Wunden und Verderben,
> Und glauben, unsre Friedensmacht
> Schlägt uns kein Tod in Scherben.

Aehnliche Gedanken und Empfindungen klingen auch aus den Inschriften anderer Kränze. Sie alle geben der frohen Zuversicht Ausdruck, daß das treue Festhalten an den großen Idealen der Menschheit die Voraussetzung für die endliche Erringung einer besseren Zukunft des Menschengeschlechts ist.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 177 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Etappen-Inspektion 2.

Stab der 49. Ref.-Division und der 40. Inf.-Brigade; 1., 3. und 5. Garde-Reg.; 2. Garde-Ref.- und 2. Garde-Ersatz-Reg.; Garde-Grenadier-Regimenter Alexander und Elisabeth; Garde-Füsilier-Reg.; Garde-Schützen- und Garde-Ref.-Schützen-Bat.; Lehr-Inf.-Reg.; Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 4, 8, 9, 21, 24, 28, 30, 36, 37, 43, 53, 56, 60, 62, 64, 67, 68, 69, 72, 73, 74, 75, 81, 82, 83, 85, 86, 91, 92, 94, 97, 98, 99, 109, 110, 111, 112, 114, 117, 129, 130, 132, 135, 136, 138, 141, 143, 150, 151, 158, 159, 161, 164, 165, 167, 169, 171, 173, 175, 176; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 5, 7, 12, 15, 17, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 27, 32, 37, 38, 40, 46, 49, 51, 53, 59, 65, 68, 71, 75, 80, 81, 87, 88, 93, 98, 99, 130, 205, 208, 212, 219, 220, 221, 223, 224, 225, 227, 230, 250, 251; Ersatz-Inf.-Regimenter Keller, Königsberg I und Nr. 29; Ref.-Ersatz-Reg. Nr. 4; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 13, 18, 19, 21, 22, 23, 40, 46, 51, 60, 71, 75, 76, 81, 99, 109, 110; Feld-Bat. Schwartz (Detachement Plantier, Korps Thorn); Landwehr-Inf.-Bat. Altenburg; Brig.-Ersatz-Bataillone Nr. 5, 8, 25, 83; Garde-Landsturm-Bat. Wünsdorf; Landsturm-Bat. 1 Cüstrin, Sauter; Jäger-Bataillone Nr. 5, 6, 9, 11, 14; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 3, 5, 7, 10; 1. und 2. Ersatz-Maschinengewehr-Komp. des 16. Armeekorps; Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 8a; Ref.-Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 7; Festungs-Maschinengewehr-Komp. Nr. 3.

Garde-Husaren-Reg.; Kürassiere Nr. 6, 7; Dragoner Nr. 1, 15, 17, 24; Grenadiere zu Pferde Nr. 3; Husaren Nr. 11; Ulanen Nr. 6, 9; Jäger zu Pferde Nr. 12; Reiter-Reg. Cleinow; 2. Ersatz-Eskadron des 20. Armeekorps; 3. Landwehr-Eskadron des 1. Armeekorps; 1. Landsturm-Eskadron des 14. Armeekorps.

3. Garde-Feldart.-Reg.; 1. und 3. Garde-Ref.-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 8, 16, 19, 25, 33, 38, 46, 54, 56, 72; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 16, 21, 22, 44, 49.

Fußart.-Regimenter Nr. 7, 8, 18; Ref.-Fußart.-Regimenter Nr. 2, 13, 14.

Pionier-Regimenter Nr. 23, 29, 30, 31; Pionier-Bataillone: II. Nr. 6, I. Nr. 7, II. Nr. 15, II. Nr. 17, II. Nr. 26; Ref.-Pionier-Bataillone: Nr. 33, 39; Pionier-Ersatz-Bat. Nr. 5; 49., 52. und 78. Ref.-Pionier-Komp.; 1. Landsturm-Pionier-Komp. des 7. und 1. und 2. Landsturm-Pionier-Komp. des 11. Armeekorps; Landsturm-Pionier-Komp. des 15. Armeekorps; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 5.

Ref.-Eisenbahn-Baukomp. Nr. 23.

Sanitäts-Komp. Nr. 1 des 1. und Nr. 3 des 21. Armeekorps; Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 12 des 7. Reservekorps; Ref.-Feldlazarett Nr. 28; Festungs-Hauptlazarett Königsberg i. Pr.

Garde-Train-Abt.; Leichte Proviant-Kolonne Nr. 1 des Gardekorps; Fuhrpark-Kolonne Nr. 6 des Garde-Reservekorps; Fuhrpark-Kolonne Nr. 2 des 7. Armeekorps.

* * *

Die bayerische Verlustliste Nr. 163 bringt Verluste der Inf.-Reg. Nr. 4, 10, 11, 12, 15, 17, 19, 20; Festungs-Maschinengewehr-Komp. Germersheim; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 4, 6, 7, 10, 11, 12, 15, 20, 23; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 3, 6, 8, 10, 12; Brigade-Ersatz-Bat. Nr. 9; Landsturm-Inf.-Bataillone Augsburg III, Kempten, Kitzingen, Landau, München I, Wasserburg, Würzburg; Ref.-Kav.-Reg. Nr. 5; 2. Landwehr-Eskadron; 8. Feldart.-Reg.; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 9; 2. Fußart.-Reg.; Landwehr-Fußart.-Bat. Nr. 1, 3; 1. Pionier-Bat.; Ref.-Train-Abt. Nr. 1, 5; Magazin-Fuhrpark-Kolonne Nr. 9.

Die württembergische Verlustliste Nr. 139 enthält Verluste der Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 51, 54; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 121; Inf.-Regimenter Nr. 124, 125, 126, 180; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 246; Dragoner-Reg. Nr. 25; I. Ersatz-Abt. Feldart.-Reg. Nr. 13; Feldart.-Reg. Nr. 49; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 54; I. Ersatz-Abt. Feldart.-Reg. Nr. 65.

Aus Groß-Berlin.

März.

Der Nachwinter, den uns die erste Hälfte des März bescherte, machte vorzeitigen Frühlingsträumen ein fröstelndes Ende. Noch einmal mußten die sprossenden Saaten sich unter die kalte, weiße Decke ducken, die ihnen im März nicht mehr willkommen ist, noch einmal spannte eine Eisdecke sich über die Gewässer, und Tier und Mensch und Pflanze ergaben sich widerwillig dem winterlichen Regiment. Es hat die Mitte des Monats nicht erreicht und fast über Nacht verschwand der Schnee, zog der Frühling ein. Denn um einen bloßen Vorfrühling kann es sich jetzt, wenige Tage vor der Tag- und Nachtgleiche, nicht mehr handeln. So weit sich bis jetzt erkennen läßt, hat der Nachwinter auch keinen nennenswerten Schaden an dem angerichtet, was uns jetzt das Wertvollste ist, an der Vegetation. In den Anlagen sieht man zollange Triebspitzen an manchen Sträuchern, die nicht gelitten haben, und es ist anzunehmen, daß es den Saaten nicht schlechter gegangen ist.

Wohin man seine Schritte jetzt auch im Freien lenke, überall wittert man Frühlingsluft. Wir wanderten von Potsdam am Havelufer entlang nach Templin. Der wuchtige Bau der Luftschiff-Halle am jenseitigen Ufer stört den Reiz der Havelseen so gut wie gar nicht, mag ihn in diesen Zeiten selbst erhöhen. Nur am Rande ziehen noch breite Eisstreifen am Ufer entlang. Krähen watscheln darauf am Wasser entlang, angeeifert von den Möven. Von deren Fischmahlzeiten fällt wohl manchmal etwas ab, was den Krähen gerade recht ist. Ein Schwanenpaar segelt geruhsam am Ufer dahin. Die offene Wasserfläche aber ist stellenweise mit dunklen Punkten wie besät. Die nächsten von ihnen sind leicht als Wasserhühner erkennbar; unaufhörlich dringen ihre glucksenden Rufe in unser Ohr. Weiter entfernt vom Ufer halten sich die wilden Enten, die, wenn sie über das Wasser fliegen, mit dem geradlinig vorgestreckten Kopf und Hals und dem raschen Flügelschlag, ein bekanntes, eigenartiges Flugbild liefern. Nimmt man einen Feldstecher zu Hilfe, so unterscheidet man in dem Gewimmel von Seevögeln auch noch Haubensteißfüße und bisweilen Sägetaucher. Vom hohen Waldrand zur Linken klingen wieder andere Laute in das Naturkonzert hinein. Der Specht läßt fortwährend in kurzen Abständen seinen lauten, gelächterartigen Ruf erschallen und dazwischen tönt unablässig das hohe Stimmchen der Meisen. Wo aber die Havel Uferland freiläßt, da legen lange Reihen frisch aufgeworfener Erdhügelchen Zeugnis ab von der eifrigen Tätigkeit des schweigsamen Vierfüßlers im schwarzen Samtpelz, der hier das Nahrungsproblem von unten her in ähnlicher Weise zu lösen sucht, wie von oben her die ebenfalls rabenschwarzen Saatkrähen, die hier mit den langen Schnäbeln im Erdreich stochern, mit einer ruhigen Würde, die nur gelegentlich durch das Auseinanderplatzen zweier futterneidischen Geister gestört wird.

Der ganze Reiz, den Wald und See auf den empfänglichen Beobachter auszuüben vermögen, er ist am stärksten nach der winterlichen Ruhepause. Niemand, der es vermag, lasse ihn sich entgehen!

Der Berliner Etat für 1915

wurde den Stadtverordneten gestern in den vom Ausschuß bisher durchberatenen Teilen zur zweiten Lesung vorgelegt. Der Ausschuß hatte mit diesem Kriegsetat rasche Arbeit gemacht, und rasche Arbeit machte mit ihm jetzt auch das Plenum. Einer so „flotten" Etatsberatung, wie die diesjährige es ist, wissen die bekannten „ältesten Leute" sich nicht zu erinnern. Gestern ergriffen fast nur die Ausschußberichterstatter das Wort, um überall unveränderte Annahme zu empfehlen, und nahezu alles wurde dann ohne Debatte erledigt. Was über diesen kargen Etat zu sagen ist, hat die sozialdemokratische Fraktion durch ihren Redner in der ersten Lesung gesagt. Aenderungen in der zweiten Lesung zu beantragen, wäre ja in Anbetracht der Zeitumstände völlig aussichtslos gewesen. Einen kurzen Aufenthalt in der Beratung gab es nur bei dem Etat der städtischen Straßenbahnen, über deren Verkehrskalamität der Stadtrat Preuß ein paar entschuldigende Worte sagte.

Die Sicherheit der Berliner Wohnungen.

Schon in Friedenszeiten glichen die Großstadtwohnungen wohlverwahrten Festungen, in die der Fremde nur nach längerem Parlamentieren gelangen konnte. Nun, da die Männer und Söhne größtenteils im Felde stehen, sichern sich die Frauen noch mehr vor unliebsamen Ueberraschungen. Mit Recht: die Großstadt bietet so manchem Unterschlupf, der sich in kleineren und kleinen Orten kaum längere Zeit halten könnte. Tagtäglich meldet der Polizeibericht Wohnungseinbrüche, Schlafstellendiebstähle und Schwindeleien jeglicher Art, so daß man es niemand verargen kann, wenn er sich so gut wie möglich schützt.

Die Vorsichtsmaßregeln, die in den Großstadtwohnungen getroffen werden, mögen den neu vom Lande Zuziehenden manchmal etwas übertrieben vorkommen. Ist doch auf dem Lande die Sorglosigkeit in dieser Hinsicht oft verblüffend groß. In vielen Dörfern verschließen die Bauern heute noch nicht die Tür, wenn sie schlafen gehen, und mehr als ein Handwerksbursche ist frühmorgens, wenn er mit Fechten oder „Dalfen" beginnen wollte, in die Schlafstube geraten, wo die Besitzersleute noch im Bett lagen. Selbst am Tage, wenn abgeschlossen wird, legt man den Schlüssel über der Tür auf einen Balken und das ganze Dorf kennt dieses Versteck. Auch in kleinen Städten kennt man keine allzu große Furcht. Es wohnen da meist mehrere Parteien auf einem Flur und einen abgeschlossenen Vorraum trifft man selten an.

In der Großstadt verbieten sich derartige Gepflogenheiten von selbst. Hier kennt man sich gegenseitig wenig oder gar nicht im Hause und es kommen auch so viel ungebetene Gäste, daß es ratsam ist, die Vertrauensseligkeit beiseite zu lassen. Schon mancher armen Frau, die „einen Sprung" zur Nachbarin machte und die Tür nur anlehnte, hat dieser Leichtsinn das Leben gekostet. In der Kriminalgeschichte Berlins sind solche Fälle bekannt, wo sich mittlerweile in die offene Wohnung ein Verbrecher schlich und die zurückkehrende Frau überfiel. Darum Türe zu, auch beim kürzesten Verlassen der Wohnung!

Trotz aller Vorsicht und bei allem Mißtrauen gelingt es doch manchem Gauner, in die Wohnung zu gelangen. Unter den vielseitigsten Vorwänden versuchen sie Einlaß zu gewinnen. Oft ziehen sie irgendeine Uniform an oder begnügen sich mit einer Mütze oder einer Aktenmappe, ein Trick, der meist Erfolg hat. Jene berüchtigte Sorte von Hausierern und Agenten, die, wenn die Tür etwas geöffnet wurde, den Fuß in die Oeffnung klemmen, um sich den Eingang zu erzwingen, sind heute kaum noch vorzutreffen. Die heute auf Nähmachinen usw. reisen, sind meist rechtschaffene Leute, die sich ihr Brot sehr mühselig verdienen — und manchmal auch nicht verdienen. Schlimm sind aber jene Quacksalber, Wahrsagerinnen und Händler mit greulicher Schundliteratur, schlechten Gemälden, Vergrößerungen von Photographien, denen man am besten nicht öffnet oder die Tür vor der Nase zuschlägt.

Es ist zweifellos gut, wenn alleinstehende Frauen die größte Vorsicht walten lassen und sich jeden, der ihre Wohnung betreten will, recht genau ansehen. Dazu dienen ja ohnedies schon die „Spione", die Gucklöcher, die in Berlin fast an jeder Tür zu finden sind, meist sind auch sie noch mit einer Pappscheibe versehen, in der sich ein noch kleineres Loch befindet, das aber genügt, um einen Außenstehenden mit kritischem Blick umfassen zu können, ohne selbst bemerkt zu werden. Als weiterer Schutz kommt noch die Sicherheitskette in Betracht, die wohl an keiner Berliner Wohnungstür fehlt. Ihr Wert ist aber nur ein bedingter. Die Zange eines Einbrechers schneidet sie glatt durch, als wäre es Zwirn. Immerhin: besser als gar nichts ist sie doch. Es gibt jedoch zwei Schutzmittel, die den Einbrechern am meisten zu schaffen machen. Das erste ist ein Hund, und zwar am besten ein kleiner, scharfer, der unaufhörlich lärmt, unter Betten, Sofas usw. kriecht und den Eindringling andauernd beunruhigt, wenn der Spitzbube es überhaupt wagt, die Wohnung zu betreten. In der Regel tun sie es nicht. Das zweite Mittel ist ein einfacher Riegel an der Innenseite der Tür. Hiergegen ist der Einbrecher machtlos, er müßte denn schon die Füllung herausschneiden und das überlegt er sich doch recht gründlich, da er ja dann bestimmt weiß, daß jemand in der Wohnung ist. Im übrigen empfiehlt es sich, seine Wohnung gegen Einbruch und Diebstahl zu versichern, die kleine Summe, die es kostet, wird aufgewogen durch die Beruhigung, die eine solche Versicherung mit sich bringt.

Berlin ohne Stadtmedizinalrat.

Mit vollem Recht ist es in der Stadtverordnetenversammlung gerügt worden, daß nach Ausbruch des Krieges der Berliner Stadtmedizinalrat seinen Posten im Stiche ließ, obwohl er vom Magistrat reklamiert worden und dieser Reklamation von den Militärbehörden stattgegeben war. Auch in der medizinischen Presse wird die Angelegenheit besprochen. Die „Deutsche medizinische Wochenschrift" äußert sich darüber folgendermaßen:

> „Nicht zum wenigsten in der Aerzteschaft Berlins hat es großes Befremden erregt, daß Stadtmedizinalrat Weber dauernd im Felde steht und als Chefarzt eines Etappenlazaretts Heeresdienst leistet. Es war wenig verständlich, daß die Berliner Stadtverwaltung in dieser Zeit, wo das Gesundheitswesen der Reichshauptstadt besondere Fürsorge erfordert, auf den Leiter dieses wichtigen Ressorts verzichtet haben sollte. Die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung am 11. haben überraschenderweise zur Kenntnis gebracht, daß Geheimrat Weber gegen den Wunsch der Kommunalbehörden seinem Amte fernbleibt; deshalb wurde an seinem Verhalten eine scharfe Kritik geübt. — Mit Spannung erwarten wir von dem so hart angegriffenen Stadtmedizinalrat die Gründe, mit denen er sein Verhalten zu rechtfertigen sich bemühen wird."

Mehr wie je benötigt in jetziger Zeit das Gesundheitswesen Berlins die ganze Kraft eines Mannes auf diesem Gebiete.

Der sozialdemokratische Stadtrat im Berliner Magistrat.

Gestern hat die Stadtverordnetenversammlung unseren Genossen den Stadtverordneten Johann Saffenbach mit 86 Stimmen zum unbesoldeten Stadtrat gewählt. Die sozialdemokratische Fraktion hat zu wiederholten Malen Mitglieder aus ihren Reihen als Kandidaten zum unbesoldeten Stadtratsposten aufgestellt, wiederholt kandidierte Genosse Dr. Arons für diesen Posten. Immer aber erhielt der sozialdemokratische Kandidat nur die Stimmen seiner engeren Freunde. Die Mitglieder der bürgerlichen Mehrheit meinten immer, ein sozialdemokratischer Stadtrat würde nicht bestätigt werden und deshalb könne man einem solchen Kandidaten die Stimme nicht geben, auch wenn er noch so geeignet sei. Wir wollen im Augenblick nicht näher darauf eingehen, ob man deshalb zurückschrecken soll vor Willenskundgebungen, die man für richtig hält. Tatsache ist, daß der Krieg diese Auffassung erschüttert hat. Der Umstand, daß in verschiedenen Fällen sozialdemokratische Stadträte gewählt worden sind und auch die Bestätigung erhalten haben, hat nunmehr auch in Berlin

dazu geführt, daß der von der sozialdemokratischen Fraktion empfohlene Kandidat auch die Stimmen der bürgerlichen Mitglieder erhalten hat, nicht lediglich deswegen, weil der Kandidat Sozialdemokrat ist, sondern weil man ihn für geeignet hielt. Jetzt handelt es sich um die Bestätigung des neugewählten Stadtrats.

Die Zeichnungen bei der Berliner Sparkasse auf die Kriegsanleihe haben einen sehr bedeutenden Umfang angenommen. Bis zum Mittwoch, den 17. März, waren von 26 100 Zeichnern 26 757 000 M. auf die Kriegsanleihe gezeichnet.

Verwendung der zugelassenen Kraftwagen.

Der Polizeipräsident macht bezüglich der jetzt eingetretenen Einschränkung des Kraftwagenverkehrs darauf aufmerksam, daß Kraftwagen nur für diejenigen Zwecke verwendet werden dürfen, für die ihre Zulassung erfolgte. Eine andere Benutzung, auch die durch Familienangehörige, wird als Mißbrauch im Sinne des § 7 der Bundesratsverordnung vom 25. Februar angesehen.

Wegen Ausübung des Schankgewerbes ohne Konzession im Erfrischungsraum eines Warenhauses war Herr Jandorf, der bekannte Warenhausbesitzer, vom Landgericht III verurteilt worden. Es handelte sich um folgendes: Das Warenhaus Graff u. Hahn in der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg war seinerzeit in Konkurs geraten. Graff hatte die Konzession für den Erfrischungsraum. Eine Zeitlang betrieb der Konkursverwalter das Warenhaus einschließlich des Erfrischungsraums, bis Jandorf das Warenhaus übernahm. Nach der Uebernahme wurde auch der Erfrischungsraum auf Rechnung des neuen Besitzers betrieben. Die Konzession dafür hatte zu der Zeit noch Graff. Das Landgericht begründete nun die Verurteilung Jandorfs damit, daß dieser als der Unternehmer die Konzession für den Erfrischungsraum nunmehr hätte haben müssen. Trotzdem sei nach der Uebernahme des Warenhauses, bevor Jandorf selber die Konzession erlangte, im Erfrischungsraum weiter ausgeschänkt worden. Dafür sei der Angeklagte verantwortlich. Er könne sich nicht darauf berufen, daß er neben dem Kaufhaus des Westens noch acht andere große Warenhäuser habe und zu stark in Anspruch genommen wäre, um alles übersehen zu können. Es wäre auch anzunehmen, daß Jandorf, der das Kaufgeschäft mit dem Konkursverwalter selbst abschloß, gewußt habe, daß ein anderer die Konzession hatte und daß in dem neu erworbenen Warenhause kein Schankgewerbe ausgeübt werden durfte, bevor er selber die Konzession erlangte.

Das Kammergericht, bei dem Jandorf Revision einlegte, verwarf das Rechtsmittel mit der Begründung, daß auf Grund der tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts, an die das Revisionsgericht gebunden sei, die Verurteilung mit Recht erfolgte.

Zwei Kinder erstickt.

Ein schweres Brandunglück hat sich gestern vormittag in der Oldenburger Str. 38 in Moabit zugetragen. Dort brach im vierten Stock des linken Seitenflügels in der Wohnung des Drehers Markmann ein kleiner Fußbodenbrand aus, der eine starke Rauchentwickelung zur Folge hatte. Als andere Hausbewohner auf das Feuer aufmerksam wurden, und in die Wohnung eindrangen, fanden sie die beiden kleinen drei und vier Jahre alten Kinder der Familie bewußtlos in einem Bett liegend vor. Die Eltern waren nicht zu Hause, sondern befanden sich auf ihren Arbeitsstellen. Man rief sofort die Feuerwehr zu Hilfe, die bei den Kindern Wiederbelebungsversuche mit Sauerstoff anstellten. Die Bemühungen der Samariter waren aber ohne Erfolg, da die Kinder schon infolge der Rauchein atmung erstickt waren. Die Leichen wurden der Polizei übergeben. Das Feuer ist vermutlich dadurch entstanden, daß aus der Kochmaschine in der Küche Kohlen herausgefallen waren und den Fußboden entzündet hatten.

Umsteigefahrscheine auf der Straßenbahn. Von Freitag, den 19. d. M. ab wird auf Anordnung der Aufsichtsbehörden der Betrieb auf der Linie T vorübergehend eingestellt. Während der Dauer der Betriebseinstellung werden Umsteigefahrscheine Halensee, Ringbahnhof—Kupfergraben zu 10 Pfg. ausgegeben mit der Umsteigestelle a) Wilmersdorfer-, Ecke Bismarckstraße, für den Uebergang von Linie Q auf Linie U und umgekehrt und b) Wilhelmplatz für den Uebergang von Linie Q auf Linie N und umgekehrt. Zeitkarten für Linie T berechtigen zur Fahrt zwischen Stuttgarter Platz und Leibniz-, Ecke Bismarckstraße auch im Zuge der Wilmersdorfer und Bismarckstraße.

Straßensperrung. Die Potsdamer Straße wird zwischen Lützowstraße und Steglitzer Straße wegen der Erneuerung der Straßenbahngleise vom 18. März d. J. ab auf sechs Wochen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Märchenvorlesung. Am Sonntag, den 21. März, um 1/4 Uhr, liest Frau Charlotte Rother in der Lesehalle der Gesellschaft für Ethische Kultur, Rungestr. 25, Märchen vor. Eintritt frei, auch für Erwachsene.

Volkskunstabend in Friedrichshagen.

Sonnabend, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Aula der König-Friedrich-Schule der zweite Kunstabend statt. Mitwirkende: Frau Resi Langer (Rezitationen), Anton Sistermans (Bariton), Willi Bardes (Klavier). Billetts a 20 Pf. sind in der Konsumgenossenschaft, Drachholzstr. 2, zu haben.

Kleine Nachrichten. Der 70 Jahre alte Wächter Gottlieb Baruschke aus der Schwedter Str. 237 hatte das Unglück, daß sich im vergangenen Jahre seine leidende Frau das Leben nahm. Seine beiden Söhne sind Seeleute. So hauste er seit dem Verluste der Frau für sich allein. Die Vereinsamung machte ihn schwermütig und trieb ihn zu dem Entschluß, aus dem Leben zu scheiden. Mittwoch erhängte er sich in seiner Wohnung. — Mittwoch früh um 1 1/2 Uhr erschien der 46 Jahre alte Schauspieler Heinz Egber, ein Rumäne von Geburt, in einem Pensionat und nahm ein Zimmer. Als E. im Laufe des Tages nicht wieder zum Vorschein kam, öffnete man sein Zimmer und fand ihn tot auf dem Bette. Er hatte sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe geschossen.

Aus den Gemeinden.

Etatsberatung und Kriegsfürsorge in Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hat am Mittwoch zunächst den Etat verabschiedet. Nach den eingehenden Vorberatungen in der Kommission waren alle Fraktionen zu der Ueberzeugung gelangt, daß es angesichts der gewaltig gestiegenen Anforderungen unmöglich sei, unter den vom Magistrat vorgeschlagenen Zuschlag von 140 Proz. herunterzugehen. Die 140 Proz. wurden denn auch einstimmig bewilligt.

Die zum Etat der allgemeinen Verwaltung vorliegende Petition des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter betreffend die Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen Arbeiter wurde dem Magistrat mit dem Ersuchen überwiesen, in eine Revision der Löhne der städtischen Arbeiter einzutreten, sobald die finanziellen Verhältnisse der Stadtgemeinde es erlauben. Eine Petition der Feuerwehrmänner betreffend Einrichtung eines Arbeiterausschusses wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine längere Debatte entfaltete ein sozialdemokratischer Antrag, der an den Magistrat das Ersuchen richtet, unverzüglich mit den Magistraten bzw. den Gemeindevorständen von Berlin und den übrigen Vorortgemeinden zwecks Errichtung eines Arbeitsamts in Verbindung zu treten, dem alle Arbeitsnachweise von Groß-Berlin zu unterstellen sind und das so zeitig ins Leben tritt, daß es bei Beendigung des Krieges sofort seine Tätigkeit aufnehmen kann. Genosse Hirsch begründete den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß es Pflicht der Gemeinden sei, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um der bei Beendigung des Krieges möglicherweise einsetzenden Arbeitslosigkeit begegnen zu können. Wenn auch die Bestrebungen auf Zentralisation der Groß-Berliner Arbeitsnachweise bisher gescheitert seien und wenn auch vorläufig keine Aussicht auf eine gesetzliche Regelung der Frage bestehe, so sei es doch Pflicht der Verwaltungen, aufs neue die Initiative zu ergreifen. Während der Dezernent des Arbeitsnachweises, Stadtrat Dr. Spiegel, eine Reihe von Bedenken vorbrachte und eine Regelung als überflüssig bezeichnete, erklärten sich die Wortführer aller Fraktionen und auch der Bürgermeister Dr. Maier mit der Tendenz des sozialdemokratischen Antrages einverstanden, der denn auch einstimmig angenommen wurde.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, dem Verein „Freie Schwimmer" die Benutzung des städtischen Schwimmbades zu den gleichen Bedingungen zu überlassen wie den dem Hauptausschuß für Jugendpflege angeschlossenen Vereinen, stieß beim Magistrat auf Widerspruch.

Zur Prüfung der Verhältnisse des Deutschen Opernhauses beschloß die Versammlung die Einsetzung einer gemischten Deputation.

Recht lebhaft ging es bei der Besprechung der vom Magistrat beantragten erweiterten Kriegsfürsorge zu. Wie bereits mitgeteilt, ist der Magistrat den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung betreffend Ausdehnung der Wöchnerinnenfürsorge und Gewährung von Mietsunterstützungen an solche Personen, die keine unterstützungsberechtigten Angehörigen haben, beigetreten, und außerdem beantragt er, die Wintersätze auch im Sommer zu gewähren. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion war ein Antrag eingegangen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung eine Vorlage zu unterbreiten, die eine den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Normalsätze für die Unterstützungen von Kriegerfamilien vorsieht. In der Rede, mit der Gen. Hirsch diesen Antrag begründete, brachte er ein bis dahin der Versammlung nicht bekanntes Schreiben des Magistrats an die Arbeitgeber zur Sprache, die den Frauen ihrer zum Heere eingezogenen Arbeiter Unterstützungen gewähren. In dem Schreiben wird betont, daß die Frauen zuviel Geld in die Hände bekommen, daß sie unnötige Ausgaben machen und dadurch zur Knappheit der Lebensmittel beitragen, und es wird den Arbeitgebern geraten, einen Teil der Zuwendungen zurückzuhalten und als Guthaben bei der Sparkasse anzulegen. Die scharfe, aber berechtigte Kritik, die unser Genosse an diesen Maßnahmen des Magistrats übte, mißfiel dem Bürgermeister Dr. Maier. Aber anstatt den Versuch einer sachlichen Widerlegung der Ausführungen unseres Redners zu machen, erging er sich in allgemeinen Redewendungen, Genosse Hirsch habe die Begehrlichkeit der Massen aufgereizt, in einer solchen Zeit hätte er seine Kritik unterlassen müssen. Das Schreiben des Magistrats wurde aber trotz des Rechtfertigungsversuchs des Bürgermeisters von allen Seiten entschieden verurteilt. Sogar der nationalliberale Dr. Stadthagen, der sich den Ausspruch leistete, die Kriegerfamilien hätten jetzt zuviel Geld, mußte sich der Kritik unseres Redners anschließen. Im übrigen wurden die Vorschläge des Magistrats und der sozialdemokratische Antrag, letzterer mit der Aenderung angenommen, daß der Magistrat ersucht wird, in Erwägungen darüber einzutreten, ob eine Erhöhung der Normalsätze angebracht sei.

Kriegsfürsorge in Steglitz.

Auch die letzte Gemeindevertretersitzung war wieder vorwiegend der Kriegsfürsorge gewidmet. Zum Ankauf von Fleischvorräten waren in voriger Sitzung 500 000 M. bewilligt worden. Da inzwischen von der Regierung die Anlegung eines Vorrats im Werte von 15 M. pro Kopf der Einwohner gefordert wird, müßte unsere Gemeinde 1 200 000 M. hierfür aufwenden. Der Gemeindevorstand war der Ansicht, daß vorläufig 10 Mk. pro Kopf genügen und verlangte die Nachbewilligung von 300 000 M., dem auch zugestimmt wurde. — Den im Felde stehenden Privatdienstverpflichteten und Arbeitern der Gemeinde wurde auf erneuten Beschluß die bisher bezogenen Entschädigungen bis zur Beendigung des Krieges, zunächst aber bis zum 1. Oktober d. J. bewilligt. An der Kriegs-Getreidegesellschaft hat sich die Gemeinde mit 150 000 M. beteiligt, wozu die Gemeindevertretung nachträglich ihre Zustimmung erteilt. Bei Einführung der Mietsunterstützung war beschlossen worden, nur an solche Arbeitslose und Kriegsteilnehmer zu zahlen, die seit 1. Juni 1914 am Orte wohnten. Diese Bestimmung führte bei denen, die erst nach diesem Termin zugezogen waren, zu großen Härten. Für die Arbeitslosen ist bereits früher durch Vereinbarung der Groß-Berliner Gemeinden ein Ausgleich geschaffen worden. Auf Antrag des Gemeindevorstandes wurde beschlossen, auch den später zugezogenen Kriegsteilnehmern dann zu zahlen, wenn die letzte Wohngemeinde diesbezügliche Gegenseitigkeit übt. Wo diese Gegenseitigkeit nicht besteht, soll von Fall zu Fall entschieden werden. Gemeindevertreter Leimbach brachte die Kartoffelnot zur Sprache und erklärte, daß in dieser Frage die Gemeinde Steglitz am schlechtesten von allen Groß-Berliner Gemeinden vorgesorgt habe. Er bat um Auskunft, ob in dieser Hinsicht der Gemeindevorstand für die Zukunft besser gesorgt habe. Bürgermeister Buhrow widersprach den Ausführungen. Nicht mangelnde Vorsorge, sondern die allgemein bekannten ungünstigen Verhältnisse hätten den Mangel verschuldet. Jetzt bei der wärmeren Witterung sei die Zufuhr genügender Mengen zu erwarten. Gemeindevertreter Jürgens richtete einen warmen Aufruf an alle gutsituierten Einwohner der Gemeinde, sich wieder mehr an der Gewährung von Freitischen für Kriegsnotleidende zu beteiligen. Während zu Beginn des Krieges das Angebot von Freitischen die Nachfrage überstiegen habe, sei jetzt das Verhältnis umgekehrt. Die betr. Kommission erhalte jetzt eine Absage nach der anderen mit der Begründung, daß infolge der gestiegenen Lebensmittelpreise eine Weitergewährung von Freitischen nicht mehr erfolgen könne. Auf diese Einwendung sei zu erwidern, daß die Steigerung die Bedürftigen noch viel mehr treffe als die Wohlhabenden.

Gerichtszeitung.

Kinderaussagen.

Der Wert von Kinderaussagen wurde in einer Verhandlung beleuchtet, welche gestern die Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Angeklagt wegen Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 176,3 St.-G.-B. war der Naturheilkundige Philipp B. aus Charlottenburg.

Der bisher unbescholtene und sich eines guten Leumundes erfreuende Angeklagte übt seit mehreren Jahren in Charlottenburg das Gewerbe eines Naturheilkundigen aus und hat auch einen ziemlich großen Zuspruch. Eines Tages, im Sommer vorigen Jahres, wurde er durch eine Vorladung vor die Kriminalpolizei überrascht, wo ihm zu seinem Entsetzen mitgeteilt wurde, daß er von drei Kindern beschuldigt werde, sich im Jahre 1912 an ihnen vergangen zu haben. Er bestritt diese Beschuldigung von Anfang an auf das entschiedenste, wurde aber, da die Kinder bei ihren ganz glaubwürdig klingenden Aussagen verblieben, unter Anklage gestellt. — Vor Gericht wies der Verteidiger des Angeklagten auf das Buch des Kinderarztes Prof. Baginski „Der Wert der Kinderaussage" hin, in welchem u. a. gesagt werde, daß, sobald der Verdacht einer Suggestionswirkung vorliege, die Aussage eines Kindes keinerlei Wert habe. Ein solcher Verdacht liege hier vor, da ein Rechtskonsulent, der in Beziehungen zu der Ehefrau des Angeklagten stehe, systematisch das ganze Haus gegen diesen aufgehetzt habe. Der Verteidiger protestiert auch gegen die Vernehmung einer jetzt neunjährigen Zeugin, die über Dinge vernommen werden solle, die sich vor drei Jahren abgespielt hatten. Er selbst habe an seinen eigenen Kindern das Experiment unternommen und festgestellt, daß man mit Leichtigkeit einem Kinde in diesem Alter etwas so suggerieren könne, daß es schließlich selbst daran glaube.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Das Gericht sprach den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei mit dem Hinweise, daß auf Grund auch nur zweifelhafter Kinderaussagen nicht die Existenz eines unbescholtenen Mannes vernichtet werden könne.

Aus aller Welt.

Feuer im Hafen von Genua.

Einer Meldung aus Mailand zufolge brach im Hafen von Genua in einem Lagerschuppen Feuer aus. Der Schaden an zerstörter Rohbaumwolle wird auf etwa eine Million Mark geschätzt.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis. Achtung, Genossinnen! Die **Leseabende** am Montag, den 22. d. Mts., **fallen aus.** Statt dessen ist am Dienstag, den 23. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Habel, Bergmannstraße, **Mitgliederversammlung** mit dem Thema: „Hausfrauen und Lebensmittelpreise".

Hierzu sind die Frauen ganz besonders eingeladen. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Bernau. Sonntag, den 21. März, nachmittags 2 Uhr: Mitgliederversammlung beim Genossen Salzmann, Basdorfer Straße. Vortrag des Genossen Haenisch über „Patriotismus und Sozialdemokratie".

Jugendveranstaltungen.

Britz. Das Heim bei Becker gilt vom Sonntag ab als geschlossen. Alle Veranstaltungen des Ausschusses werden durch Handzettel bekannt gegeben.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Friedrichshagen. Heute Freitag, nachmittags 5 Uhr, im Rathause Friedrichstr. 87: Etatsberatung.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Eingegangene Druckschriften.

Heft 21 der „Neuen Zeit" vom 19. März hat folgenden Inhalt: Eine Erörterung des Rechts auf Erörterungen. Von Karl Kautsky. — Italien im Dreibunde. Von Anton Hofrichter. — Die Einheit der Partei und die Gewerkschaften. Von Adolf Braun. — Die Probe auf das Exempel. Von Otto Hue. — Deutschland und die Türkei. Von Spectator. — Notiz: Der Außenhandel der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von G. E. — Literarische Rundschau: Hermann Wendel: Karl Bröger, Aus meiner Kriegszeit. — R. Woldt: Die deutsche Industrie. — Therese Schlesinger: Grete Meisel-Heß: Betrachtungen zur Frauenfrage. — R. G.: Langens Kriegsbücher. — G. Eckstein: Professor Dr. Julius Landesberger, Der Krieg und die Volkswirtschaft. — R. G.: Sven Hedin, Ein Volk in Waffen.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist uns soeben die Nr. 13 des 25. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der internationale sozialistische Frauentag. — Kundgebung der englischen Genossinnen zum Schweizerischen Frauentag. — Das Wahlrecht vor dem preußischen Abgeordnetenhaus. — Die Frauen und die Presse. Von Luise Zietz. — Gewerkschaftliche Rundschau.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Vorfrühling. Von Friedr. Hebbel. — Schopenhauer über den Krieg. — Japanische Oekonomie. Von Robert Wilbrandt. (Schluß.) — Der Hunger. Von Dr. Alex. Lipschütz. — Spruch. Von Goethe. — Feuilleton: Wie ein Mensch geboren ward. Von Maxim Gorki. (Schluß.)

Für unsere Kinder: Was ist der Krieg? Sinngedicht von Friedr. v. Logau. — Die neue Ansiedlung. Von Roland. (Schluß.) — Kalter Frühlingsabend. Von Detlev v. Liliencron. (Gedicht.) — Granada. Von M. Andersen Nexö. — Der Schwan. Von H. C. Andersen. — Ha-tschi! Ha-tschi! Von A. C. Bonser. (Schluß.) — Vogelhochzeit. (Gedicht.)

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,30 Mark.

Vom **Wahren Jacob** ist soeben die 6. Nummer des 32. Jahrganges erschienen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

K. G. 25. Nicht mehr als 20 und nicht über 30 Jahre alt. Halbjähriger Kursus in der Charité. Kostenpunkt ungefähr 300 M. Meldung beim Polizeipräsidium. — **F. 3.** 1. Wenn die Adresse bekannt ist, dann können Sie direkt, aber genau, an den Gefangenen adressieren. Offener Brief. 2. Die gewünschte Adresse lautet: Rotes Kreuz, Agence des Prisoniers de Guerre, Genf (Schweiz). — **Olmütz.** 1. Nein. 2. Auskunftsbureau des Roten Kreuzes in Wien VI., Dreihufeisengasse 4. 3. Auf Schönhausen, Regierungsbezirk Magdeburg. — **M. M. 25.** 1. und 2. Von einer solchen Prämie ist uns nichts bekannt und ist uns eine solche Mitteilung auch nicht zugegangen. — **F. K. 12.** Ist nicht sehr verlockend. Nähere Erkundigungen können Sie einziehen beim Vorstand der Lithographen, Sektion der Photographen, Engelufer 15. — **P. B.** Auskunftsbureau für Auswanderer, Berlin W., Karlsbad 9—10. — **M. 23. 100.** Nein. — **K. B. 28.** Die Zeichen kennen wir nicht. — **E. B. 35.** Sie stehen in keinem Militärverhältnis mehr. — **O. S. 80.** Eine Einziehung ist möglich. — **A. R. 12.** Nein, Brotkarte erhalten Sie dort auch. — **R. P. 12.** Wegen Unterleibsbruche dienstuntauglich. — **M. K. 11.** Ja. — **H. S. 78.** Die Unterstützung wird auch dann gezahlt; die Frau erhält 21 M., für jedes Kind 12 M. monatlich. — **K. H.** 1. Nein. 2. Ja. — **G. G. 92.** Wegen chronischen Nervenleidens dienstuntauglich. Einziehung ist nicht wahrscheinlich. — **M. W. 3.** 1. Ja. 2. Der Lehrherr. 3. Ja. — **H. M. 101.** 1. Für 1914 haben Sie noch Kirchensteuer zu zahlen. 2. Wegen Herzfehler zurückgestellt. — **A. F. 20.** Sitzgelegenheit muß geschaffen werden. Wir empfehlen Anzeige bei der Gewerbeinspektion. — **A. S. 100.** Erheben Sie zunächst Beschwerde beim Magistrat. — **E. 100.** Wie die Kostenrechnung ausweist, sind Sie doch bereits verurteilt worden und müssen infolgedessen auch die Kosten tragen. Sonst müßten Sie Einspruch beim Gericht erheben. — **J. L. 33.** Das können wir nicht wissen, entscheidet der Militärarzt. — **B. R. 22.** Sie können die Eintreibung der Forderung durch Zahlungsbefehl erwirken. — **M. B. 100.** An das Bezirkskommando. — **W. M. 58.** Sie müssen die Steuer zahlen für 1914 und auch noch für 1915. — **S. 100.** Sie können die Wohnung zum angegebenen Termin kündigen. — **H. K. 18.** Der Buchstabe kann nicht richtig sein. Jedenfalls landsturmpflichtig. — **A. S. 152.** Diese Bezeichnungen kennen wir nicht. — **Weltkrieg 1915.** Die Bezeichnung kennen wir leider nicht. — **K. 1893.** Versuchen Sie es noch einmal mit einem Gesuch an den Kriegsminister. — **M. W. 10.** Schadenersatzanspruch wäre an den Lieferanten zu stellen. — **P. 15.** 1. Ja, sofort nach Auszahlung. 2. Dem Nachlaßgericht sollte das mitgeteilt werden. 3. Wenn über die Zahlung nichts besonderes bestimmt ist, ja. 4. Ja, aber wenn schon Steuer entrichtet ist, dann sollte jetzt beim Erbschaftssteueramt darauf hingewiesen werden. — **A. 73.** Sie müssen noch Stempelsteuer zahlen. Sie beträgt für das Jahr 12 M. — **Strack.** Die Steuer muß im voraus bezahlt werden.